



Rostocker Institut für Sozialforschung
und gesellschaftliche Praxis e.V.

Situations- und Ressourcenanalyse

Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe und Lübtheen

Bundesprogramm "Demokratie leben!"

IM AUFTRAG:

Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe-Lübtheen

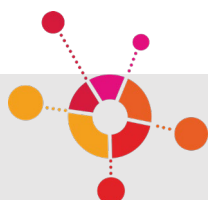
ZEITRAUM:

01.10.2025 - 31.05.2026

AUTOR:INNEN:

Annalena Ulherr, Judith Kiesow, André Knabe

Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e.V.





Inhalt

1	Einleitung und methodisches Vorgehen	7
2	Literaturrecherche und Bestandsdatenanalyse	9
2.1	Bevölkerungs- und Raumstruktur	9
2.2	Soziale Ungleichheit und Armut	15
2.3	Demokratiegefährdung	17
3	Auswertung der Online-Befragung und der Interviews	23
3.1	Ist-Situation: Ursachen und Kontextbedingungen	25
3.1.1	Raumkontext und strukturelle Herausforderungen	26
3.1.2	Ursächliche Rahmenbedingungen	30
3.1.3	Stimmung in der Bevölkerung	33
3.2	Probleme und Herausforderungen	36
3.2.1	Demokratiegefährdende Herausforderungen	36
3.2.2	Demokratiearbeit unter Druck	37
3.2.3	Demokratiefeindliche Vorfälle und Akteure	39
3.2.4	Demokratiefeindliche Angriffe	43
3.2.5	Ideologien und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	45
3.3	Ressourcen, Potentiale und Bedarfe	48
3.3.1	Zivilgesellschaftliche Akteure in der Region	48
3.3.2	Themenfelder und Zielgruppen des Engagements	49
3.3.3	Vernetzung und Kooperationen	55
3.3.4	Unterstützungsstrukturen	57
3.3.5	Bedarfe	58
3.3.6	Ansätze und Maßnahmen zur Bearbeitung der Problemlagen	62
4	Implikationen und Handlungsfelder	67
4.1	Regionale Ebene	67
4.2	Politik und Verwaltung	68
4.3	Öffentlichkeit und Gesellschaft	68
4.4	Schlussfolgerungen und Ausblick	69
5	Anhang	70
5.1	Fragenkatalog	70
5.2	Qualitativer Leitfaden	72
5.3	Literaturverzeichnis	74



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Altersverteilung nach Gruppen in Boizenburg/Elbe 2024 (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2025: 24f., eigene Darstellung).....	11
Abbildung 2: Altersverteilung nach Gruppen in Lübtheen 2024 (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2025: 26f., eigene Darstellung).....	12
Abbildung 3: Wahlergebnisse ausgewählter Parteien in Boizenburg/Elbe und Lübtheen (eigene Darstellung).....	18
Abbildung 4: Hindernisse für das Engagement für Demokratie (eigene Darstellung).....	32
Abbildung 5: Relevanz von Demokratieskepsis für die Demokratiearbeit (eigene Darstellung)...	38
Abbildung 6: Demokratiefeindliche Vorfälle in den letzten Jahren (eigene Darstellung)	39
Abbildung 7: Demokratiefeindliche Akteur:innen (eigene Darstellung).....	42
Abbildung 8: Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (eigene Darstellung).....	45
Abbildung 9: Arbeitsbereiche der Befragten (eigene Darstellung)	49
Abbildung 10: Themenfelder der Befragten (eigene Darstellung)	50
Abbildung 11: Zielgruppen der Befragten (eigene Darstellung).....	51
Abbildung 12: Regionale Herkunft der Zielgruppen der Befragten (eigene Darstellung)	52
Abbildung 13: Zielgruppen, die die Befragten (eher) nicht erreichen (eigene Darstellung).....	53
Abbildung 14: Kooperationspartner:innen der Befragten (eigene Darstellung)	55
Abbildung 15: Überregionale Vernetzung der Befragten (eigene Darstellung)	56
Abbildung 16: Möglichkeiten zur Verbesserung der Kooperation (eigene Darstellung)	63
Abbildung 17: Maßnahmen zur Verringerung von Demokratiefeindlichkeit (eigene Darstellung)	65



Kartenverzeichnis

Karte 1: Der Landkreis Ludwigslust-Parchim mit den Städten Boizenburg/Elbe und Lübtheen (GeoPortal.MV, 2025/eigene Markierungen).....	10
--	----



Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Politisch motivierte Kriminalität in Ludwigslust-Parchim und Mecklenburg-Vorpommern (LKA MV, 2026)	21
Tabelle 2: Zusammensetzung des quantitativen Samples.....	23
Tabelle 3: Zusammensetzung des qualitativen Samples	25



1 Einleitung und methodisches Vorgehen

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse wurde im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe und Lübtheen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ erstellt. Ziel der Untersuchung ist es, zentrale Herausforderungen, Ressourcen und Entwicklungsbedarfe im lokalen Kontext systematisch zu erfassen und einzuordnen. Die Analyse orientiert sich an den Zielstellungen „*Demokratie fördern*“, „*Vielfalt gestalten*“ und „*Extremismus vorbeugen*“ sowie dem vorgegebenen Fragenkatalog des Bundesprogramms (siehe Anhang) und dient als Grundlage für die weitere strategische Ausrichtung der lokalen Demokratiearbeit.

Die Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe und Lübtheen unterstützt und vernetzt lokale Akteur:innen aus den Bereichen Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention. Die vorliegende Analyse soll dazu beitragen, bestehende Strukturen, lokale Problemlagen sowie Entwicklungspotentiale sichtbar zu machen und in ihrem jeweiligen sozialräumlichen Kontext einzuordnen.

Das Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e.V. führt darüber hinaus vergleichbare Situations- und Ressourcenanalysen für fünf weitere Partnerschaften für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern durch.¹ Die Berichte folgen dabei einer ähnlichen methodischen und inhaltlichen Struktur, um eine vergleichbare Darstellung zentraler Herausforderungen, Ressourcen und Entwicklungsbedarfe zu ermöglichen. Weitere Informationen zum Gesamtprojekt befinden sich auf der Projektseite <https://rostocker-institut.org/analyse-pfd-mv/>.

Methodisches Vorgehen

Der Untersuchung ging zunächst eine Dokumenten- und Kontextanalyse voraus. Hierfür wurden einschlägige Literatur, statistische Daten sowie Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik ausgewertet, um einen Überblick über die sozialräumlichen und demokratierelevanten Rahmenbedingungen der Untersuchungsregion Boizenburg/Elbe und Lübtheen zu gewinnen.

Methodisch basiert die Untersuchung auf einem Mixed-Methods-Ansatz, der quantitative und qualitative Erhebungsverfahren miteinander kombiniert. Die empirischen Daten wurden von Februar bis April 2026 erhoben. Im quantitativen Untersuchungsteil wurde ein standardisierter Online-Fragebogen mithilfe der Software SoSciSurvey durchgeführt. Die Auswertung erfolgte deskriptiv anhand von Tabellen und Diagrammen.

¹ Das Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e.V. führt darüber hinaus die Situations- und Ressourcenanalysen für die Partnerschaft für Demokratie Ludwigslust-Parchim, die Partnerschaft für Demokratie Schwerin, die Partnerschaft für Demokratie Krakow am See und Mecklenburgische Schweiz, die Partnerschaft für Demokratie Landkreis Rostock sowie für die Partnerschaft für Demokratie Amt Barth durch.



Ziel der quantitativen Befragung war es, einen Überblick über die Akteur:innen zu gewinnen, die sich in Boizenburg/Elbe und Lübtheen im Bereich der Demokratieförderung engagieren. Die Rekrutierung der Teilnehmenden erfolgte über die Netzwerke der lokalen Partnerschaft für Demokratie sowie ergänzend im Schneeballverfahren, bei dem bereits befragte Personen weitere potenzielle Teilnehmende auf die Befragung aufmerksam machen.

Mit insgesamt 40 befragten Personen, von denen 38 angaben, selbst im Bereich der Demokratieförderung engagiert zu sein, fällt die Fallzahl der Befragten angesichts der vergleichsweise kleinen Untersuchungsregion sowie der spezifischen Zielgruppe, engagierter Personen im Bereich der Demokratieförderung, relativ hoch aus. Auch wenn die Befragung keine Vollerhebung aller relevanten Akteur:innen darstellt, ermöglichen die erhobenen Daten dennoch einen aussagekräftigen Einblick in zentrale Themenfelder, Zielgruppen, Aktivitäten und wahrgenommene Herausforderungen im Bereich der lokalen Demokratieförderung.

Ergänzend wurden sechs qualitative Leitfadeninterviews mit lokalen Expert:innen durchgeführt. Die Interviews dauerten zwischen 34 und 117 Minuten, wurden wortwörtlich transkribiert und anschließend mithilfe der Software MAXQDA ausgewertet. Dabei kamen sowohl deduktive als auch induktive Verfahren der Kategorienbildung zum Einsatz. Der zugrunde liegende Interviewleitfaden befindet sich im Anhang. Die Rekrutierung der Interviewten erfolgte über lokale Schlüsselpersonen, die teilweise durch die Partnerschaft für Demokratie vorgeschlagen und teilweise eigenständig recherchiert wurden.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind vor dem Hintergrund einiger methodischer Limitationen zu betrachten. Sowohl die qualitativen als auch die quantitativen Daten bilden ausschließlich Perspektiven von Expert:innen ab und stellen keine repräsentative Bevölkerungsbefragung dar. Darüber hinaus war die Rekrutierung wesentlich von der Reichweite und Qualität lokaler Netzwerke abhängig. Insbesondere zwischen städtischen und ländlichen Regionen zeigen sich dabei Unterschiede hinsichtlich der Anzahl erreichbarer Akteur:innen. Während in urbanen Kontexten häufig dichtere Netzwerkstrukturen und kürzere Kommunikationswege bestehen, sind ländliche Regionen teilweise durch größere räumliche Distanzen geprägt. Diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen spiegeln sich auch in den unterschiedlichen Fallzahlen wider. Zudem erlaubt der begrenzte Projektrahmen primär eine deskriptive Analyse der lokalen Situation und weniger eine vertiefende Ursachenanalyse.

Inhalt

Die Situations- und Ressourcenanalyse gliedert sich in mehrere thematischen Kapitel. Zunächst werden anhand der Literaturrecherche und Bestandsdatenanalyse (Kapitel 2) zentrale sozialräumliche Rahmenbedingungen der Untersuchungsregion dargestellt. Dem folgt die Darstellung der Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Datenerhebung. Im Fokus stehen dabei die aktuelle Situation in der Untersuchungsregion und die von den Befragten wahrgenommenen Ursachen und Kontextbedingung (Kapitel 3.1). Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den Problemen und Herausforderungen im Kontext der Zielstellungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. *„Demokratie fördern“*, *„Vielfalt gestalten“*, *„Extremismus vorbeugen“* (Kapitel 3.2). Darüber hinaus werden vorhandene Ressourcen, Potentiale und Bedarfe dargestellt, die zur Bearbeitung der Problemlagen beitragen können (Kapitel 3.3). Abschließend werden Handlungsimplicationen der Ergebnisse sowie daraus abgeleitete Handlungsfelder aufgezeigt (Kapitel 4).



2 Literaturrecherche und Bestandsdatenanalyse

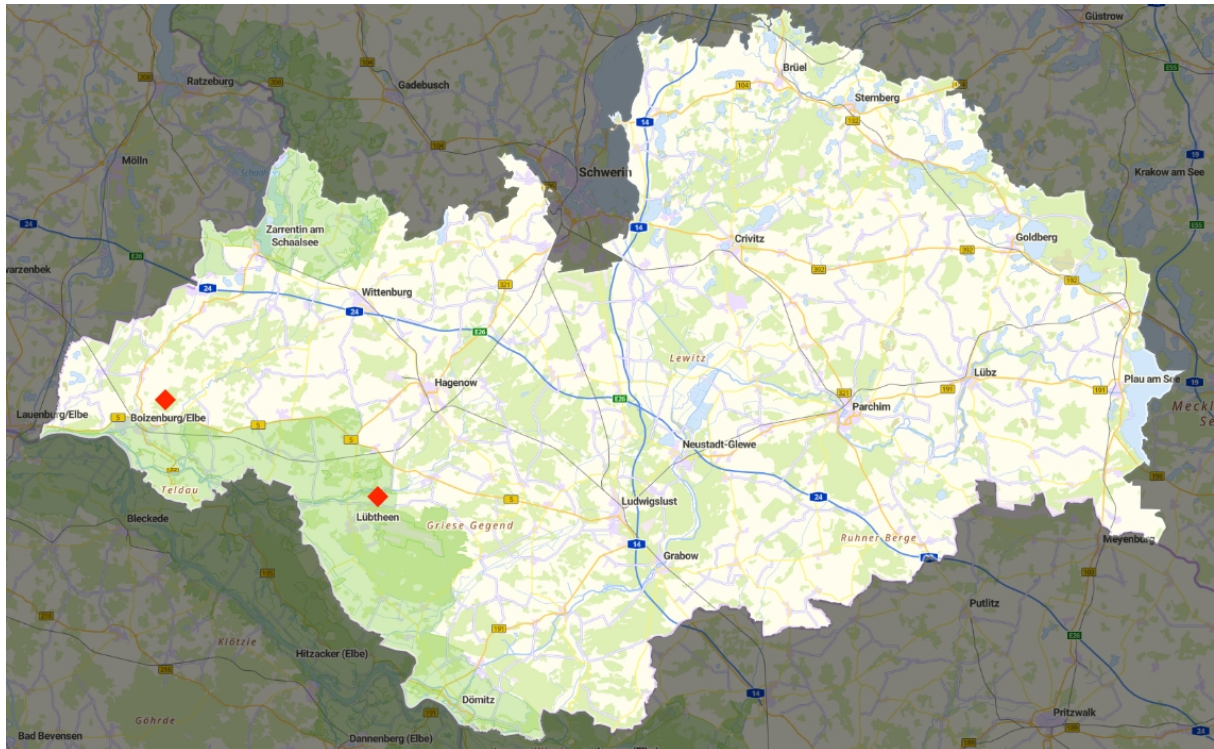
In diesem Kapitel werden die zentralen Rahmenbedingungen der Region Boizenburg/Elbe und Lübtheen dargestellt, die für das Verständnis gesellschaftlicher Entwicklungen sowie für die Planung demokratiestärkender Maßnahmen relevant sind. Aufbauend auf dem Fragekatalog werden jene Faktoren analysiert, die den Raumkontext prägen und zugleich Problemlagen sichtbar machen, die im Zusammenhang mit den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ stehen. Die Analyse orientiert sich dabei an den thematischen Oberkategorien Bevölkerungs- und Raumstruktur, soziale Ungleichheit und Armut sowie Aspekten der Demokratiegefährdung in den Städten Boizenburg/Elbe und Lübtheen.

2.1 Bevölkerungs- und Raumstruktur

Die Städte Boizenburg/Elbe und Lübtheen liegen im Landkreis Ludwigslust-Parchim im Südwesten Mecklenburg-Vorpommerns. Der an Niedersachsen und Brandenburg grenzende Landkreis ist flächenmäßig der zweitgrößte Landkreis Deutschlands und gehört mit nur 44 Einwohner:innen pro Quadratkilometer zu den am dünnsten besiedelten Regionen des Landes. Dies steht im Einklang mit der allgemeinen Struktur Mecklenburg-Vorpommerns, das bundesweit die geringste Bevölkerungsdichte verzeichnet (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2025b: 26; GeoPortal.MV 2025). Der Landkreis setzt sich aus 15 Ämtern und 5 amtsfreien Städten zusammen, darunter Boizenburg/Elbe und Lübtheen sowie die Kreisstadt Parchim, weiterhin umfasst er 145 Gemeinden. Seit 2012 ist Ludwigslust-Parchim Mitglied der Metropolregion Hamburg (Landkreis Ludwigslust-Parchim, 2019: 4/11/43). Im soziökonomischen Disparitätenbericht 2023 der Friedrich-Ebert-Stiftung wird Ludwigslust-Parchim, in dem Boizenburg/Elbe und Lübtheen liegen, neben 54 anderen Kreisen in den neuen Bundesländern, als „strukturellschwacher Raum mit Aufholerfolgen“ sowie neben dem Großteil Ostdeutschlands als „Raum mit besonderen strukturellen Herausforderungen“ charakterisiert. Bestimmende Faktoren sind hier insbesondere wirtschaftliche Folgen der Wiedervereinigung, der Fachkräfteengpass und die demographische Entwicklung (Gohla & Hennicke, 2023: 9/12/20f.).



Die folgende Karte zeigt den Landkreis Ludwigslust-Parchim mit den Städten Boizenburg/Elbe und Lübtheen:



Karte 1: Der Landkreis Ludwigslust-Parchim mit den Städten Boizenburg/Elbe und Lübtheen (GeoPortal.MV, 2025/eigene Markierungen).



Bevölkerungsstruktur

Boizenburg/Elbe verzeichnete 2024 insgesamt 11.048 Einwohner:innen. (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2025: 24f.). Das Durchschnittsalter in Boizenburg/Elbe betrug 2023 etwa 46 Jahre (BBSR, 2025). Das folgende Diagramm zeigt die Altersverteilung nach Gruppen:

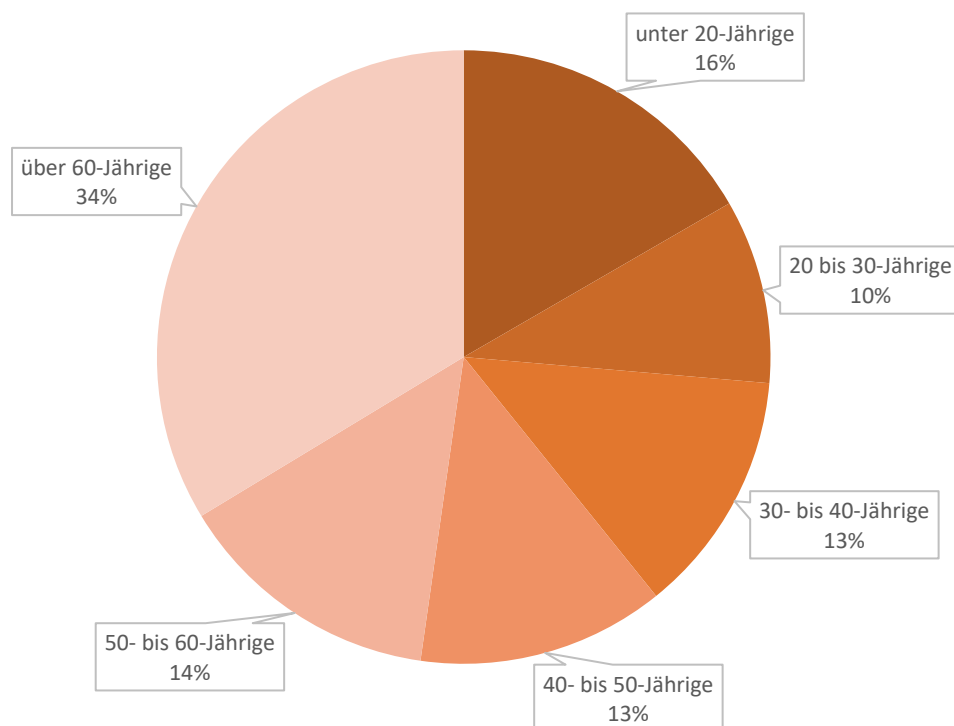


Abbildung 1: Altersverteilung nach Gruppen in Boizenburg/Elbe 2024 (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2025: 24f., eigene Darstellung)

Die 4.433 Einwohner:innen (2024) der Stadt Lübtheen verteilen sich ebenfalls in ähnlicher Form auf die verschiedenen Altersgruppen. Es zeigt sich dabei eine etwas stärker ausgeprägte Gruppe der über 60-Jährigen (39 Prozent) sowie eine sehr schwach ausgeprägte Gruppe der 20- bis 30-Jährigen von lediglich 6 Prozent. (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025: 26f.). Somit ergibt sich für Lübtheen ein etwas älteres Durchschnittsalter als in Boizenburg/Elbe von etwa 49 Jahren (BBSR 2025). Das folgende Diagramm zeigt die Altersverteilung nach Gruppen:

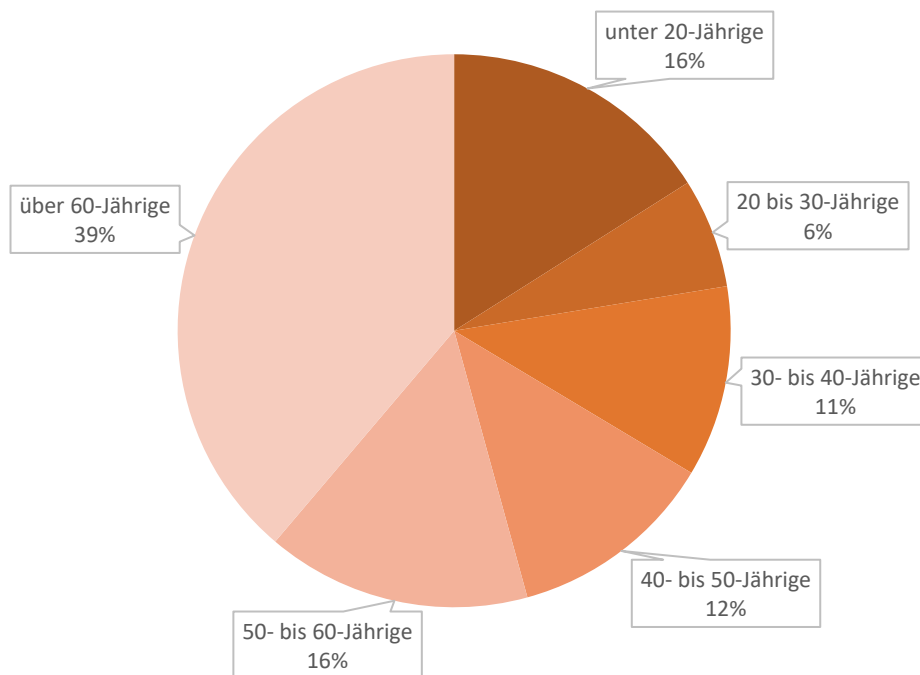


Abbildung 2: Altersverteilung nach Gruppen in Lübtheen 2024 (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2025: 26f., eigene Darstellung)

Sowohl in Boizenburg/Elbe als auch in Lübtheen ist ein deutlicher demographischer Schwerpunkt in der Bevölkerung ab 60 Jahren erkennbar. Ein hoher Anteil älterer Menschen führt zu einer stärkeren Belastung des Sozial- und Gesundheitswesens. Auf dem Arbeitsmarkt fehlen dagegen Personen im erwerbsfähigen Alter. Zudem sind die reproduktionsfähigen Altersgruppen schwächer besetzt, was die natürliche Bevölkerungsentwicklung schwächt und zu einem weiteren Rückgang der Bevölkerung beitragen kann. Die demografische Struktur wird auch von den Befragten in Kapitel 3 als Faktor in der Region hervorgehoben.

Der Frauenanteil in Boizenburg/Elbe lag 2023 bei etwa 49 Prozent, was für ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis spricht. Betrachtet man die Geschlechterverteilung in Bezug auf das Alter zeigt sich, dass in der Altersgruppe der 20- bis unter 40-Jährigen das Geschlechterverhältnis in etwa gleich verteilt ist (BBSR 2025). Für die Stadt Lübtheen zeigt sich bezüglich des Frauenanteils ein anders Bild, dieser lag 2023 insgesamt bei etwa 47 Prozent. In der Altersgruppe der 20- bis unter 40-Jährigen lag dieser jedoch lediglich bei rund 39 Prozent (ebd.), insbesondere im gebärfähigen Alter sind Frauen in Lübtheen unterrepräsentiert, was Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung haben kann. Dieser Aspekt kommt auch in den erhobenen Daten zum Ausdruck, die Befragten sprechen von einer hohen Zahl alleinlebender Männer im "mittleren Alter" (vgl. Kapitel 3.1).



Bevölkerungsentwicklung und Migration

Für die Städte Boizenburg/Elbe und Lübtheen liegen nur begrenzte öffentlich zugängliche Daten zur Bevölkerungsentwicklung und Migration vor. Um dennoch belastbare Aussagen treffen zu können, wird daher teilweise auf aggregierte Statistiken des Landkreises Ludwigslust-Parchim zurückgegriffen. Dies ermöglicht trotz eingeschränkter Datenlage eine kontextuelle Einschätzung der lokalen Entwicklung.

Seit dem Jahr 2000 (240.548 Einwohner:innen) ist für den Landkreis Ludwigslust-Parchim eine kontinuierliche Abnahme der Bevölkerung zu beobachten. Ludwigslust-Parchim verzeichnete 2024 insgesamt noch 208.092 Einwohner:innen. Ausnahmen bilden dabei lediglich die Jahre 2014 und 2015 (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025b: 28). Im Jahr 2024 ist im Vergleich zum Vorjahr ein Bevölkerungsrückgang von insgesamt 1.280 Personen zu verzeichnen, bei einem Gestorbenen Überschuss von 1.661 Personen. Im Jahr 2024 gab es insgesamt 13.599 Zuzüge in den Landkreis Ludwigslust-Parchim sowie 13.049 Fortzüge, was einem Wanderungsgewinn von 550 Personen für 2024 entspricht (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2024b: 4). Betrachtet man in diesem Zusammenhang ausländische Staatsbürger:innen lassen sich für 2024 5.132 Zuzüge und 5.002 Fortzüge für den Landkreis festhalten, somit ergibt sich ein Wanderungsgewinn von 130 Personen (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025d: 20f.).

Insgesamt lebten im Landkreis Ludwigslust-Parchim im Jahr 2024 17.430 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2024a: 12), von denen 13.140 aus EU-Mitgliedsstaaten oder weiteren europäischen Ländern stammten (ebd., 14). Bezogen auf die durch das Statistische Landesamt ermittelte Bevölkerungszahl im Jahr 2024 entspricht dies einem Ausländer:innenanteil von rund 8,4 Prozent.

Für die Stadt Boizenburg/Elbe zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Von 2023 auf 2024 gab es einen Bevölkerungsrückgang von 39 Personen, bei einem Gestorbenen Überschuss von 89 Personen, 643 zugezogenen sowie 589 fortgezogenen Personen (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2024b: 16). Lübtheen verzeichnet im Jahr 2024 einen Bevölkerungsrückgang um 123 Einwohner:innen sowie einen Gestorbenen Überschuss von 100 Personen, 315 Zugezogene und 341 Fortgezogene (ebd.: 18).

Haushalte

Im Landkreis Ludwigslust-Parchim gab es 2019 104.700 Haushalte, wobei in 21.300 davon ledige Kinder unter 18 Jahren lebten (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2021a: 23). Insgesamt lebten 2019 durchschnittlich 2,02 Personen pro Haushalt, mehr als durchschnittlich in Mecklenburg-Vorpommern (1,91) gesamt (ebd.: 18). Im Jahr 2023 lag der Anteil der Haushalte mit Kindern in Ludwigslust-Parchim bei 27,45 Prozent. Für die Stadt Boizenburg/Elbe betrug der Anteil der Haushalte mit Kindern 2023 23,75 Prozent. Durchschnittlich lebten pro Haushalt 1,87 Personen in Boizenburg. In Lübtheen dagegen betrug der Anteil an Haushalten mit Kindern 27,57 Prozent und die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,17 Personen (ebd.).



Räumliche Erreichbarkeit

In Boizenburg/Elbe verfügen nahezu alle Einwohner:innen (98 Prozent) über eine ÖPNV-Haltestelle in höchstens einem Kilometer Entfernung. Im Durchschnitt liegt die Distanz zur nächsten Haltestelle lediglich bei etwa 250 Metern. Die Wegzeiten mit dem Auto betragen zum nächstgelegenen Oberzentrum im Mittel rund 38 Minuten, während das nächstgelegene Mittelzentrum in etwa 30 Minuten erreichbar ist. Etwa vier Fünftel der Bevölkerung wohnen weniger als einen Kilometer von einem Supermarkt oder Discounter entfernt. Auch die hausärztliche Versorgung ist räumlich gut zugänglich. Rund 84 Prozent der Einwohner:innen leben maximal einen Kilometer von der nächsten Praxis entfernt. Die Wege zur nächsten Grundschule fallen dagegen etwas länger aus. Zwar erreicht ein Großteil der Bevölkerung diese innerhalb eines Kilometers, jedoch beträgt die durchschnittliche Entfernung 1,2 Kilometer. In puncto digitaler Infrastruktur verfügen etwa 96 Prozent der Haushalte über den Basiswert einer Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s. Das Pendlergeschehen zeigt ein deutliches Auspendlerübergewicht. Der Einpendleranteil liegt bei 55 Prozent, der Auspendleranteil bei 68 Prozent (BBSR 2025).

In Lübtheen erreichen rund 64 Prozent der Bevölkerung eine Haltestelle innerhalb eines Kilometers, wobei die durchschnittliche Entfernung zur nächsten ÖPNV-Anbindung mit etwa 1,5 Kilometern deutlich höher ausfällt als in Boizenburg/Elbe. Die Fahrtzeit mit dem PKW zum nächsten Oberzentrum beträgt im Mittel etwa 51 Minuten, das nächstgelegene Mittelzentrum ist dagegen bereits in ungefähr 20 Minuten erreichbar. Knapp zwei Drittel der Einwohner:innen leben weniger als einen Kilometer vom nächsten Supermarkt entfernt. Rund 62 Prozent befinden sich in maximal einem Kilometer Abstand zur nächsten Hausarztpraxis. Der Zugang zur Grundschule ist dagegen deutlich eingeschränkter. Nur etwa ein Viertel der Bevölkerung wohnt innerhalb eines Kilometers von der nächstgelegenen Grundschule, die durchschnittliche Distanz liegt bei 2,5 Kilometern. Die digitale Grundversorgung ist mit rund 85 Prozent der Haushalte, die mindestens 50 Mbit/s erreichen zwar solide, aber schwächer ausgeprägt als in Boizenburg/Elbe. Das Pendlerprofil ähnelt dem der Nachbarstadt. Der Einpendleranteil liegt bei 55 Prozent, der Auspendleranteil bei 62 Prozent (ebd.).

Die Daten zeigen, dass Boizenburg/Elbe insgesamt über eine deutlich bessere infrastrukturelle Ausstattung verfügt, insbesondere im ÖPNV, bei der wohnortnahen Versorgung sowie der digitalen Anbindung. Lübtheen weist dagegen größere räumliche Distanzen zu zentralen Einrichtungen auf, was auf eine geringere Siedlungsdichte und eine schwächere Ausstattung schließen lässt. Beide Kommunen sind durch Auspendlerströme geprägt, was auf ein begrenztes lokales Arbeitsplatz Angebot und eine funktionale Abhängigkeit von umliegenden Zentren hindeutet. Im Verlauf der empirischen Phase der Untersuchung spielt die vergleichsweise schlechte räumlich Erreichbarkeit in der Region eine entscheidende Rolle (vgl. Kapitel 3.1)



2.2 Soziale Ungleichheit und Armut

In Deutschland existiert eine große Vermögensungleichheit. Etwa ein Sechstel der Bevölkerung verfügt über kein Nettovermögen, während die oberen 10 Prozent über die Hälfte des Gesamtvermögens verfügen (ARB 2021: 71). Besonders stark ist die Vermögensungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland, da ostdeutsche Haushalte weniger erben und erst seit 1998/90 in der Lage sind selbst Vermögen aufzubauen (ebd.). Ostdeutsche sind jedoch nicht nur weniger vermögend, sondern auch häufiger von Unsicherheiten im Lebenslauf, wie Arbeitslosigkeit und Prekariat betroffen. Zudem verfügen sie über geringere Einkommen (ebd.: 49). Aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Vermögen sind sie den Unsicherheiten stärker ausgeliefert (Hanck 2022). Diese Entwicklungen verstärken soziale Ungleichheit, die wiederum gesellschaftliche Polarisierung und Politikverdrossenheit bewirkt. Gleichwertige Lebensverhältnisse, die jedoch in Deutschland bisher nicht realisiert sind, gelten als grundlegende Voraussetzung für eine stabile Demokratie und gleichberechtigte Teilhabe (Gohla & Hennicke, 2023: 4). Um die aktuelle Lage differenziert darzustellen, werden im Folgenden zentrale Indikatoren sozialer Ungleichheit der Region herangezogen. Ziel ist es, bestehende Disparitäten sichtbar zu machen sowie eine fundierte Wissensgrundlage des Raumkontextes zu schaffen.

Einkommen

Auf kleinräumiger Ebene können Haushalte lediglich in Einkommensgruppen differenziert ausgewiesen werden. In Boizenburg/Elbe verfügen 27,81 Prozent der Haushalte über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.500 Euro. Die mittlere Einkommensgruppe mit einem Nettoeinkommen zwischen 1.500 und 3.600 Euro umfasst 49,65 Prozent der Haushalte. Ein Anteil von 22,54 Prozent der Haushalte erreicht ein monatliches Nettoeinkommen von über 3.600 Euro (BBSR 2025). Die Verteilung zeigt, dass knapp die Hälfte der Haushalte über mittlere Einkommen verfügen, während mehr als ein Viertel ein niedriges Einkommen aufweist und lediglich etwa ein Fünftel zur oberen Einkommensgruppe zählt. Dies weist wiederum auf eine eher moderat ausgeprägte Einkommensstruktur hin. In Lübtheen entfallen 28,28 Prozent der Haushalte auf den Bereich der niedrigen Nettoeinkommen unter 1.500 Euro, 54,13 Prozent auf die mittlere (1.500-3.600 Euro) sowie 17,59 Prozent auf die hohe Einkommensgruppe mit einem Nettoeinkommen von über 3.600 Euro pro Monat (ebd.). Damit zeigt Lübtheen eine ausgeprägtere Konzentration niedriger und mittlerer Einkommen als Boizenburg.

Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung

Im Jahr 2023 waren im Landkreis Ludwigslust-Parchim 6.727 Personen arbeitslos gemeldet. Dem gegenüber stehen 87.151 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort. Insgesamt lag die Arbeitslosenquote bei 6,02 Prozent, etwas über dem Bundesdurchschnitt von 5,67 Prozent. 36,44 Prozent der registrierten Arbeitslosen waren bereits seit mindestens einem Jahr ohne Beschäftigung, ein etwas höherer Wert im Vergleich zu 34,74 Prozent deutschlandweit. (BBSR, 2025). Der Anteil der sogenannten „Aufstocker“ lag im Landkreis bei 18,37 Prozent und damit etwas niedriger als der bundesweite Anteil von 20,25 Prozent. Dabei handelt es sich um Personen, die trotz Erwerbsarbeit Arbeitslosengeld II beziehen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern (BBSR, 2025).



In Boizenburg/Elbe gab es 2023 insgesamt 508 arbeitslos gemeldete Personen sowie 4.879 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Wohnort. Ein bedeutender Anteil der arbeitslosen Personen ist von langfristiger Erwerbslosigkeit betroffen. 37,01 Prozent der registrierten Arbeitslosen waren bereits seit mindestens einem Jahr ohne Beschäftigung. Langzeitarbeitslosigkeit stellt für die betroffenen Menschen eine erhebliche Belastung dar. Sie kann zu Verarmung, Resignation und sozialem Abstieg führen und wirkt sich oftmals negativ auf die Gesundheit der Betroffenen und ihre gesellschaftliche Teilhabe aus (Krug et al., 2020/Knabe, 2022/BBSR, 2025). Die Stadt Lübtheen verzeichnete für das gleiche Jahr 140 arbeitslose Personen sowie 1.920 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen betrug 35,71 Prozent (ebd.).

Die SGB II-Quote liegt im Landkreis Ludwigslust-Parchim bei 7,18 Prozent und damit etwas niedriger als die bundesweite Quote von 8,34 Prozent. Die Grundsicherung nach dem SGB II dient der Sicherung des Existenzminimums und stellt eine finanzielle Absicherung für Personen bereit, die über keine oder unzureichende Mittel verfügen. Die Anzahl der nicht erwerbsfähigen SGB II Leistungsberechtigten unter 15 Jahren beträgt 9,62 Kinder je 100 Einwohner:innen, im Gegensatz zu 13,00 Kindern im Bundesdurchschnitt. Besonders stark von Kinderarmut betroffen sind Kinder Alleinerziehender, Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sowie Kinder aus Mehrkindfamilien. Der Indikator weist auf die deutlich schlechteren Entwicklungs- und Teilhabechancen der betroffenen Kinder hin (BBSR, 2025).

Deutschland weist erhebliche Unterschiede in Bezug auf Armut und Wohlstand auf. Die Region Westmecklenburg in der Boizenburg/Elbe und Lübtheen liegen, wird im sozioökonomischen Disparitätenbericht 2023 als Gebiet mit einem unterdurchschnittlichem Wohlstandsniveau charakterisiert, auch geerbtes und geschenktes Vermögen fallen in dieser Region am geringsten aus (Gohla & Hennicke, 2023, S. 13ff.).

Armutsgefährdung beschreibt in Deutschland meist keine existentielle Armut, sondern eine Form relativer Armut, die sich am mittleren Einkommen der Bevölkerung orientiert. Nach der EU-Definition gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr Einkommen unter 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens der Bevölkerung liegt. Für das Jahr 2024 entspricht dies einem Nettojahreseinkommen von 16.571 Euro (Statistisches Bundesamt, 2025). Die am Bundesmedian gemessene Armutsgefährdungsquote lag in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2024 bei 17,2 Prozent und damit leicht über dem bundesweiten Durchschnitt von 15,5 Prozent (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2025c: 98).

Im Vergleich zu weiter zurückliegenden Jahren ist jedoch ein Rückgang zu verzeichnen. Die Quote lag 2019 bei 19,4 Prozent und 2018 bei 20,9 Prozent. Wird die Armutsgefährdung hingegen am Landesmedian bemessen, der regionale Unterschiede berücksichtigt, ergibt sich für 2022 eine Quote von 14,3 Prozent, die unter dem Bundesdurchschnitt liegt (Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern, 2024: 4). Der Unterschied zwischen der Armutsmessung nach Bundes- und Landesmedian lässt sich dabei wie folgt interpretieren. Die Einkommen in Mecklenburg-Vorpommern liegen dicht beieinander, dies jedoch auf einem insgesamt niedrigen Niveau, verglichen mit dem Bundesdurchschnitt (Hanck, 2022).



Bei Betrachtung der Quote nur für Minderjährige zeigt sich ein höherer Wert von 17,8 Prozent (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2023). Für den Landkreis Ludwigslust-Parchim sowie die Städte Boizenburg/Elbe und Lübtheen gibt es keine Armutsgefährdungsquote in offiziellen Statistiken, dennoch wird durch die oben beschriebene Verteilung der monatlichen Haushaltseinkommen deutlich, dass ein bedeutender Teil der Haushalte unter oder nah um den EU-Grenzwert relativer Armut liegt.

Ein erhöhtes Armutsrisiko zeigt sich zudem in bestimmten Haushaltsformen. Besonders Alleinerziehende sowie Familien mit mehreren Kindern sind überdurchschnittlich häufig von finanziellen Belastungen und eingeschränkten Teilhabechancen betroffen (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2023). Im Landkreis Ludwigslust-Parchim gab es 2019 5.900 Alleinerziehende, darunter 5.500 alleinerziehende Mütter von insgesamt 26.800 Familien (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, 2021b: 69). Dies entspricht einem Anteil von etwa 22 Prozent Alleinerziehenden im Landkreis.

Der Landkreis Ludwigslust-Parchim sowie die Städte Boizenburg/Elbe und Lübtheen verfügen über eine stabile Erwerbsbasis, stehen jedoch auch vor sozialen Herausforderungen. Besonders der Anteil der Langzeitarbeitslosen erschwert gesellschaftliche Teilhabe. Trotz der unterdurchschnittlichen Grundsicherungsquote bleibt die finanzielle Vulnerabilität erkennbar, etwa durch die geringen Vermögen der Haushalte, das niedrige Einkommensniveau und den hohen Anteil erwerbstätiger Personen, die auf aufstockende Leistungen angewiesen sind. Insgesamt stellt sich die Region wirtschaftlich solide dar, zeigt aber gleichzeitig Bedarfe gezielter sozialpolitischer Unterstützung und Absicherung im Krisenfall.

2.3 Demokratiegefährdung

In diesem Kapitel sollen Problemlagen im Hinblick auf die drei Themenfelder „*Vielfalt gestalten*“, „*Extremismus vorbeugen*“ und „*Demokratie fördern*“ des Förderprogramms „Demokratie leben!“, betrachtet werden. Dabei liegt der Fokus, darauf demokratiegefährdende Entwicklungen sichtbar zu machen. Anhand verschiedener Indikatoren, Berichte und Studien wird die Situation in der Region der Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe und Lübtheen beschrieben, einschließlich bestehender Probleme und Herausforderungen.

Wahlverhalten

Das vorliegende Diagramm zeigt die Stimmanteile rechtextremer bzw. demokratiefeindlicher Parteien und Wählergruppen in Boizenburg/Elbe und Lübtheen über mehrere Wahlzyklen hinweg. Betrachtet werden die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahl 2021 (Zweitstimme), der Kommunalwahlen 2024 (Stadtvertretung und Kreistag Ludwigslust-Parchim), der Europawahl 2024 sowie der Bundestagswahl (Zweitstimme) und der Landratswahl 2025.



Die im Diagramm betrachteten politischen Akteure sind nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden wie folgt einzuordnen.

Die Heimat (ehem. **NPD**) „vertritt ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild“, ihr Ziel ist es ein ethnisch homogenes Deutschland zu erschaffen sowie die den demokratischen Rechtsstaat zu beseitigen (Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern 2025: 57).

Die Wählergruppe **Heimat und Identität** ist im Landkreis Ludwigslust-Parchim aktiv und steht in engem Kontakt zur Partei Die Heimat. Aktive Mitglieder machen insbesondere durch fremdenfeindliche Äußerungen auf sich aufmerksam (ebd.: 60).

Die **Alternative für Deutschland (AfD)** wurde im Mai 2025 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als bundesweite Gesamtpartei als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft, wogegen die Partei gerichtlich vorgeht (NDR 2025a). Das „ethnisch-abstammungsmäßig geprägte Volksverständnis“ der Partei steht im Widerspruch zum dem im deutschen Grundgesetz. Sie verwendet rechtsextremistische, fremdenfeindliche sowie verschwörungstheoretische Narrative und strebt keine inhaltliche Auseinandersetzung mit politischen Gegnern, sondern eine Herabwürdigung des politischen Systems an sich an (Bundesministerium des Inneren 2025: 102f.). Der Landesverband der AfD in Mecklenburg-Vorpommern wurde vom Verfassungsschutz aber bislang nicht als "gesichert rechtsextrem" eingestuft (NDR 2025c).

Wahlergebnisse ausgewählter Parteien in Boizenburg/Elbe und Lübtheen

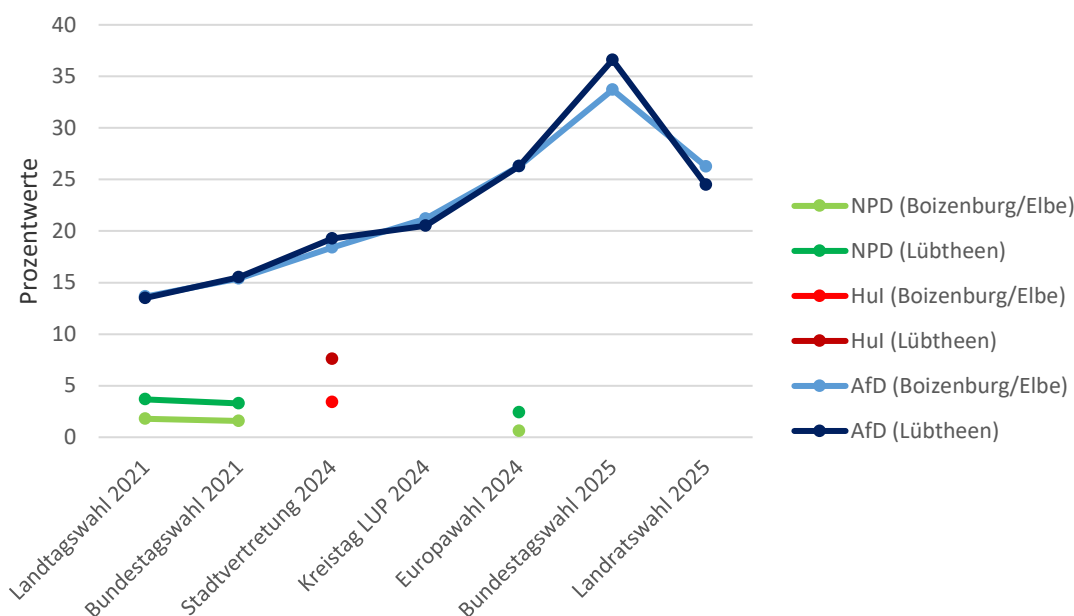


Abbildung 3: Wahlergebnisse ausgewählter Parteien in Boizenburg/Elbe und Lübtheen (eigene Darstellung).

Quellen: NDR (2024), NDR (2025b), Stadt Boizenburg/Elbe (2025), Stadt Lübtheen (2025a), Stadt Lübtheen (2025b), Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2021c), Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2021d), Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024c), Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024d)



Die Daten verdeutlichen, dass insbesondere die *AfD* in beiden Städten über den gesamten Zeitraum hinweg die höchsten Stimmanteile der betrachteten Parteien erzielt. Während die Partei bereits 2021 zweistellige Werte erhielt, steigen die Anteile in den folgenden Jahren weiter an. In Boizenburg/Elbe erreicht die *AfD* bei den Bundestagswahlen 2025 über 30 Prozent, in Lübtheen sogar Werte von über 35 Prozent. Dies weist auf eine zunehmende Verankerung rechtspopulistischer und teils demokratiefeindlicher Positionen in Teilen der lokalen Wählerschaft hin. Im Gegensatz dazu verlieren „klassische“ rechtsextreme Parteien wie die *NPD* bzw. deren Nachfolgepartei *Die Heimat* an Bedeutung, ihre Ergebnisse bleiben in beiden Städten durchgehend im niedrigen einstelligen Bereich. Dies ist insbesondere vor dem spezifischen historischen Hintergrund Lübtheens bemerkenswert. Die Region galt als zentrale Hochburg der *NPD*, rechtsextremer Akteure und völkischen Siedlern, die systematisch in ländliche Räume zogen, um langfristig soziale und politische Strukturen zu beeinflussen (Röpke 2015: 206ff./213ff.). Auch in den erhobenen Daten spielen die erhöhte Präsenz der *AfD* sowie die etablierten rechtsextremen Strukturen eine entscheidende Rolle (vgl. Kapitel 3.2)

Der Bedeutungsverlust der *NPD* relativiert sich jedoch vor dem Hintergrund der steigenden Ergebnisse der *AfD*, die als eine Wanderung der Wähler:innen in eine größere und gesellschaftlich sichtbarer auftretende Partei interpretiert werden kann. Auffällig ist zudem das Auftreten der lokalen Wählergruppe *Heimat und Identität (Hul)* bei den Kommunalwahlen 2024. Während sie in Boizenburg/Elbe geringe Werte erzielt, erreicht sie in Lübtheen rund 8 Prozent. Dies legt wiederum nahe, dass sich vor Ort weiterhin Akteursgruppen organisieren, die eigene Positionen in kommunalen Strukturen verankern wollen.

Insgesamt verdeutlicht die Analyse, dass die demokratiefeindlichen Tendenzen in Lübtheen und Boizenburg/Elbe nicht als kurzfristiges Phänomen zu verstehen sind. Vielmehr handelt es sich um eine Entwicklung, die insbesondere in Lübtheen auf gewachsene rechtsextreme Strukturen zurückreicht und sich bis heute in hohen Stimmanteilen für entsprechende Parteien und Gruppen zeigt. Die Ergebnisse zeigen damit sowohl eine Kontinuität als auch eine Transformation rechtsextremer Mobilisierung, die für die demokratische Kultur der beiden Städte eine anhaltende Herausforderung darstellt.

Rechtsextremismus in der Region

Die Stadt Lübtheen wurde gezielt zu einem Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten und erlangte deutschland- und europaweit mediale Aufmerksamkeit. Entsprechend widmet die Studie „Rechtsextremismus in Ostdeutschland“ (2011) Lübtheen eine eingehende Analyse (Lehmann, 2011: 253f.). Die rechtsextreme Szene um den ehemaligen *NPD*-Landtagsabgeordneten Udo Pastörs verfolgte vor Ort mehrere strategische Ansätze, darunter die typische „Kümmerer-Strategie“, den Aufbau eines „nationalen Wurzelgeflechts“ in Westmecklenburg sowie die gezielte Provokation politischer Gegner. Erfolge, wie bei der Kommunalwahl 2009, verdeutlichen die Wirkung dieser Maßnahmen (ebd.: 282ff.). Inhaltlich wurden insbesondere Themen wie Familie und Engagement in der dörflichen Gemeinschaft betont sowie Zielgruppen, wie Politikverdrossene, Aussiedler:innen, Familien und Menschen in prekären Lebenslagen, adressiert (ebd.: 285ff.).



Ein weiterer Teil der Strategie ist der Erwerb von Immobilien in der Region, zur Errichtung einer eigenen Infrastruktur. Im Jahr 2008 erwarb beispielsweise Phillip Steinbeck, ein Bekannter von Pastörs sowie den örtlichen Rechtsextremen, den Festsaal in Lübtheen (ebd.: 278).

Der Fall Steinbeck verdeutlicht die Kontinuität rechtsextremer Bezüge in der Region. Galt er in der Vergangenheit als NPD nah, sitzt er heute für die AfD im Kreistag des Landkreises Ludwigslust-Parchim. Steinbeck geriet im August 2025 erneut in den Fokus der Öffentlichkeit, als bei einer polizeilichen Durchsuchung seines Gutshauses bei Lübtheen Waffen und Sprengstoff sichergestellt wurden (NDR 2025a).

Damit wird sichtbar, dass rechtsextreme Akteurskonstellationen und Strukturen, die bereits Anfang der 2000er Jahre in Lübtheen etabliert wurden, bis in die Gegenwart hineinreichen.

Diesen demokratiefeindlichen Aktivitäten stellten sich in der Vergangenheit immer wieder auch zivilgesellschaftliche Akteure und Bündnisse aus der Region entgegen. Eine zentrale Rolle spielte dabei zum Beispiel eine langjährige Bürgermeisterin Lübtheens sowie die durch das *Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg* unterstützte Bürgerinitiative „Wir für Lübtheen“, die sich systematisch gegen rechtsextreme Einflussversuche stellten. Die Interaktion beider Seiten war von fortlaufenden Auseinandersetzungen geprägt (Lehmann 2011: 288ff/301ff.). Eine detailliertere Darstellung und Analyse der in Lübtheen wirksamen Strukturen, Aktivitäten und Vorkommnisse sowohl rechtsextremer als auch demokratischen Akteure ist findet sich im Sammelband „Rechtsextremismus in Ostdeutschland“ von Buchstein und Heinrich.²

Weitere Beobachtungen über rechtsextreme und völkische Siedler:innen in der Region Lübtheen und Boizenburg/Elbe schildert Andrea Röpke in „Gefährlich verankert“³.

Polizeiliche Kriminalstatistik

Politisch motivierte Kriminalität gilt als Indikator für demokratiegefährdende Entwicklungen, da sie sich gegen grundlegende Werte, Institutionen und Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung richtet. Kriminalstatistische Daten für Boizenburg und Lübtheen waren auch nach einer Anfrage beim Landeskriminalamt MV nicht abrufbar, dennoch lassen sich auch aus den Daten für den gesamten Landkreis Aspekte für die Region Boizenburg/Elbe und Lübtheen ableiten. Die folgende Tabelle zeigt die erfassten PMK-Delikte im Landkreis Ludwigslust-Parchim sowie in Mecklenburg-Vorpommern im Zeitraum von 2020 bis 2024:

² Buchstein, H. & G. Heinrich (2011). Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Wochenschau Verlag.

³ Röpke, A. (2015). Gefährlich verankert. Rechtsextreme Graswurzelarbeit, Strategien und neue Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern. In: SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.). Sozialdemokratische Schriften zur Landespolitik Band 1.



Tabelle 1: Politisch motivierte Kriminalität in Ludwigslust-Parchim und Mecklenburg-Vorpommern (LKA MV, 2026)

Region	Jahr	PMK gesamt	PMK rechts	PMK links	PMK religiöse Ideologie	PMK ausländ. Ideologie	PMK sonstige
LK LWL/PCH (MV gesamt)	2020	129 (1.386)	87 (1.012)	18 (174)	1 (8)	2 (20)	21 (172)
	2021	191 (1.736)	82 (971)	30 (226)	3 (8)	1 (26)	75 (505)
	2022	266 (2.070)	115 (1.142)	12 (174)	6 (12)	9 (37)	124 (705)
	2023	196 (1.902)	148 (1.369)	14 (168)	6 (28)	4 (33)	24 (304)
	2024	331 (3.317)	217 (2.184)	33 (361)	2 (16)	2 (22)	77 (734)

Im Zeitraum von 2020 bis 2024 zeigt sich über nahezu alle Deliktgruppen der politisch motivierten Kriminalität hinweg eine steigende Tendenz. Im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern insgesamt bleibt der Anteil im Landkreis Ludwigslust-Parchim registrierten Fälle jedoch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Auffällig ist zudem, dass Delikte der PMK-rechts, mit lediglich einer Ausnahme, durchgehend den höchsten Anteil an registrierten Fällen ausmachen.

Ergänzend zur allgemeinen Entwicklung der PMK zeigt sich auch bei den Angriffen auf Amts- und Mandatsträger:innen ein Anstieg der Fallzahlen. In Mecklenburg-Vorpommern stieg die Zahl der registrierten Fälle von 112 im Jahr 2023 auf 139 im Jahr 2024. Im Landkreis-Ludwigslust-Parchim erhöhte sich die Zahl im gleichen Zeitraum von 13 auf 19 Fälle. Die Entwicklung deutet auf eine zunehmende Aggressivität gegenüber politischen Repräsentant:innen hin und kann als Hinweis auf wachsende demokratiegefährdende Tendenzen interpretiert werden.

Die Entwicklung deutet darauf hin, dass demokratiegefährdende Einstellungen und Radikalisierungstendenzen auf regionaler Ebene an Bedeutung gewinnen. Insbesondere die konstant hohen Anteile der PMK-rechts weisen auf eine anhaltende Herausforderung für demokratische Werte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt hin.



Demokratiestärkende Strukturen

Neben den staatlich erfassten PMK-Daten liefern zivilgesellschaftliche Monitoringstellen zusätzliche Erkenntnisse über das Ausmaß rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern. Die Opferberatungsstelle *LOBBi MV* dokumentierte für das Jahr 2025 insgesamt 157 rechtsmotivierte Angriffe im Land. Davon entfielen 13 Fälle auf den Landkreis Ludwigslust-Parchim (LOBBi MV, 2026). Weitere Informationen sind in einem ausführlichen Hintergrundpapier zur Jahresstatistik zu finden.⁴

Die *RAA - Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg*⁵ - stellt ebenfalls einen wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteur im Bereich der Demokratieförderung, Präventions- und Bildungsarbeit dar. Neben Beratungs- und Vernetzungsangeboten veröffentlicht die mobile Beratungsstelle Berichte und Einschätzungen zu demokratiefeindlichen Entwicklungen sowie zur gesellschaftlichen Lage in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Kerngebiet der RAA ist der Landkreis Ludwigslust-Parchim.

Daneben bestehen in der Region um die Städte Boizenburg/Elbe und Lübtheen zahlreiche weitere Ansätze und Akteur:innen im Bereich der Präventions-, Bildungs- und Demokratieförderarbeit. Hierzu zählen unter anderem die *Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe und Lübtheen* sowie weitere zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerkstrukturen:

Demokratie Bündnisse in Boizenburg und Lübtheen (Auswahl):

- Boizenburg gegen Rechts
- Omas gegen Rechts Boizenburg
- Wir für Lübtheen

Die genannten Beispiele stellen dabei lediglich eine Auswahl bestehender Initiativen dar. Weitere Perspektiven, Erfahrungen und Einschätzungen von Akteur:innen vor Ort werden im folgenden empirischen Teil der Analyse anhand der Aussagen aus Interviews und Fragebögen vertiefend aufgegriffen.

⁴ Hemmungen fallen weiter, Zeit zu handeln. Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Jahresstatistik: Rechte Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern 2025 der Beratungsstelle LOBBi MV: https://lobbi-mv.de/wp-content/uploads/2026/04/2026-04-16_Rechte-Gewalt-in-MV-2025-Hintergrundpapier.pdf

⁵ RAA - Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg: <https://www.demokratie-mv.de/>



3 Auswertung der Online-Befragung und der Interviews

Wer wurde befragt?

Für die Situations- und Ressourcenanalyse der Partnerschaft Boizenburg/Elbe und Lübtheen wurden Akteur:innen der Region mittels eines Fragebogens als auch durch qualitative Expert:inneninterviews befragt. Die Auswertungen basieren somit auf den Aussagen, Meinungen und Einschätzungen von Personen aus der Region, die aufgrund ihrer lebensweltlichen Erfahrung als Expert:innen für ihre Region angesehen werden.

An der Fragebogenerhebung nahmen insgesamt 40 Personen teil. Bezogen auf die insgesamt etwa 15.500 Einwohner:innen der beiden Städte (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025: 24ff.) ist die Stichprobe nicht repräsentativ, ermöglicht jedoch einen ersten Einblick in zentrale Einschätzungen, Herausforderungen und Entwicklungstendenzen innerhalb der Region. Die Hälfte der Befragten ist nur in Boizenburg aktiv, die andere Hälfte gibt an, sich auch in anderen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns zu engagieren. Ferner setzt sich das Sample größtenteils aus hauptamtlich tätigen Personen zusammen, während ehrenamtliche einen deutlich geringeren Anteil ausmachen. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung gaben 20 Personen an weiblich zu sein und neun Personen männlich. Die weiteren Teilnehmenden machten keine Angabe zu ihrem Geschlecht. Im Sample sind alle Altersgruppen zwischen 20 und über 65 Jahren vertreten. Besonders häufig nahmen Personen im Alter von 30 bis 39 Jahren an der Befragung teil. Auffällig ist zudem, dass ein Großteil der Befragten über einen Hochschulabschluss verfügt.

Tabelle 2: Zusammensetzung des quantitativen Samples

Region	Boizenburg und Lübtheen	20
	in ganz M-V aktiv	20
Engagement	hauptamtlich	24
	ehrenamtlich	5
	haupt- und ehrenamtlich	3
	keine Angabe	8
Geschlecht	männlich	9
	weiblich	20
	keine Angabe	11
Alter	unter 30	3



	30-39	12
	40-49	8
	50-65	8
	über 65	2
	keine Angabe	7
Bildung	Hauptschule	0
	mittlere Reife	4
	(Fach-)Abitur	6
	(Fach-)Hochschule	23
	keine Angabe	7

Zur Vertiefung der Ergebnisse aus der Fragebogenerhebung wurden ergänzend qualitative Leitfadeninterviews mit sechs Personen aus der Region durchgeführt. Die Interviews ermöglichen es, unterschiedliche Perspektiven sowie tiefergehende Einschätzungen und Begründungszusammenhänge sichtbar zu machen. Dadurch können Themen differenzierter dargestellt werden. Im Verlauf der Ergebnisdarstellung werden die Interviewpartner:innen an Hand ausgewählter Zitate zu Wort kommen, um zentrale Aussagen und Sichtweisen zu veranschaulichen. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die interviewten Personen, diese gelten aufgrund ihrer gelebten Erfahrungen und Tätigkeiten in der Region ebenfalls als Expert:innen des untersuchten Feldes.



Tabelle 3: Zusammensetzung des qualitativen Samples

IP ⁶	Alter	Engagement
1	30-50	ehrenamtlich
2	30-50	hauptamtlich
3	30-50	hauptamtlich
4	50-60	ehrenamtlich
5	50-60	hauptamtlich
6	60-70	hauptamtlich

Unter den Befragten befinden sich Personen, die haupt- und/oder ehrenamtlich im weitesten Sinne im Bereich Demokratie engagiert sind. Die Altersspanne reicht von etwa 30 bis 70 Jahren. Um die Anonymität der Befragten zu wahren und Rückschlüsse auf einzelne Personen zu vermeiden, wird auf weiterführende demografische Angaben verzichtet.

3.1 Ist-Situation: Ursachen und Kontextbedingungen

Wie beschreiben die Befragten die aktuelle Situation?

In diesem Kapitel wird dargestellt, wie die Befragten die gegenwärtige Situation in der Region beschreiben. Dabei geht es um den allgemeinen Raumkontext, wahrgenommene Problemlagen Herausforderungen sowie die gesellschaftliche Stimmung. Dadurch sollen die regionalen Kontextbedingungen sowie mögliche Ursachen für die später beschriebenen Probleme und Herausforderungen deutlich gemacht werden. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Befragten im Bereich der Demokratiearbeit und Demokratieförderung tätig sind. Dadurch verfügen sie über eine besondere Sensibilität für demokratiebezogene Herausforderungen und Problemlagen.

⁶ IP = Interviewte Person



3.1.1 Raumkontext und strukturelle Herausforderungen

Ländlichkeit

Alle Interviewten charakterisieren die Region um Boizenburg/Elbe und Lübtheen als ländlich geprägt und dünn besiedelt. Die Region wird dabei häufig als Flächenland beschrieben, dass durch große räumliche Distanzen und weit verteilte Ortsteile gekennzeichnet ist. Die folgenden Zitate aus den Interviews veranschaulichen dies:

"Das ist eine Region mit viel Fläche und wenig Einwohnern." (IP 6)

"Also wir haben hier extrem ländliche Strukturen." (IP 4)

"Ähm, ich würde sagen, was mir auf jeden Fall einfällt ist, dass (...) wir eher in einem Bereich sind, wo wir im ländlichen Raum sind." (IP 3)

Auffällig ist zudem die klare funktionale Einordnung der beiden Städte. Während Boizenburg/Elbe als größerer Ort mit stärker ausgeprägter Infrastruktur, mehr Angeboten und höherer Aktivität wahrgenommen wird, beschreiben die Befragten Lübtheen als kleiner und ruhiger. Mehrere Befragte verweisen darüber hinaus auf die besondere geografische Lage der Region. Hervorgehoben werden insbesondere die frühere Funktion Boizenburgs als Grenzstadt sowie die Zugehörigkeit zur Metropolregion Hamburg und zugleich die vergleichsweise kurze Entfernung zur Hauptstadt Berlin sowie den Städten Schwerin und Lüneburg. Die Lage wird dabei sowohl als prägendes Merkmal der regionalen Entwicklung als auch als potentieller Standortvorteil beschrieben:

"Weil die Region einfach auch von der Umgebung, von der Landschaft, von ihrer Größe her sehr attraktiv ist, gleichzeitig die Nähe zu den Großstädten, wie gesagt, Hamburg, Lüneburg, Schwerin. Ist halt so eine Art Speckgürtel, der sich da als sehr positiv erweist." (IP 1)

Wirtschaft und Infrastruktur

Trotz der Nähe zu den wirtschaftlichen Zentren der Metropolregion Hamburg beschreiben die Befragten ihre Region selbst als wirtschaftlich strukturschwach. Verwiesen wird auf eine geringe Anzahl an größeren Unternehmen und Industrieansiedlungen, was zum Beispiel folgendes Zitat zeigt:

"Die Region ist strukturell sehr wirtschaftsschwach, also auch sehr steuerschwach, weil es uninteressant ist eigentlich für Firmen sich hier anzusiedeln." (IP 6)

Die wirtschaftliche Situation wirke sich dabei auch auf andere gesellschaftliche Bereiche aus, etwa durch begrenzte Unterstützungsmöglichkeiten für Vereine und lokale Angebote. Darüber hinaus wird die infrastrukturelle Lage kritisch bewertet. Insbesondere die Entfernung Lübtheens zur Autobahn wird als Standortnachteil beschrieben, der die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich erschwert. Mehrere Befragte thematisieren die begrenzten finanziellen Ressourcen sowohl auf kommunaler als auch auf privater Ebene. Förderprogramme werden daher in vielen



Bereichen als notwendig und teilweise unverzichtbar wahrgenommen. Eine ehrenamtlich engagierte Person beschreibt es so:

"Es tut mir leid das sagen zu müssen, aber wir haben hier kein Geld, wir sind bettelarm, ich kann keinen Schritt machen, ohne dass ich weiß, dass Geld herkommt." (IP 4)

Weiterhin wird der schlecht ausgebaute und teilweise unzuverlässige öffentliche Nahverkehr thematisiert, der die Mobilität der Einwohner:innen im Zusammenspiel mit der ländlichen Raumstruktur erschwert, was IP 4 hier in Bezug auf Ehrenamtliche beschreibt:

"Der ÖPNV ist extrem schlecht ausgebaut und unzuverlässig (...) da investieren wir viel zusätzliche Kraft, viel privates Geld, weil dann fahren wir mit einem privaten Pkw." (IP 4)

Demografie

Die Interviewten beschreiben die Bevölkerung generell als alt und schrumpfend. Hervorgehoben wird eine vergleichsweise alte Bevölkerungsstruktur, die sich aus Sicht der Befragten auch in Vereinen und ehrenamtlichen Strukturen widerspiegelt. Eine interviewte Person formuliert dies ganz konkret als ursächliche Kontextbedingung für Problemlagen in der Region:

"Ich glaube, seit 25 Jahren sind Wegzug und Überalterung prägend. Ich glaube, dass das grundsätzlich die Probleme sind, auf die ganz viel zurückzuführen ist." (IP 2)

Zudem wird von einer hohen Fluktuation junger Menschen berichtet, da insbesondere Jugendliche und junge Erwachsenen die Region für Ausbildung, Studium oder Arbeit verlassen. Dagegen wird in den Interviews aber auch immer wieder auf vermehrten Zuzug in die Region verwiesen, insbesondere durch Familien oder Binnenmigration aus Westdeutschland:

"Was ich aber merke ist, dass Boizenburg auch sehr stark geprägt ist von Zuzug." (IP 1)

Daneben werden weitere Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, wie etwa ein höherer Anteil an alleinlebenden Männern, thematisiert. Zuwanderung von Personen nicht-deutscher Herkunft spiele im Alltag der Region insgesamt eine geringe Rolle und sei im öffentlichen Raum wenig sichtbar. Trotzdem berichten einige Befragte, dass es Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber Migrant:innen gibt:

"Im öffentlichen Stadtbild haben wir sehr wenig Menschen mit Migrationshintergrund und ich glaube, dass sich dadurch mehr Vorurteile entwickeln." (IP1)

Historische Prägung

Ein weiterer Aspekt, der von fast allen Interviewten im Rahmen der Kontextfaktoren angesprochen wird, ist die historische Prägung der Region durch die ehemalige DDR sowie die unmittelbare Nähe zur früheren innerdeutschen Grenze. Ein großer Teil der Bevölkerung sei in der DDR sozialisiert worden, was aus Sicht der Befragten bis heute Einfluss auf Einstellungen zu Demokratie, politischen Parteien sowie Formen gesellschaftlicher Beteiligung und des Engagements habe. Eine Interviewte beschreibt dies beispielsweise so:



"Also wir sollten ja über Nacht Demokraten werden oder so. Und dass das wahrscheinlich nicht funktioniert, das hat man auch völlig unterschätzt. Ja, damit hängt wahrscheinlich heute auch noch zum Teil viel zusammen." (IP 6)

Rechtsextremismus

Im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umbrüchen nach der Wiedervereinigung thematisieren die Interviewten zudem die Ansiedlung rechtsextremer Akteure in der Region. Als Gründe werden unter anderem günstige Immobilien- und Grundstückspreise benannt. Gleichzeitig habe sich eine sichtbare rechte Jugendkultur entwickelt, wodurch die Region zeitweise überregionale Aufmerksamkeit erhielt.

"Dann gibt es hier den Faktor, dass wir diesen Zuzug von NPD-Leuten Ende der 90er, Anfang der 2000er stark merken. Und das hat einfach einen enormen Einfluss gehabt, also diesen sehr langfristigen, sehr schwer messbaren Einfluss. Das ist schon ein herauszustellendes Merkmal, denke ich." (IP 2)

Darüber hinaus werden die Wahlerfolge der NPD in den 2000er Jahren erwähnt, deren Bedeutung aktuell jedoch als eher gering eingeschätzt wird. Einige der Befragten vermuten allerdings, dass politische Akteure und Wählerpotentiale inzwischen zur AfD gewechselt sind:

"Viele der Leute, die damals zum Beispiel im Kontext der NPD aktiv waren, sind heute einfach in die AfD gegangen. Das sind dieselben Personen, das sind dieselben Häuser, das sind dieselben Grundstücke, das sind dieselben Netzwerke oder ähnliche Netzwerke." (IP 3)

Aus Sicht der interviewten Personen konnten sich diese rechtsextremen Akteure im Laufe der Zeit in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen etablieren und sind teilweise bis heute in der Kommunalpolitik aktiv. Ihre Präsenz wird von einigen Befragten mittlerweile als Teil der regionalen Normalität beschrieben. Gleichzeitig habe sich als Reaktion auf diese Akteure auch zivilgesellschaftlicher Widerstand entwickelt. Mehrere Befragte verweisen auf demokratische Bündnisse und Initiativen, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren, wie zum Beispiel IP 3:

"Das hat hier viel geprägt, sodass es hier, 2006 muss das gewesen sein, zu den Landtagswahlen, dann schon ein großes NPD-Sommerfest mitten in der Stadt gab und dann aber auch eine große Demo dagegen. Und ich habe das Gefühl, dass die Bevölkerung, glaube ich, also damals ziemlich klar war und gesagt hat, nee, die Nazis mögen wir alle nicht, das ist alles Mist (...)." (IP 3)



Demokratische Zivilgesellschaft

Bei der Beschreibung der Region thematisieren viele der befragten Personen das ausgeprägte Vereinsleben und Engagement als zentrales Merkmal des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Besonders hervorgehoben werden Vereine und ehrenamtliche Strukturen in den Bereichen Kultur, Sport, Bildung, Kirche, freiwillige Feuerwehr und Jugendarbeit. Soziale Kontakte und gemeinschaftliche Aktivitäten finden im Rahmen von Vereinen oder Vereinsveranstaltungen statt, wodurch diese eine wichtige Rolle für das Zusammenleben einnehmen. Diesen Aspekt beschreibt IP 2 folgendermaßen:

"Parallelen in beiden Städten sehe ich in einem starken Freizeitengagement von Menschen im Sportbereich, wirklich viele Menschen sind in irgendeiner Art und Weise in Sportvereinen gebunden (...). [Die Vereine] sind also mit Sicherheit bedeutende Begegnungsräume." (IP 2)

Zudem verweisen mehrere Befragte auf engagierte Einzelpersonen, die das lokale Zusammenleben aktiv mitgestalten. Auch kommunalpolitisches Engagement wird in den Interviews thematisiert. Dieses findet jedoch eher außerhalb von Parteistrukturen und oftmals in Form von Einzelbewerber:innen oder Wählergemeinschaften statt.

Mehrere Befragte betonen zudem, dass sich Engagement häufig innerhalb bestehender sozialer Kreise bewegt und immer nur bestimmte Personen aktiv sind. Teilweise wird daher auch von einem Mangel an Engagement gesprochen. Darüber hinaus verweisen die Interviewten auf eine zunehmende Alterung und Schrumpfung von Vereinen und ehrenamtlichen Strukturen.

Im Zusammenhang mit demokratischem Engagement werden Initiativen und Bündnisse gegen etablierte rechtsextreme Akteure sowie aktuelle politische Entwicklungen genannt. Eine interviewte Person beschreibt das zum Beispiel so:

"Also ich hab in den letzten Jahren bemerkt, dass zivilgesellschaftliches Engagement stärker geworden ist, dass sich Netzwerke, Bündnisse und Initiativen vermehrt engagieren, dass das eine direkte Reaktion ist auf, ich würde sagen, auf einen Rechtsruck." (IP 3)

Gleichzeitig beschreiben einige Personen insbesondere bei Jugendlichen eine verstärkte Rückbesinnung auf DDR-Bezüge und ein ostdeutsches Identitätsverständnis, das teilweise mit nationalistischen Einstellungen einher geht. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bestehende Angebote der Jugendarbeit nicht alle Jugendlichen erreichen, was das folgende Zitat exemplarisch zeigt:

"Da gibt es hier, glaube ich, in beiden Städten auch was die Jugendkultur angeht, irgendwie gerade so ein Retro-DDR, Moped-Fahren, Trabi-Fahren-Ding und eine Rückbesinnung auf Ostdeutschland als Kampfbegriff oder (...) so als prägenden Begriff, wo ich sehe, dass viele Jugendliche gebunden sind, die sich nicht in Vereinsstrukturen wiederfinden." (IP 2)



Insgesamt beschreiben die befragten Personen die Region Boizenburg/Elbe und Lübtheen als ländlich geprägten Raum, der von demografischem Wandel und begrenzten strukturellen Ressourcen geprägt ist, historische Transformationsprozesse werden ebenfalls hervorgehoben. Gleichzeitig wird die Region durch soziale Netzwerke, ein aktives Vereinsleben und zivilgesellschaftliches sowie ehrenamtliches Engagement charakterisiert. Die Aussagen der interviewten Personen verdeutlichen jedoch auch, dass sich Engagement häufig innerhalb etablierter Netzwerke bewegt und nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erreicht werden.

3.1.2 Ursächliche Rahmenbedingungen

Neben den oben beschriebenen Charakterisierungen der Region, wurden die interviewten Personen gebeten, auch auf Problemlagen und Herausforderungen in Boizenburg/Elbe und Lübtheen einzugehen. Im Folgenden werden die aus Sicht der Befragten relevantesten Antworten darauf zusammengefasst.

Armut

Zwei der Befragten machten besonders auf soziale Ungleichheit und Armut in der Region als ursächliche Rahmenbedingungen aufmerksam, die diverse Probleme nach sich ziehen können:

"Na, ich glaube schon, das ist die Armut der Bevölkerung, die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Und das ist echte Armut, das ist nicht nur, ja, ich kann mir heute kein E-Bike kaufen oder sowas. Es ist wirklich Armut, die die Menschen dazu treibt, andere Ideologien anzunehmen." (IP 5)

Eine andere befragte Person beschreibt, dass in der Region neben der Befriedigung existenzieller Grundbedürfnisse keine Zeit für kulturelles Leben bleibt:

"Ansonsten sind die Menschen hier mit dem Überleben beschäftigt (...), die Leute wissen gerade nicht, wie sie überleben und wie heißt es immer so schön, erst essen, dann Kultur." (IP 4)

Die Wahrnehmung der Befragten ist subjektiv und auf Basis ihrer jeweiligen gelebten Erfahrung entstanden und zu verstehen. In Kapitel 2.2 werden Armut und soziale Ungleichheit in der Region anhand statistischer Daten skizziert.

Eingeschränkte finanzielle Handlungsfähigkeit

Die Interviewten beschreiben die geringe finanzielle Ausstattung sowie niedrige Steuereinnahmen als zentrale Herausforderung für die kommunale Entwicklung. Nach Einschätzung der Befragten können notwendige Angebote nicht oder nur eingeschränkt ermöglicht werden. Dies führe bei Bürger:innen zu Unzufriedenheit und wirke sich letztendlich



auch negativ auf das Vertrauen in Demokratie und politische Institutionen aus. IP 6 beschreibt dies beispielsweise so:

"Das, was die Arbeit insgesamt erschwert, ist einfach immer die finanzielle Situation. Und im übertragenen Sinne erschwert die natürlich auch die Demokratie." (IP 6)

Das Fehlen finanzieller Ressourcen führt aus Sicht mancher Interviewter sowohl auf persönlicher als auch auf kommunaler Ebene zu eingeschränkter Handlungsfähigkeit:

„Dann ist auf jeden Fall ein Riesending, dass keine Kohle da ist, weil einfach das die Handlungsfähigkeit einschränkt und Menschen das Gefühl haben, dass man eben nicht sehr handlungsfähig ist, also zum einen als Kommune, aber dann auch ganz klar als hier lebende Menschen.“ (IP 2)

Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass Kommunen, Vereine und soziale Träger stark auf Förderprogramme angewiesen sind, um Projekte und Angebote überhaupt realisieren zu können. Zudem wurde geschildert, dass aus dieser wahrgenommenen ökonomischen Abhängigkeit Frustration und Verbitterung entstehen können, die gesellschaftliche Spannungen verschärfen:

„Ein großer Grad von Verbittertheit, der auch natürlich aus ökonomischer Abhängigkeit bei vielen rührt, ist spürbar. Es ist schwer dagegen anzuarbeiten.“ (IP 1)

Schlechte Erreichbarkeit und fehlende Orte der Begegnung

Nach Aussagen der Interviewten sind es unter anderem fehlende Orte der Begegnung, die das gesellschaftliche Zusammenleben erschweren. Ohne Möglichkeiten für Austausch und gemeinsames Zusammenkommen kann Gemeinschaft schwer entstehen, was sich aus Sicht der Befragten langfristig auch auf demokratische Teilhabe auswirkt. Gleichzeitig wird die Erreichbarkeit der vorhandenen Angebote durch große Entfernungen, weite Flächen und den unzureichenden öffentlichen Nahverkehr beeinträchtigt. Ein funktionierender ÖPNV wird dabei von den Befragten nicht nur als eine infrastrukturelle, sondern auch als eine demokratische Voraussetzung beschrieben:

"Also das größte Problem ist, dass ich eben keinen Gemeinschaftspunkt schaffen kann in der Form. (...) also ich glaube, dass ÖPNV so unfassbar wichtig für Demokratie ist. Dass Menschen zusammenfinden, dass sie teilhaben können an Veranstaltungen, an Dingen." (IP

4)

Demokratieverständnis

Die Interviewten führen zudem an, dass historische Prägungen der Menschen in der Region, wie etwa DDR-Sozialisation und Wendeerfahrungen bis heute nachwirken. Parteien sind teils nur schwach verankert und demokratische Strukturen werden mitunter mit Distanz betrachtet. Daraus entsteht nach Einschätzung einiger befragter Personen ein Nährboden für autoritäre oder



antidemokratische Einstellungen. Teilweise wird beobachtet, dass demokratische Prozesse auf Unverständnis stoßen, politische Entwicklungen fast pauschal negativ bewertet werden oder der Wunsch nach "starker Führung" geäußert wird. Die folgende Aussage verdeutlicht dies exemplarisch:

"Also Sozialisation in der DDR, beziehungsweise Transformationserfahrung, spielen für mich auch eine große Rolle für Demokratie-Skepsis. Wie erleben Menschen Politik, Veränderungsprozesse und sind sie da resilient, erleben sie Veränderungsprozesse irgendwie als Gefahr, als Bedrohung. Und ich glaube schon, dass das in Mecklenburg-Vorpommern eine große Rolle spielt. (...) das sind also Haltungsfragen, das ist irgendwie die Wahrnehmung von Krisen und was macht das mit mir selber, das ist so eine Distanz zu demokratischen Akteuren." (IP 3)

Welche Entwicklungen und Ereignisse behindern Engagement für Demokratie und Vielfalt?

In der Fragebogenerhebung wurde ebenfalls nach Rahmenbedingungen gefragt. Hier hatten Teilnehmende die Möglichkeit unter verschiedenen Antwortmöglichkeiten zu wählen (Mehrfachantwort möglich). Folgende Grafik zeigt das Antwortverhalten.

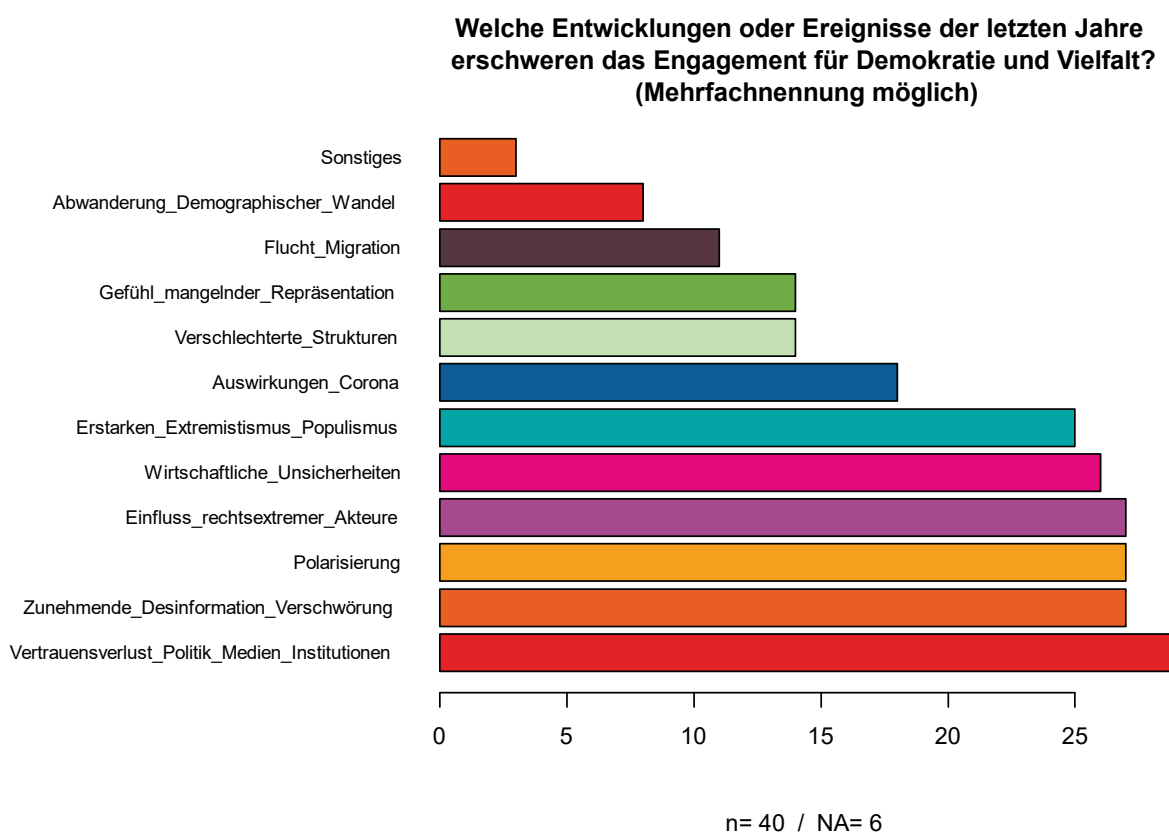


Abbildung 4: Hindernisse für das Engagement für Demokratie (eigene Darstellung)



Als zentrale erschwerende Entwicklungen in den letzten Jahren wurden von den Befragten insbesondere Vertrauensverlust in politische und mediale Institutionen, Desinformationen und Verschwörungserzählungen, Polarisierung sowie der Einfluss rechtsextremer Akteure benannt. Deutlich seltener werden dagegen Aspekte wie Flucht und Migration sowie Abwanderung und demografischer Wandel gewählt.

Die Interviews machen deutlich, dass soziale Ungleichheit, finanzielle Einschränkungen und fehlende Infrastruktur von den Befragten als zentrale Ursachen gesellschaftlicher Problemlagen wahrgenommen werden. Insbesondere Armut, eingeschränkte kommunale Handlungsfähigkeit, mangelnde Begegnungsorte und schlechte Erreichbarkeit werden als Faktoren beschrieben, die Frustration, gesellschaftlichen Rückzug und eingeschränkte demokratische Teilhabe begünstigen. Gleichzeitig verweisen die Interviewten auf historische Prägungen und Skepsis gegenüber politischen Institutionen, die aus ihrer Sicht das Vertrauen in demokratische Prozesse belasten können.

3.1.3 Stimmung in der Bevölkerung

Ein weiterer Aspekt, der bei der Beschreibung der Region in den Interviews thematisiert wurde, betrifft die Menschen vor Ort, ihre generellen Einstellungen sowie die wahrgenommene Stimmung in der Bevölkerung. Da dieses Thema in vielen Interviews wiederkehrend aufgegriffen wird, wird es im folgenden Kapitel gesondert thematisiert.

Unzufriedenheit

Im Rahmen der Gespräche wurde eine zunehmende gesellschaftliche Unzufriedenheit deutlich, die sich sowohl auf konkrete Alltagsprobleme wie Infrastrukturmängel, steigende Lebenshaltungskosten oder Benzinpreise als auch auf ein allgemeines Krisenerleben bezieht. Kriege, negative Nachrichten und gesellschaftliche Unsicherheiten prägen das Gesamtbild vieler Menschen, obwohl die eigene Situation vor Ort häufig deutlich positiver erlebt wird und objektive Rahmenbedingungen, etwa die Gesundheitsversorgung, vergleichsweise stabil sind. Zudem wurde wiederholt die Einschätzung geäußert, dass gesellschaftliche Krisen auch das Vertrauen in demokratische Prozesse belasten. IP 3 beschreibt dies so:

„Ich würde schon sagen, dass eine wesentliche Herausforderung ist, einfach die Haltung von vielen Menschen hier in der Region, dass sie irgendwie unzufrieden sind, dass sie das Gefühl haben, dass es irgendwie eher abwärts geht und das hat gar nicht so sehr mit ihrem alltäglichen Erleben oder so zu tun, sondern eher mit dieser Krisenstimmung, die generell irgendwie existiert. Klar, auch wirtschaftliche Kennzahlen sind nicht die besten in den



letzten Jahren, aber es ist jetzt nicht so, dass wir eine Massenarbeitslosigkeit oder ähnliches haben." (IP 3)

Skepsis

Zugleich wurden Medienskepsis, fehlende Medienkompetenz sowie eine verstärkte Orientierung an sozialen Medien und sogenannten alternativen Informationsquellen beobachtet. Komplexe gesellschaftliche Themen würden vereinfacht dargestellt und Vorurteile verstärkt. Auch Skepsis gegenüber inklusivem Sprachgebrauch und demokratischen Themen wird von den Interviewten beschrieben:

"Wenn ich Menschen habe, die mir gegenüber sitzen und ich dann inklusiv spreche oder andere demokratische Werte versuche zu transportieren, dann verdrehen die erstmal zwei Stunden lang die Augen." (IP 4)

Rückzug

Darüber hinaus sprechen einige befragte Personen über zunehmenden sozialen Rückzug. Menschen bewegen sich häufig innerhalb bestehender sozialer Strukturen, was zu fehlendem Austausch führt sowie Polarisierung und Missverständnisse begünstigt:

„Was mir aufgefallen ist, dass hier sehr großer sozialer Rückzug herrscht. (...) Weil Rückzug schafft eben Polarisierung, nicht miteinander reden schafft Polarisierung und Missverständnisse." (IP 1)

Parallel wird aber auch betont, dass persönliche Begegnungen in den allermeisten Fällen positiv verlaufen und neue Angebote nach anfänglicher Skepsis durchaus angenommen werden. Fehlende Selbstwirksamkeitserfahrungen und finanzielle Unsicherheiten tragen zusätzlich zu Frustration und negativer Stimmung bei, auch bei jungen Menschen.

Veränderte politische Positionierung

Im politischen Kontext werden von den Befragten eine wachsende Problemorientierung sowie ein veränderter Umgang mit demokratischen Institutionen und extrem rechten Positionen wahrgenommen. Gleichzeitig wurde aber hervorgehoben, dass die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin demokratische Grundwerte teilt und die Wahl der AfD nicht pauschal mit einem rechtsextremen Weltbild gleichgesetzt werden könne. Folgendes Zitat veranschaulicht diese Erzählung in den Interviews exemplarisch:

"Also wir haben in der Gesellschaft eine grundsätzliche Zustimmung zu demokratischen Werten oder zu Werten wie Gleichstellung und Menschenwürde und so weiter. Das teilen auch in Ostdeutschland, auch in der Region teilen das 70, 80 Prozent." (IP 3)



Die Gespräche verdeutlichen ein Spannungsverhältnis zwischen subjektivem Krisenerleben und häufig deutlich positiveren konkreten Alltagserfahrungen vor Ort. Gesellschaftliche Unsicherheiten, negative Nachrichtenlagen sowie fehlende Selbstwirksamkeitserfahrungen tragen zu Frustration, Polarisierung und wachsender Skepsis gegenüber demokratischen Prozessen bei. Gleichzeitig zeigen die Rückmeldungen jedoch auch, dass demokratische Grundhaltungen weiterhin mehrheitlich vorhanden sind und persönliche Begegnungen sowie Beteiligungsmöglichkeiten wichtige Ansatzpunkt für gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen.



3.2 Probleme und Herausforderungen

Welche Probleme und Herausforderungen nehmen die Befragten wahr?

Die Darstellung der folgenden Probleme und Herausforderungen orientiert sich an den Zielstellungen *Demokratie fördern*, *Vielfalt gestalten* und *Extremismus vorbeugen* des Bundesprogramms "Demokratie leben!" sowie an den Fragestellungen des bereitgestellten Fragenkatalogs (siehe Anhang).

3.2.1 Demokratiegefährdende Herausforderungen

Im Rahmen der Fragebogenerhebung wurde mit Bezug auf die Zielstellung des Bundesprogramms "Demokratie leben!" erhoben, welche demokratiegefährdenden Herausforderungen die Befragten in ihrer Region wahrnehmen. Hierzu wurden die Teilnehmenden im Rahmen offener Antworten gefragt:

"Was sind aus Ihrer Sicht die drei größten demokratiegefährdenden Herausforderungen in Ihrer Region?"

Die offenen Antworten zeigen insgesamt eine Vielzahl miteinander zusammenhängender Problemlagen. Besonders häufig benennen die Befragten **das Erstarken der AfD, zunehmende rechtsextreme Einstellungen sowie die gesellschaftliche Normalisierung demokratie- und menschenfeindlicher Positionen**. Genannt werden unter anderem rassistische, antisemitische, antifeministische, queerfeindliche und autoritäre Haltungen, rechtsextreme Netzwerke und Akteure vor Ort sowie Einschüchterungen gegenüber zivilgesellschaftlich engagierten Personen. Teilweise wird zudem eine Verharmlosung rechtsextremer Positionen sowie eine unzureichende Abgrenzung demokratischer Parteien gegenüber entsprechenden Entwicklungen wahrgenommen.

Darüber hinaus beschreiben viele Befragte eine **zunehmende gesellschaftliche Spaltung, sinkendes Vertrauen in Politik, Medien und Institutionen** sowie eine wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung. Als Ursachen werden soziale Ungleichheit, Armut, geringe Einkommen, wirtschaftliche Unsicherheiten, Perspektivlosigkeit, Vereinsamung und das Gefühl des gesellschaftlichen Abgehängt-Seins genannt. Auch historische Prägungen durch DDR- und Wendeerfahrungen sowie demografische Entwicklungen wie Wegzug und Überalterung werden von einzelnen Befragten als relevante Einflussfaktoren beschrieben.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der **Verbreitung von Desinformationen und demokratiefeindlichen Narrativen über soziale Medien und digitale Plattformen**. Genannt werden insbesondere Fake News, manipulative Medieninhalte, rechtspopulistische Propaganda sowie fehlende Medienkompetenz und die mangelnde Fähigkeit zur differenzierten Einordnung gesellschaftlicher Entwicklungen. Ferner sehen Befragte Defizite im Bereich politischer Bildung und Demokratieverständnis, insbesondere bei jungen Menschen. Mehrfach werden fehlende Bildungs-, Beteiligungs- und Begegnungsangebote sowie mangelnde Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche thematisiert.



Zudem wird auf **schwache zivilgesellschaftliche Strukturen und rückläufiges ehrenamtliches Engagement** hingewiesen. Fehlende Infrastruktur, unzureichende Mobilitätsangebote, geringe Begegnungsmöglichkeiten sowie mangelnde offene und partizipative Angebote in den Bereichen Kultur, Sport oder Freizeit erschweren aus Sicht der Befragten gesellschaftlichen Austausch und demokratische Teilhabe. Einzelne Befragte thematisieren darüber hinaus fehlende personelle Ressourcen, hohe Verwaltungsaufwände, mangelnde Unterstützung demokratischer Initiativen sowie unzureichende Integrationsangebote für Geflüchtete.

Die Befragten nehmen demokratiegefährdende Entwicklungen als Zusammenspiel aus zunehmendem Rechtsextremismus, gesellschaftlicher Spaltung, sozialer Unsicherheit und digitalen Desinformation wahr. Gleichzeitig wird deutlich, dass Demokratieförderung aus ihrer Sicht eng mit Teilhabe, Begegnung und zivilgesellschaftlichem Engagement verbunden ist.

3.2.2 Demokratietarbeit unter Druck

Ein weiterer Aspekt, der in den Interviews von vielen Befragten ausführlich thematisiert wurde, ist der gegenwärtig zunehmende Druck auf Demokratietarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement. Mehrere Interviewte beschreiben eine wachsende politische Infragestellung entsprechender Förderprogramme sowie zunehmenden Druck auf bestehende demokratische Strukturen und Initiativen, darunter auch die *Partnerschaft für Demokratie* bzw. das Bundesprogramm *"Demokratie leben!"*. Dabei wurde die Sorge geäußert, dass demokratiestärkende Projekte zunehmend unter Rechtfertigungsdruck geraten und ihre gesellschaftliche Legitimität häufiger infrage gestellt wird. Das folgende Zitat zeigt diese Sorge exemplarisch:

"Aber es wird ja als nicht so positiv dargestellt, das Programm und dass da viel Geld für nicht so sehr sinnvolle Aktionen ausgegeben wird und das ist dann [...] wirklich doof, weil ich denke, dass hier gute Arbeit geleistet wird und ich würde mir wünschen, dass es weitergeht, aber durch solche Sachen ist es halt schwierig." (IP 5)

Zusätzlich berichten einige Befragte von deutlich gestiegenen bürokratischen Anforderungen im Zusammenhang mit Fördermitteln, Nachweispflichten und anderen administrativen Abläufen. Die damit verbundenen organisatorischen Belastungen werden insbesondere von kleineren Initiativen und ehrenamtlich getragenen Strukturen als erhebliche Herausforderung wahrgenommen. Nach Einschätzung einiger Interviewter bindet dies Ressourcen, die eigentlich für inhaltliche Demokratietarbeit benötigt werden. IP 6 beschreibt dies zum Beispiel in Bezug auf die für Ehrenamtliche schwierige Beantragung von Fördermitteln:

"Leute scheuen sich ehrenamtlich natürlich diesen Aufwand zu betreiben oftmals. Natürlich ist es gut, dass es auch die Koordinierungs- und Fachstelle gibt, die dann beraten und auch



helfen kann, sonst würde es, glaube ich, gar nicht gehen, da traut sich sonst gar keiner ran an solche Programme. Weil es ist viel zu bürokratielastig." (IP 6)

Einzelne Befragte beschreiben darüber hinaus ein gesellschaftliches Klima, in dem demokratische Werte, Vielfalt und zivilgesellschaftliches Engagement zunehmend kritisch betrachtet oder sogar delegitimiert werden. Bereits das Wort "Demokratie" führe zu Abwehr bei der Anbahnung von Pfd-Projekten mit Vereinen und Ehrenamtlichen:

"Ich könnte mir vorstellen, dass eine Sache, die auch weit verbreitet ist, dass es "Partnerschaft für Demokratie!" heißt. Und wenn Demokratie vorkommt, die Leute direkt, nachdem du die Hälfte des Wortes ausgesprochen hast, abschalten. Und zwar nicht nur bewusst, sondern eintrainiert. Das ist ein Problem oder ja, es erschwert die Sache sehr." (IP 2)

Demokratieskepsis und Demokratiearbeit

Auch in der Fragebogenerhebung war Demokratieskepsis ein Thema, allerdings mit spezifischem Fokus auf die Demokratiearbeit vor Ort. Die folgende Grafik zeigt die entsprechenden Einschätzungen der Befragten:

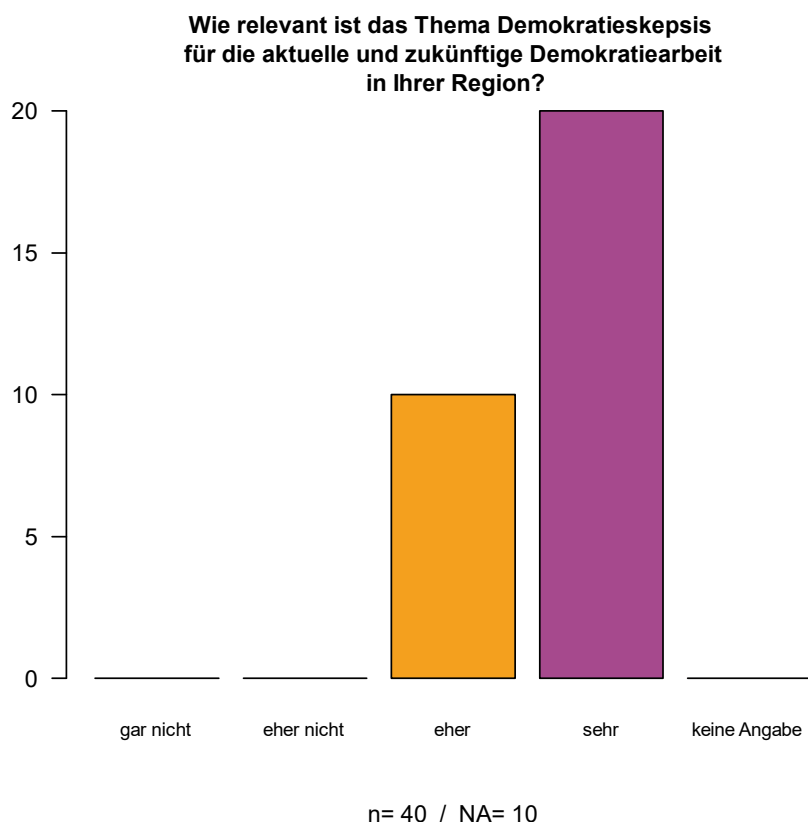


Abbildung 5: Relevanz von Demokratieskepsis für die Demokratiearbeit (eigene Darstellung)



Die Ergebnisse zeigen, dass Demokratieskepsis durchweg als relevantes Thema für die aktuelle und zukünftige Demokratiearbeit eingeschätzt wird. Nennungen in den unteren Relevanzkategorien erfolgten nicht, die Antworten verteilen sich ausschließlich auf die Kategorien "eher relevant" und "sehr relevant".

Die Ergebnisse zeigen, dass Demokratiearbeit und zivilgesellschaftliches Engagement zunehmend unter Druck geraten. Die Befragten berichten von politischer Infragestellung demokratiestärkender Programme, wachsender Demokratieskepsis sowie steigenden bürokratischen Anforderungen, die insbesondere ehrenamtliche und kleinere Initiativen belasten. Dadurch werden Ressourcen gebunden und die Umsetzung nachhaltiger Demokratiearbeit erschwert.

3.2.3 Demokratiefeindliche Vorfälle und Akteure

Die Auswertung der in Boizenburg/Elbe und Lübtheen erhobenen Daten zeigt eine deutliche Dominanz rechtsextremer Bedrohungslagen, während andere ideologische Ausrichtungen kaum in Erscheinung treten. Ein Befund, der sich bereits durch die Auswertung der amtlichen Kriminalstatistik im Literaturkapitel abgezeichnet hat.

Demokratiefeindliche Vorfälle

Zur Erfassung entsprechender Vorfälle wurde im Fragebogen folgende Frage abgefragt:

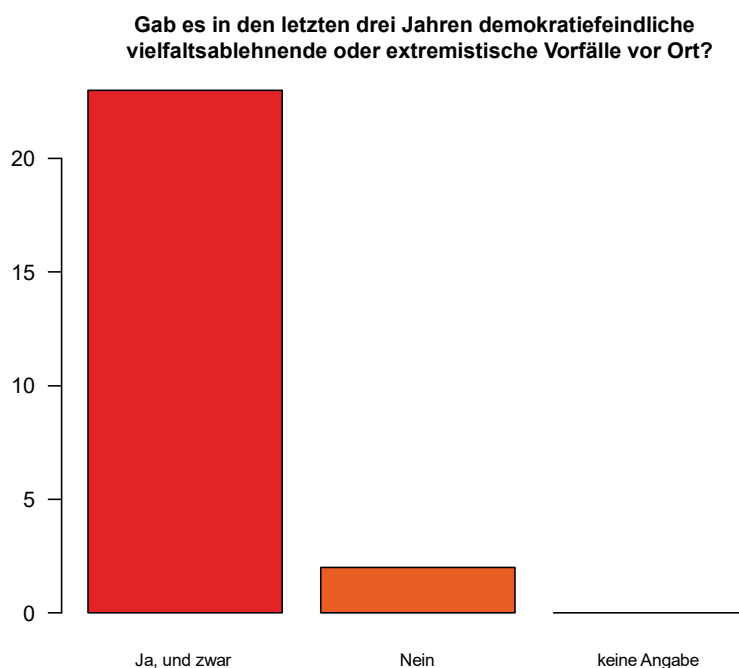


Abbildung 6: Demokratiefeindliche Vorfälle in den letzten Jahren (eigene Darstellung)



Die Grafik zeigt, dass die überwiegende Anzahl der Teilnehmenden die Frage mit "Ja, und zwar" beantwortet haben. Wählte eine Person diese Option aus, öffnete sich im Fragebogen die Möglichkeit, offene Antworten einzugeben. Im Folgenden werden diese offenen Antworten thematisch verdichtet dargestellt.

Besonders häufig berichten die Befragten von **rechtsextremen und demokratiefeindlichen Aktivitäten im öffentlichen Raum**. Genannt werden dabei explizit Kundgebungen und Treffen der **AfD**, sogenannte Montagsdemonstrationen, **rechtsextreme Symbole und Schmierereien, Aufkleber** mit demokratiefeindlichen Inhalten sowie die Sichtbarkeit rechtsextremer Strukturen und Akteure in der Region. Einzelne Befragte verweisen zudem auf völkische Siedler:innen, rechtsextreme Netzwerke und den Einfluss extrem rechter Akteur:innen in der Kommunalpolitik.

Mehrfach beschrieben werden außerdem **verbale und physische Angriffe auf Personen und Gruppen**. Dazu zählen rassistische, queerfeindliche und demokratiefeindliche Äußerungen, Pöbeleien, Bedrohungen, Gewaltandrohungen sowie Übergriffe auf Menschen mit Migrationsgeschichte, queere Personen oder nicht rechte Jugendliche. Besonders im schulischen Kontext werden **radikalisierte Jugendgruppen**, rechtsextreme Aussagen sowie Einschüchterungen gegenüber Andersdenkenden thematisiert.

Darüber hinaus berichten die Befragten von **gezielten Angriffen auf demokratiefördernde Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement**. Genannt werden unter anderem Störungen von Veranstaltungen, Anfeindungen engagierter Personen, Sachbeschädigungen, zerstörte Plakate und Materialien sowie Vandalismus. Einzelne Befragte weisen zudem auf Morddrohungen gegen Kommunalpolitiker:innen sowie politisch motivierte Straftaten hin.

Mehrere Antworten verdeutlichen, dass demokratiefeindliche Vorfälle von den Befragten nicht als Einzelfälle, sondern als **alltägliche Erscheinungen** wahrgenommen werden. Genannt werden insbesondere **Alltagsrassismus**, Hasskommentare in sozialen Medien sowie kontinuierliche Verbreitung demokratie- und vielfaltsablehnender Inhalte im öffentlichen Raum.

Die offenen Angaben im Fragebogen machen deutlich, dass demokratiefeindliche Vorfälle von den Befragten als alltäglich wahrgenommen werden. Besonders häufig genannt werden rechtsextreme Aktivitäten im öffentlichen Raum, rassistische Anfeindung sowie Angriffe auf demokratisch engagierte Personen und Strukturen.

Latente Bedrohungen

Auch in den Interviews wurde das Thema *demokratiefeindliche Vorfälle* ausführlich behandelt. Dabei zeigten sich zwei zentrale Tendenzen. Zum einen beschreiben einige Interviewte eine eher **latente und unterschwellige Bedrohungslage**, die sich insbesondere in der Normalisierung von Alltagsrassismus, subtilen demokratiefeindlichen Einstellungen und dem Einschleichen von rechtsextremen Akteur:innen in öffentliche und soziale Strukturen äußert. Das folgende Zitat zeigt dies beispielhaft:

"Wie bei dieser Frage, gab es irgendwie Vorfälle? Nee, gab's nicht. Aber siehst du irgendwie Nazi-Scheiße hier irgendwo? Ja, ständig." (IP 2)



Andere Befragte betonen, dass entsprechende Haltungen häufig nicht offen sichtbar sind, sondern eher im privaten oder informellen Raum auftreten:

"Also wir wissen ja, dass viele Akteure hier in der Region wohnen. Und wir wissen nicht, was hinter diesen Türen passiert. Und das ist eben das Schwierige. Ja, sie agieren sehr im Hintergrund, sehr im Dunkeln. Und das macht einem Angst, weil man das wirklich nicht werten kann, nicht einschätzen kann." (IP 5).

Konkrete Vorfälle

Dagegen berichten andere interviewte Personen von konkreten Vorfällen in Boizenburg/Elbe und Lübtheen. Genannt wurden unter anderem Schmierereien, Aufkleber und Hakenkreuze im öffentlichen Raum, Vandalismus, Einbrüche und Diebstähle sowie regelmäßig entwundene Regebogenflaggen. Zudem wurde von Hitlergrüßen in der Öffentlichkeit sowie an Schulen, rechten Jugendgruppen und der Präsenz rechtsextremer Akteur:innen, die Veranstaltungen beobachten bzw. einschüchternd wirken, berichtet. Auch Proteste gegen Demokratieprojekte an Schulen durch Eltern sowie von einigen Befragten als bedrohlich wahrgenommene Montagsspaziergänge wurden thematisiert. Einzelne Interviewte beschreiben rechtsextreme und demokratiefeindliche Vorfälle sogar als alltägliche Erscheinung im gesamten Landkreis Ludwigslust-Parchim:

*"Jeden dritten Tag, jeden zweiten Tag einen Angriff, ein rechtsextremistisch, rassistisch motivierter Angriff. In jeder Schule, an jedem Tag Hitlergrüße und was auch immer. (...)
Überall gibt's das irgendwie." (IP 3)*

Insgesamt entsteht durch die Interviews das Bild sowohl konkreter demokratiefeindlicher Vorfälle als auch latent verankerter demokratiefeindlicher Einstellungen und Stimmungen in Boizenburg/Elbe und Lübtheen.



Demokratiefeindliche Akteur:innen

Ein weiterer Aspekt, der durch die Analyse abgedeckt werden soll, betrifft demokratiefeindliche Akteur:innen, diese wurden im Fragebogen folgendermaßen erfasst:

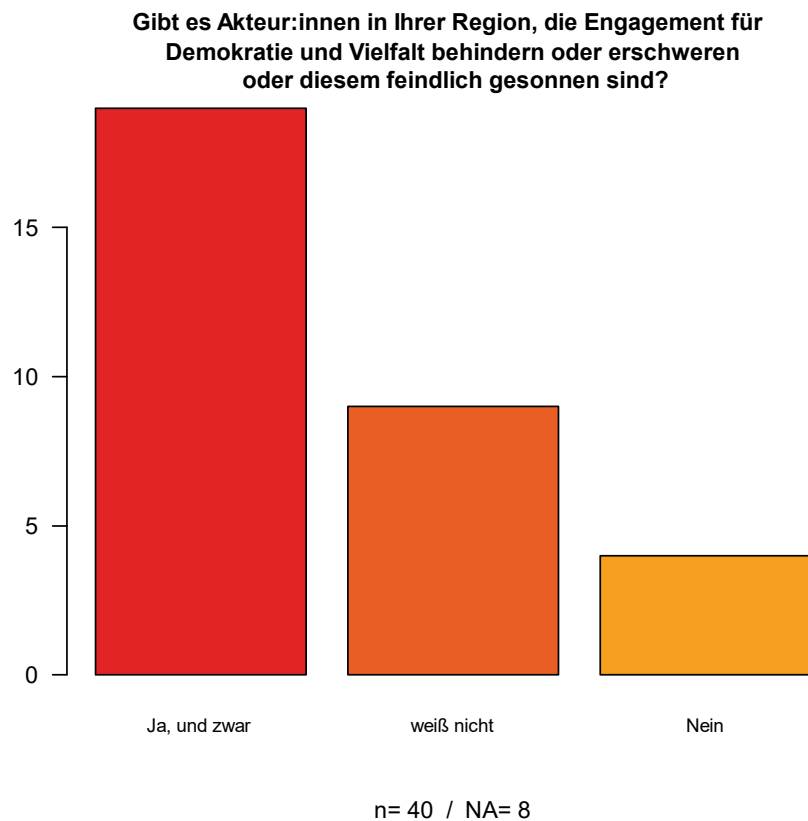


Abbildung 7: Demokratiefeindliche Akteur:innen (eigene Darstellung)

Die Frage konnte im Fragebogen mit "Nein", Ja, und zwar..." oder "Weiß nicht" beantwortet werden. Die Grafik zeigt, dass die überwiegende Anzahl demokratiefeindliche Akteur:innen in der Region wahrnimmt. Dennoch scheint es auch eine Art Unwissenheit darüber zu geben, da etwa 10 Personen "Weiß nicht" angegeben haben. Im Falle der Antwort "Ja, und zwar..." gab es wieder die Möglichkeit offene Antwortmöglichkeiten zu schreiben. In den offenen Antworten wurden überwiegend Akteur:innen aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum benannt. Besonders häufig genannt wurde die **Alternative für Deutschland (AfD)** sowie ihr nahestehende Gruppen und Personen.

Darüber hinaus verweisen die Befragten auf **rechtsextreme Parteien und Netzwerke** wie *Der III. Weg*, völkische Siedler und rechtsextreme Jugendgruppen. Mehrfach wurden zudem kommunalpolitische Akteur:innen sowie einzelne Vertreter:innen von Verwaltung, Polizei und öffentlichen Institutionen genannt, in Einzelfällen auch Kommunalpolitiker:innen, die keiner der genannten Parteien angehören, einflussreiche Privatpersonen und Unternehmer:innen.

Einige Antworten beschrieben zudem **unbekannte Personen**, die für Einschüchterungen, Angriffe und Vandalismus gegen demokratiefördernde Einrichtungen und Strukturen verantwortlich sind.



Ambivalente Wirkung

Die geschilderten Vorfälle und Akteur:innen in der Region Boizenburg/Elbe und Lübtheen wirken sich auf engagierte Personen unterschiedlich aus. In den Interviews kristallisierte sich heraus, dass demokratiefeindliche Vorkommnisse entweder zu Rückzug und Ende des Engagements führen oder bei den Engagierten ein "Jetzt-erst-Recht" Gefühl beziehungsweise gesteigerte Motivation für Engagement auslösen.

Die Befragten nehmen mehrheitlich demokratiefeindliche Akteur:innen in der Region wahr, insbesondere aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum. Demokratiefeindliche Aktivitäten wirken sich dabei ambivalent auf engagierte Personen aus und führen sowohl zu Rückzug als auch zu verstärkter Motivation für demokratisches Engagement.

3.2.4 Demokratiefeindliche Angriffe

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Datenerhebung beleuchtet, ob es in den vergangenen drei Jahren zu gezielten Angriffen auf zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Amtsträger:innen und/oder weitere gesellschaftliche Akteur:innen gekommen ist. Die Frage wurde vor allem in den qualitativen Interviews thematisiert.

Es zeigt sich, dass Einschüchterungen und Angriffe in unterschiedlicher Intensität wahrgenommen werden. Einige Befragte berichten von konkreten Vorfällen wie Bedrohungen, Sachbeschädigung, verbalen Angriffen, gezielten Einschüchterungsversuchen oder persönlichen Anfeindungen im öffentlichen oder digitalen Raum. Gleichzeitig beschreiben mehrere Befragte eine eher unterschwellige Form der Einschüchterung, die sich zum Beispiel in sozialer Ausgrenzung, Boykott, aggressiven Reaktionen oder dem Gefühl äußert unter Beobachtung zu stehen. Insbesondere lokal engagierte Personen sind öffentlich sichtbar und werden dadurch als besonders angreifbar beschrieben. Eine befragte Person schildert ihre Erfahrungen mit demokratiefeindlichen Angriffen beispielsweise folgendermaßen:

"Sie meinen, wenn der Nazi-Nachbar wieder meinem Hund mit Steinen bewirft? Also immer, wenn mein Hund spuckt, habe ich Angst, dass er mal Gift rüber geworfen hat." (IP 4)

Ambivalente Wirkung

Die Befragten betonen auch hier, dass die Auswirkungen solcher Erfahrungen unterschiedlich ausfallen. Während einige Interviewte auf bundesweite Entwicklungen hinweisen, bei denen sich Betroffene aufgrund von Angriffen aus Engagement oder Politik zurückziehen, beschreiben andere eher eine "Jetzt-erst-recht" Einstellung. Einschüchterungen führen demnach nicht zwangsläufig zu Rückzug. Wie bereits hervorgehoben kann daraus auch Motivation erwachsen, sich demokratisch zu engagieren. Dennoch wird in den Interviews auch deutlich, dass Engagierte auch Verunsicherung und das Gefühl einer potenziellen Angreifbarkeit spüren, was folgendes Zitat exemplarisch verdeutlicht:



"Ja, es gibt so eine unterschwellige Furcht davor auf jeden Fall. Obwohl ja gar nicht so viel vorfällt, ist das auch einfach ein Auslöser davon, weil wir jetzt über 25 Jahre dieses Thema [Rechtsextremismus] einfach schon in der Region haben, so intensiv auch und auch auf mehreren Ebenen. Ich glaube, dass viele Menschen schon sehr vorsichtig sind mit dem, womit sie in die Öffentlichkeit gehen und es jetzt ein paar Menschen gibt, die das bewusst trotzdem machen und dann sagen, okay, wir zeigen jetzt aber Flagge." (IP 2)

Die Daten zeigen Unterschiede in der Wahrnehmung der Situation vor Ort. Während einige von konkreten Angriffen berichten, beschreiben andere die Region als vergleichsweise ruhig. Demokratiefeindliche Akteur:innen würden dort häufiger in einer beobachtenden und subtil einschüchternden Rolle auftreten, als durch direkte Angriffe. Die Antworten machen aber allesamt deutlich, dass demokratisches Engagement oftmals mit persönlichen Belastungen, Verunsicherung und dem Gefühl der Verwundbarkeit einher geht.

Demokratisches Engagement ist in Teilen mit Einschüchterungen, Anfeindungen und dem Gefühl potenzieller Angreifbarkeit verbunden. Dabei werden sowohl konkrete Angriffe als auch subtilere Formen sozialer Ausgrenzung und Beobachtung wahrgenommen. Insbesondere lokal engagierte und damit öffentlich sichtbare Personen gelten als verwundbar. Insgesamt zeigt sich, dass demokratiefeindliche Dynamiken bei vielen Engagierten Verunsicherung und persönliche Belastungen erzeugen.



3.2.5 Ideologien und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Der Fragenkatalog der Situations- und Ressourcenanalyse fragt zudem nach den ideologischen Hintergründen vielfaltsablehnender und demokratiefeindlicher Vorkommnisse und Akteur:innen sowie auftretenden Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Im Fragebogen wurde hierzu gefragt:

Welche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten in Ihrer Region auf?

Die Befragten konnten dabei zwischen verschiedenen Antwortmöglichkeiten (Mehrfachauswahl möglich) auswählen. Die folgende Grafik stellt die Ergebnisse dar:

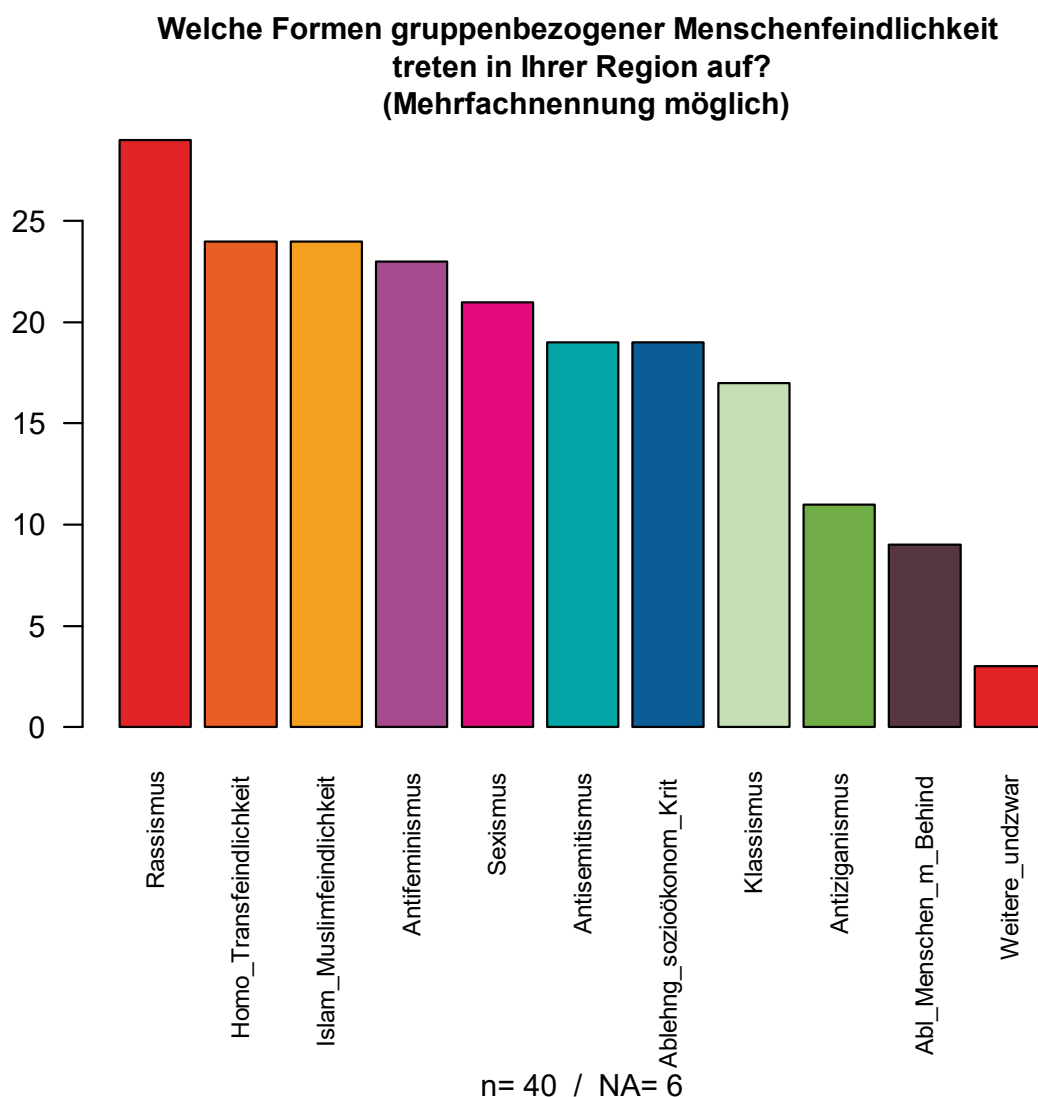


Abbildung 8: Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (eigene Darstellung)



Mit Abstand am häufigsten wurde von den Befragten **Rassismus** ausgewählt, danach folgen mit leichtem Abstand **Homo- und Transfeindlichkeit, Islam- und Muslimfeindlichkeit** sowie **Antifeminismus** und **Sexismus**. Etwas weniger häufig gewählt wurde Antisemitismus, Ablehnung aufgrund sozioökonomischer Kriterien und Klassismus. Weniger oft wurde Antiziganismus sowie die Ablehnung von Menschen mit Behinderung ausgewählt.

In den Interviews zeigen sich ähnliche Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Genannt wurden insbesondere rassistische, antifeministische, antisemitische sowie homo- und transfeindliche Einstellungen. Darüber hinaus wurden extreme Frauenfeindlichkeit, nationalistisches Gedankengut, ein stark exkludierendes Heimatverständnis sowie traditionelle Rollenbilder thematisiert. Interviewperson 3 beschreibt dies an zwei Stellen des Interviews folgendermaßen:

"Also die rechten Ideologien sind in unserer Region und in ganz Mecklenburg-Vorpommern die mit der stärksten Verbreitung und der größten Wirkungskraft, ne. Also rassistische, antifeministische, teils auch antisemitische, demokratiefeindliche Einstellungen, Nationalismus, das ist schon die größte Verbreitung." (IP 3)

"Wenn du mit Leuten sprichst, kannst du eigentlich davon ausgehen, dass (...) jede Person, die irgendwie nicht als deutsch erlebt wird oder die als nicht deutsch markiert wird, Rassismus erlebt." (IP 3)

Zudem wurde in den Interviews nach den ideologischen Hintergründen demokratiefeindlicher Aktionen und Akteur:innen gefragt. Die überwiegende Anzahl der Interviewten verwies dabei auf rechtsextreme Weltanschauungen, wie zum Beispiel IP 2:

"Meines Empfindens nach findet hier nichts anderes statt als ausgesprochener Rechtsextremismus, sicherlich gibt es da auch antiziganistische und antisemitische Meinungsbilder, ganz bestimmt, aber das sehe ich nicht so thematisiert, also explizit nicht so genau, ja. Und alles andere [gemeint sind Phänomene wie Islamismus oder Linksextremismus], finde ich, findet einfach nicht statt." (IP 2)

Einige Befragte äußerten die Wahrnehmung, dass demokratiefeindliche Ideologien häufig auf der Konstruktion eines Feindbildes beziehungsweise der Abgrenzung gegenüber als anders wahrgenommenen Gruppen beruhen.

Rassismus sowie Homo- und Transfeindlichkeit und antifeministische Einstellungen werden als zentrale Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Boizenburg/Elbe und Lübtheen wahrgenommen. Die Ergebnisse aus den qualitativen Interviews und dem standardisierten Fragebogen verweisen dabei fast ausschließlich auf rechtsextreme Weltanschauungen als ideologischen Hintergrund demokratiefeindlicher und vielfaltsablehnender Erscheinungsformen.



Die Ergebnisse weisen auf eine deutlich wahrgenommene Präsenz rechtsextremer Akteur:innen, Strukturen und Ideologien in Boizenburg/Elbe und Lübtheen hin. Demokratiefeindliche und vielfaltsablehnende Erscheinungsformen werden sowohl in konkreten Vorfällen, etwa Anfeindungen, Einschüchterungen oder Angriffen auf Engagierte, als auch in subtilen gesellschaftlichen Dynamiken beschrieben. Besonders häufig thematisiert werden rassistische, homo- und transfeindliche sowie antifeministische Einstellungen. Gleichzeitig zeigen Interviews und Fragebogenerhebungen, dass demokratisches Engagement vor Ort mit persönlicher Belastung und Verunsicherung verbunden sein kann. Trotzdem wird die zivilgesellschaftliche Vernetzung und Begegnung weiterhin als wichtige Grundlage für Demokratieförderung beschrieben.



3.3 Ressourcen, Potentiale und Bedarfe

Wer ist in der Region aktiv? Was brauchen die Engagierten?

Das folgende Kapitel widmet sich den vorhandenen zivilgesellschaftlichen Ressourcen und Potentialen in der Region Boizenburg/Elbe und Lübtheen sowie den Bedarfen von in der Demokratiearbeit engagierten Personen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie den zuvor beschriebenen Problemlagen und Herausforderungen begegnet werden kann.

3.3.1 Zivilgesellschaftliche Akteure in der Region

In den Interviews wurden die Befragten nach wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in Boizenburg/Elbe und Lübtheen gefragt. Dabei wurden sowohl allgemeine zivilgesellschaftliche Strukturen wie Vereine und Initiativen genannt als auch konkrete Organisationen und Akteur:innen vor Ort. Die folgende Übersicht stellt keine vollständige Erfassung der zivilgesellschaftlichen Landschaft dar, zeigt aber welche Akteur:innen von den Interviewten besonders wahrgenommen und hervorgehoben wurden.

Vereine, Kultur- und Begegnungsorte

Diverse Sportvereine, Heimat- und Kulturverein Lübtheen, Lübtheener Aktionsjahr, Kino-Club Boizenburg e.V. mit Kulturschiff Minna, Stadtbibliothek, Frauensalon Boizenburg, Fair Hafen Boizenburg

Soziale Träger, Beratung und Unterstützungsstrukturen

AWO, DRK, JAW e.V., ASB, RAA - Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg

Kirche, Bildungs- und Jugendarbeit

Kirche und kirchliche Jugendarbeit, Schulen, Schulsozialarbeiter:innen, engagierte Lehrkräfte und Schulleitungen, weitere nicht näher benannte Bildungsangebote

Kommunales und ehrenamtliches Engagement

Feuerwehr und Jugendfeuerwehr, kommunalpolitisch engagierte Personen, individuelles Engagement von Einzelpersonen, lokale Initiativen, Bürger für Boizenburg, Stadtparkfreunde Boizenburg

Demokratiefördernde Netzwerke und Initiativen

Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe und Lübtheen, Bündnis Zusammen Bewegen, Boizenburg gegen Rechts, Omas gegen Rechts Boizenburg, Wir für Lübtheen

Die Interviews zeigen eine vielfältige zivilgesellschaftliche Landschaft, die insbesondere von ehrenamtlichem Engagement, lokalen Netzwerken und demokratiefördernden Initiativen getragen wird. Gleichzeitig weisen einige Befragte darauf hin, dass sich häufig dieselben, oftmals ältere Personen engagieren



3.3.2 Themenfelder und Zielgruppen des Engagements

In welchem Bereich sind Sie aktiv?

Bei dieser Frage konnten die Teilnehmenden des Fragebogens mehrfach unter verschiedenen Antwortmöglichkeiten auswählen. Die folgende Grafik zeigt das diesbezügliche Antwortverhalten:

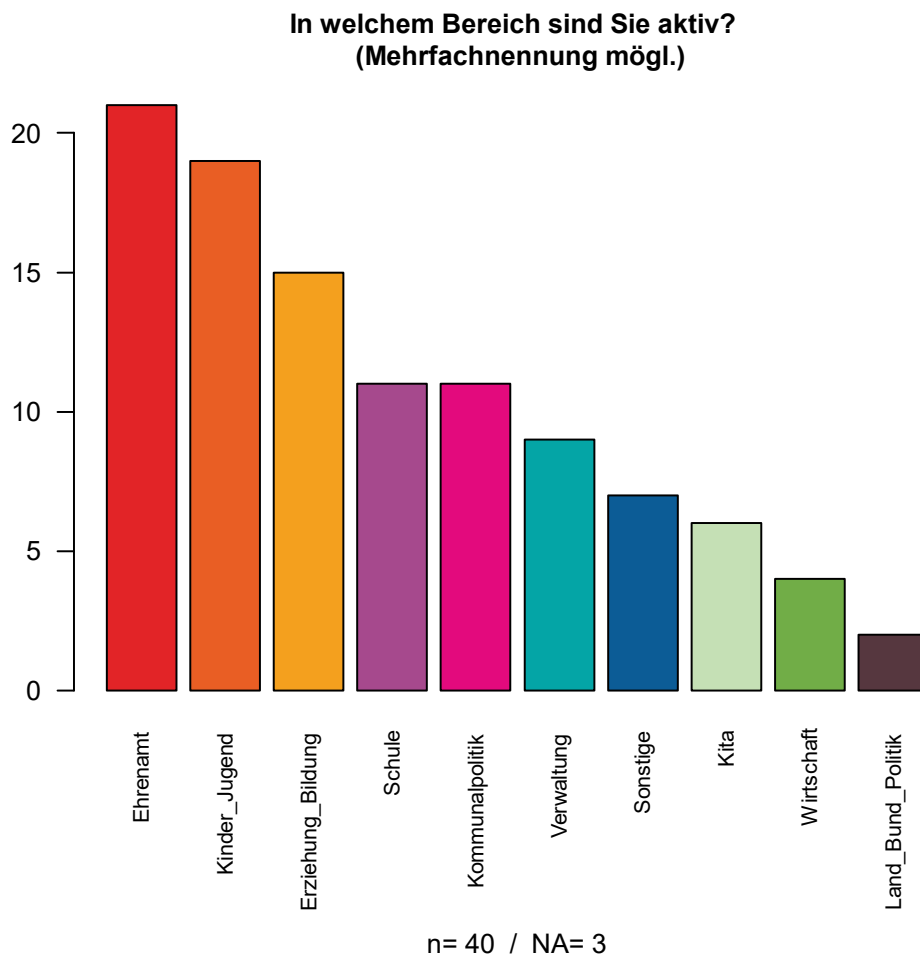


Abbildung 9: Arbeitsbereiche der Befragten (eigene Darstellung)

Die meisten Befragten geben dabei an in Vereinen bzw. ehrenamtlich aktiv zu sein oder im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Mit einigem Abstand folgen die Bereiche Erziehung und Bildung, Schule sowie Kommunalpolitik. Ein eher geringerer Anteil der Befragten gibt an in der Verwaltung oder anderweitig in der Region aktiv zu sein. Am wenigsten wurden die Bereiche Unternehmen und Wirtschaft sowie Landes- oder Bundespolitik gewählt.



In welchen Themenfeldern engagieren Sie sich?

Hier war es für die Befragten ebenfalls möglich aus verschiedenen Antwortmöglichkeiten mehrfach auszuwählen. Die Ergebnisse werden in der folgenden Grafik dargestellt:

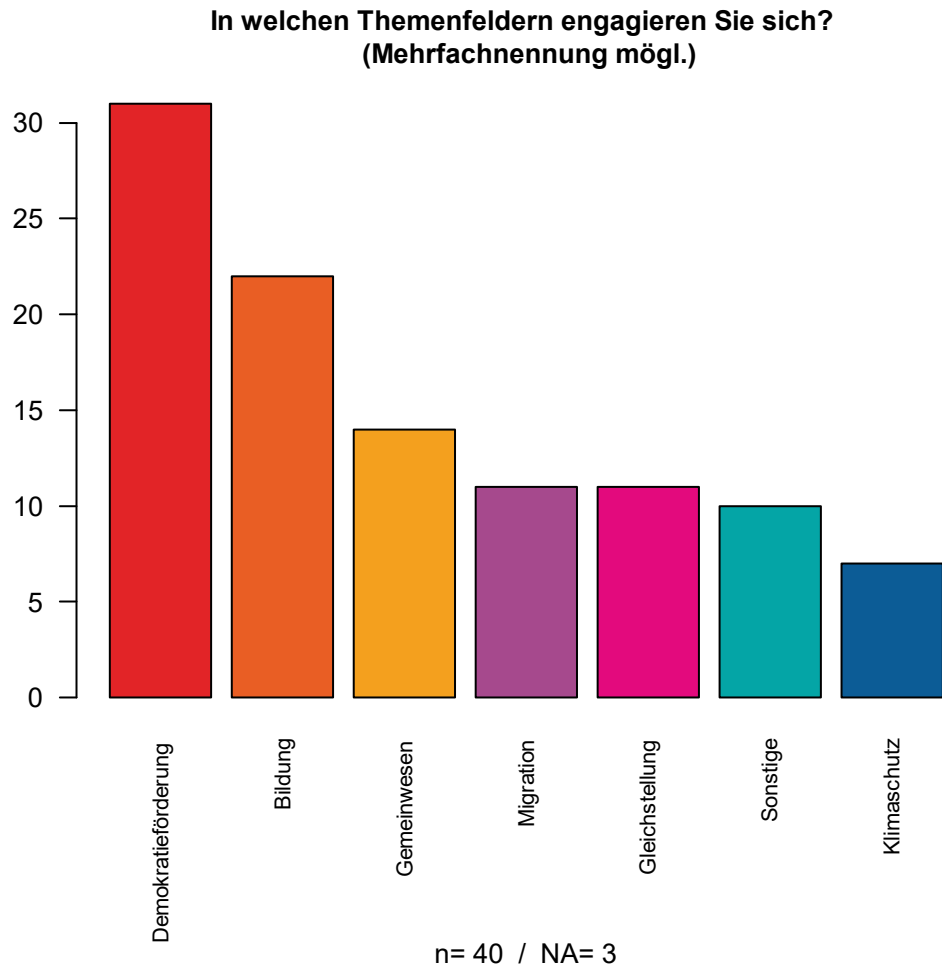


Abbildung 10: Themenfelder der Befragten (eigene Darstellung)

31 Befragte geben an, im Themenfeld Demokratieförderung engagiert zu sein. Zudem geben 22 Personen an sich im Themenfeld Bildung zu engagieren. Danach folgen mit 14 beziehungsweise jeweils 11 Befragten die Themenfelder Gemeinwesen, Migration und Gleichstellung. Am seltensten gewählt wurden sonstige Themenfelder sowie der Bereich Klimaschutz.



Welche Zielgruppen sprechen Sie mit Ihrer Arbeit an?

Nach den bearbeiteten Bereichen und Themenfeldern ging es im Fragebogen um die angesprochenen Zielgruppen der Befragten. Auch hier war eine Mehrfachwahl möglich. Die folgende Grafik veranschaulicht die Ergebnisse:

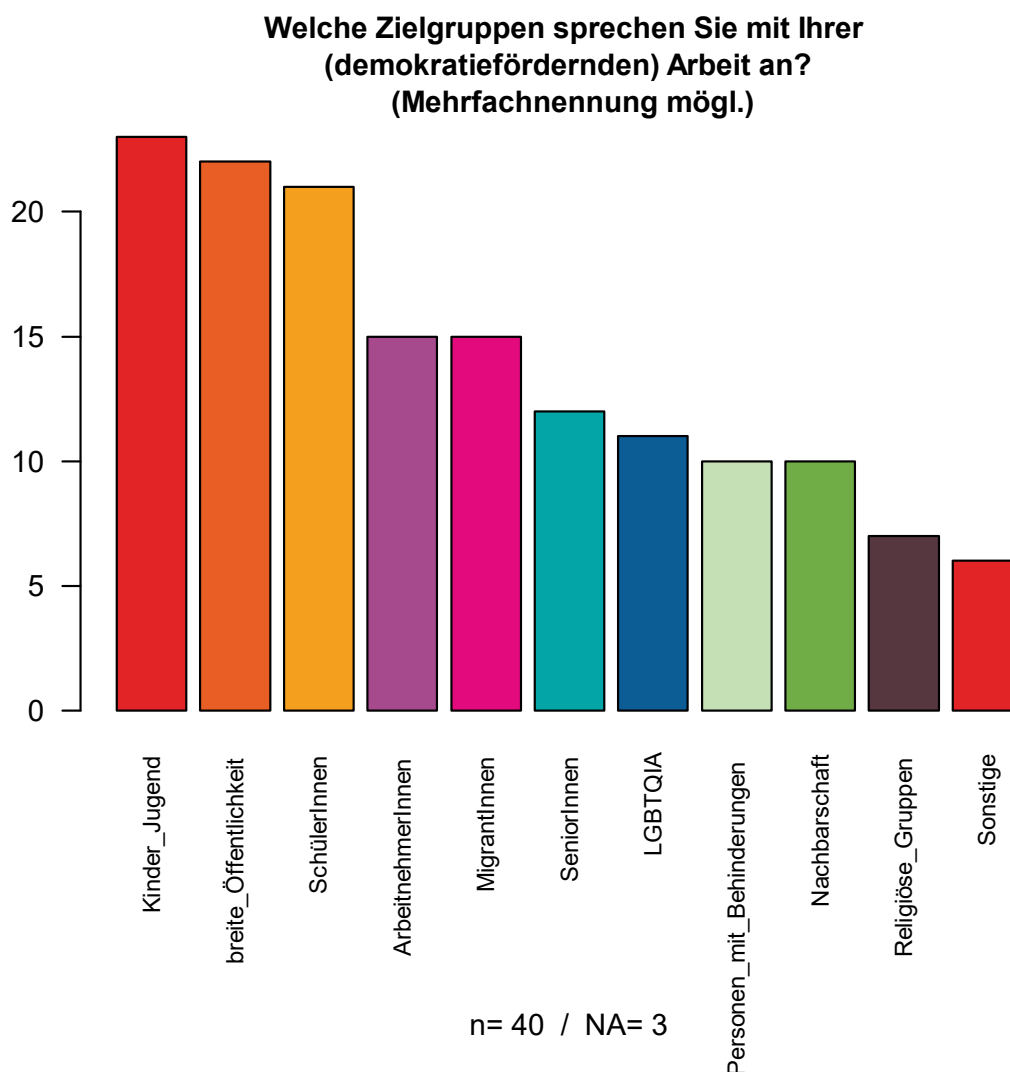


Abbildung 11: Zielgruppen der Befragten (eigene Darstellung)

Die meisten Angebote der Befragten richten sich an Kinder und Jugendliche, die breite Öffentlichkeit sowie Schüler:innen. Mit einigem Abstand folgen Arbeitnehmer:innen und Migrant:innen. Wiederum etwas weniger häufig wurden Senior:innen oder queere Menschen ausgewählt. Am wenigsten werden Menschen mit Behinderung, aus der Nachbarschaft oder religiöse Gruppen durch die Befragten angesprochen. Etwa 5 Personen geben an, anderweitige Zielgruppen mit ihren Angeboten anzusprechen. Trotz der Abstufung, gibt es eine relativ breit gefächerte Auswahl an Zielgruppen der Befragten.



Zudem geben 23 Personen an, dass die Personen, die ihre Angebote besuchen aus der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde kommen. Die Angebote werden also überwiegend lokal angeboten und angenommen, was die folgende Grafik zeigt:

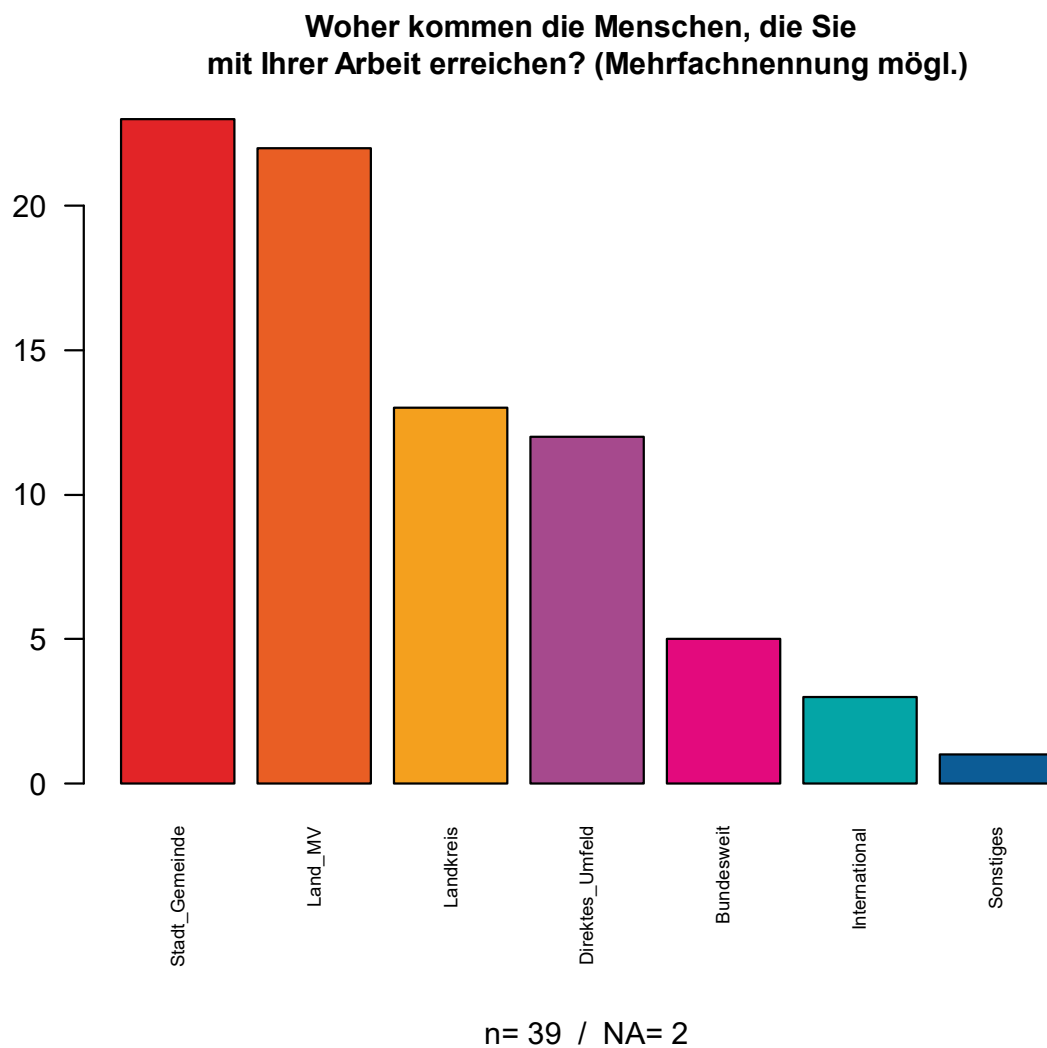
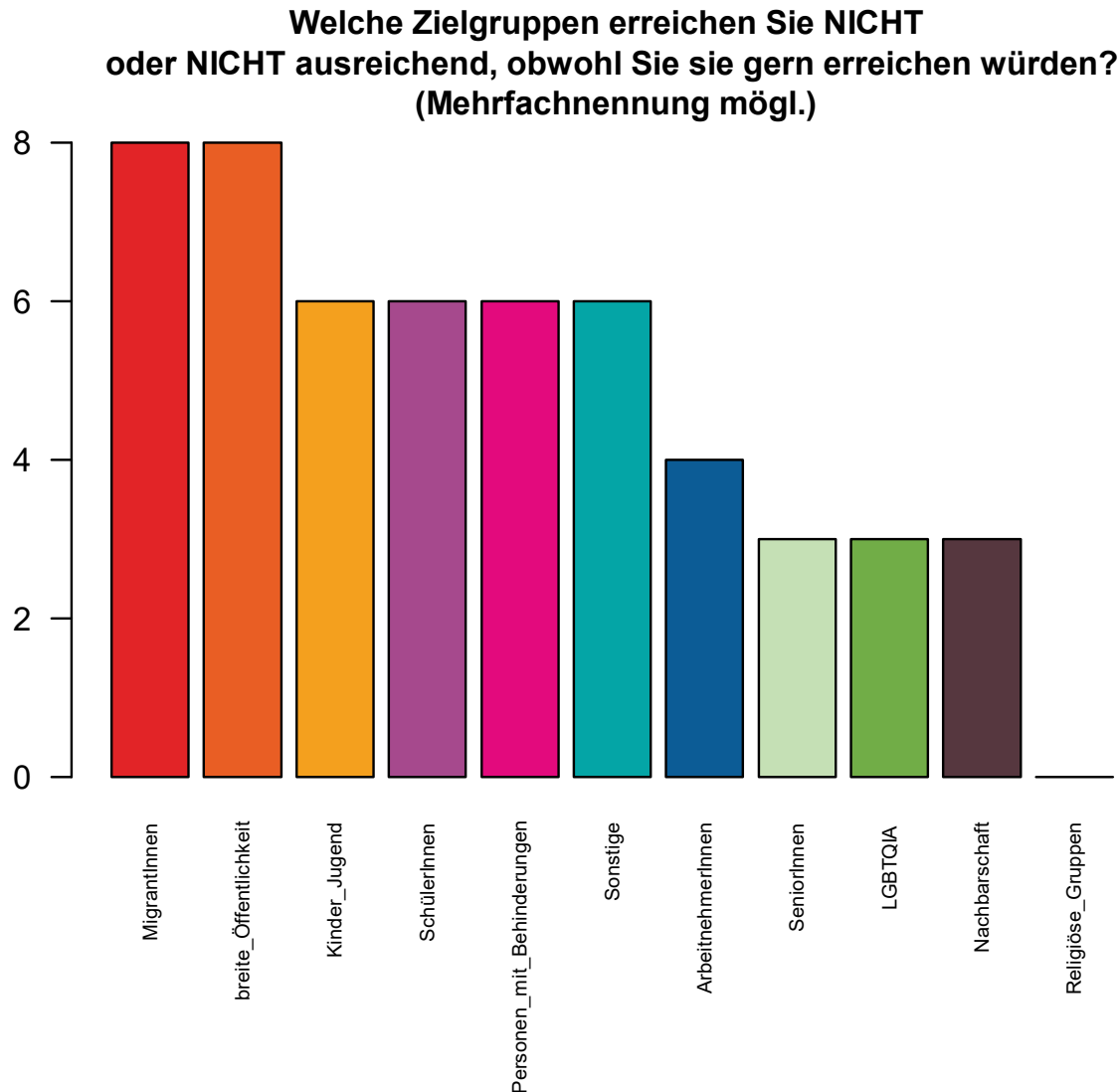


Abbildung 12: Regionale Herkunft der Zielgruppen der Befragten (eigene Darstellung)



Lücken

Die Befragten wurden auch nach Orten und Zielgruppen gefragt, die aus ihrer Sicht nur unzureichend erreicht werden können:



n= 40 / NA= 4

Abbildung 13: Zielgruppen, die die Befragten (eher) nicht erreichen (eigene Darstellung)

In diesem Zusammenhang werden **Migrant:innen** und die **breite Öffentlichkeit** von jeweils 8 Befragten benannt. Je 6 mal werden Kinder und Jugendliche, Schüler:innen und Personen mit Behinderungen als Gruppen benannt, die nicht genügend erreicht werden. Religiöse Gruppen, die direkte Nachbarschaft, queere Menschen sowie Arbeitnehmer:innen werden in Bezug auf die Frage am seltensten ausgewählt. Entweder werden diese Gruppen bereits ausreichend erreicht oder sie sind nicht die Zielgruppe der engagierten Befragten.



Elf der engagierten Befragten geben an, dass es neben den Zielgruppen auch Orte gibt, die sie gerne besser mit ihren Angeboten erreichen würden. Häufig wird hier die Ausdehnung des Engagements in den **ländlichen Raum** genannt. Die Befragten beschreiben es als schwierig, in den dörflich geprägten Bereichen außerhalb der beiden Städte Boizenburg und Lübtheen Fuß zu fassen.

Vereinzelt werden auch **Schulen** und **Unternehmen**, als Orte benannt, die die Engagierten gerne mehr erreichen würden.

Die Befragten engagieren sich vor allem im Themenfeld "Ehrenamt" sowie in der Kinder- und Jugendarbeit. Inhaltlich liegt der Schwerpunkt auf Demokratieförderung und Bildungsarbeit, gefolgt von Gemeinwesen, Migration und Gleichstellung. Die Angebote richten sich insbesondere an Kinder und Jugendliche, Schüler:innen sowie die breite Öffentlichkeit und werden überwiegend lokal in den Städten Boizenburg/Elbe und Lübtheen umgesetzt. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse, dass vor allem Migrant:innen und die breite Öffentlichkeit aus Sicht der Befragten bislang nicht ausreichend erreicht werden. Zudem beschreiben mehrere Engagierte Schwierigkeiten, Angebote außerhalb der beiden Städte Boizenburg und Lübtheen zu etablieren. Vereinzelt werden auch Schulen und Unternehmen als bislang schwer erreichbare Orte benannt.



3.3.3 Vernetzung und Kooperationen

Im folgenden Abschnitt stehen die Vernetzung und Kooperation der engagierten Personen im Fokus. Betrachtet werden dabei sowohl allgemeine Formen der Zusammenarbeit als auch sektorübergreifende und überregionale Vernetzungen der Befragten aus der Fragebogenerhebung.

Wenn Sie an Ihre Veranstaltungen und Projekte denken: Mit wem haben Sie zusammengearbeitet?

Zunächst wurden die Teilnehmenden gefragt, mit wem sie im Rahmen ihrer Projekte zusammenarbeiten oder zusammengearbeitet haben. Es standen verschiedene Auswahlmöglichkeiten zur Mehrfachauswahl zur Verfügung. Die folgende Grafik zeigt die Ergebnisse:

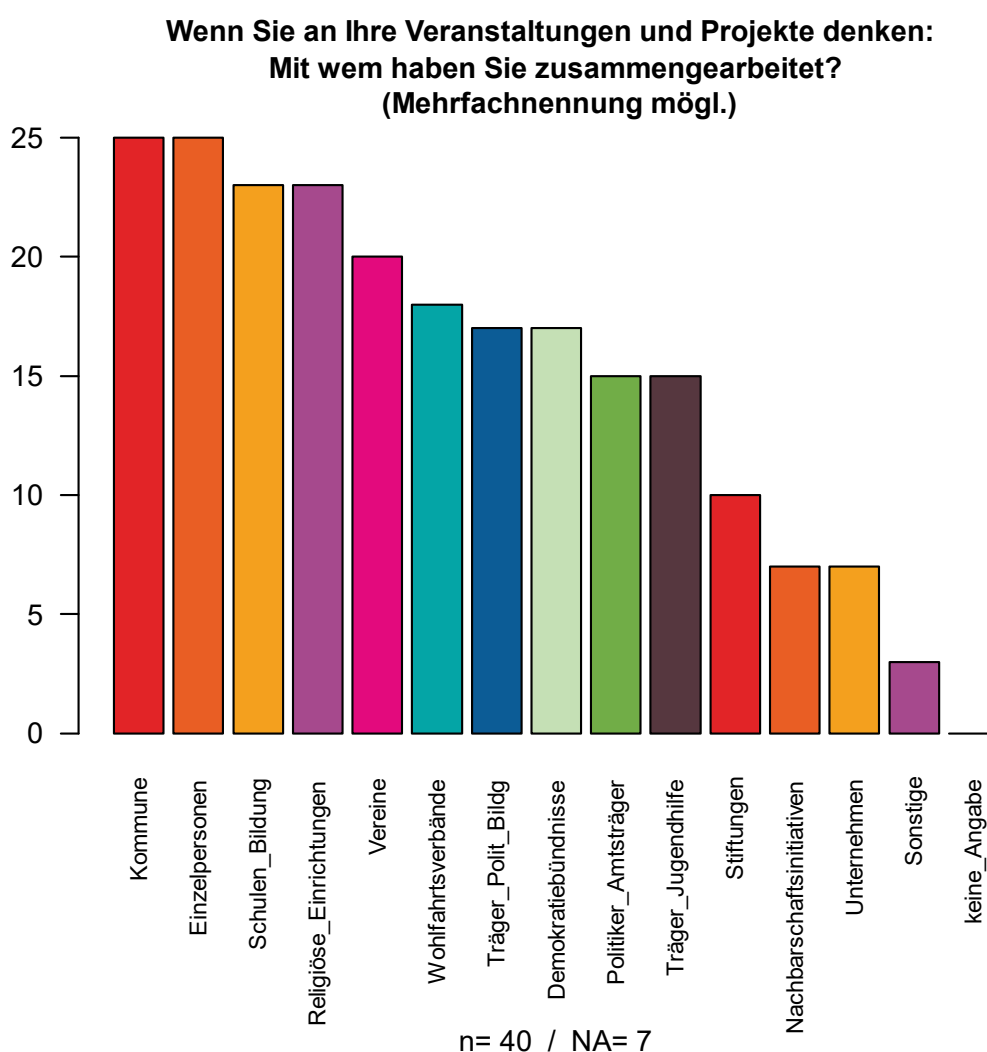


Abbildung 14: Kooperationspartner:innen der Befragten (eigene Darstellung)



Zunächst wird deutlich, dass viele der 40 Teilnehmenden mehrere Antwortmöglichkeiten gleichzeitig ausgewählt haben, was auf vielfältige Kooperations- und Vernetzungsstrukturen hinweist. Jeweils 25 Befragte gaben an, mit der Kommune beziehungsweise der Verwaltung oder mit Einzelpersonen zusammenzuarbeiten. Darauf folgen mit jeweils 23 Nennungen Kooperationen mit Schulen und Bildungseinrichtungen sowie religiösen Gemeinschaften. Am seltensten wurden dagegen Stiftungen, Nachbarschafts- und Stadtteilinitiativen sowie Unternehmen ausgewählt. Insgesamt zeigt sich eine breite und sektorübergreifende Vernetzung, etwa zwischen Verwaltung oder Schulen und den engagierten Akteur:innen.

Überregionale Vernetzung

Darüber hinaus sollten die Befragten angeben, mit welchen Akteur:innen überregionale Vernetzungen bestehen. Dabei stellte sich heraus, dass 23 befragte Personen bereits auf Landesebene vernetzt sind. Zudem geben jeweils 20 Befragte an, im Rahmen von Netzwerken und Verbänden sowie informell durch persönliche Kontakte oder kollegialen Austausch überregional vernetzt zu sein. Jeweils 14 Befragte geben an auf Bundesebene sowie innerhalb verschiedener Förderprogramme überregional zu kooperieren. Nur 3 Personen geben an über keine überregionalen Netzwerke zu verfügen:

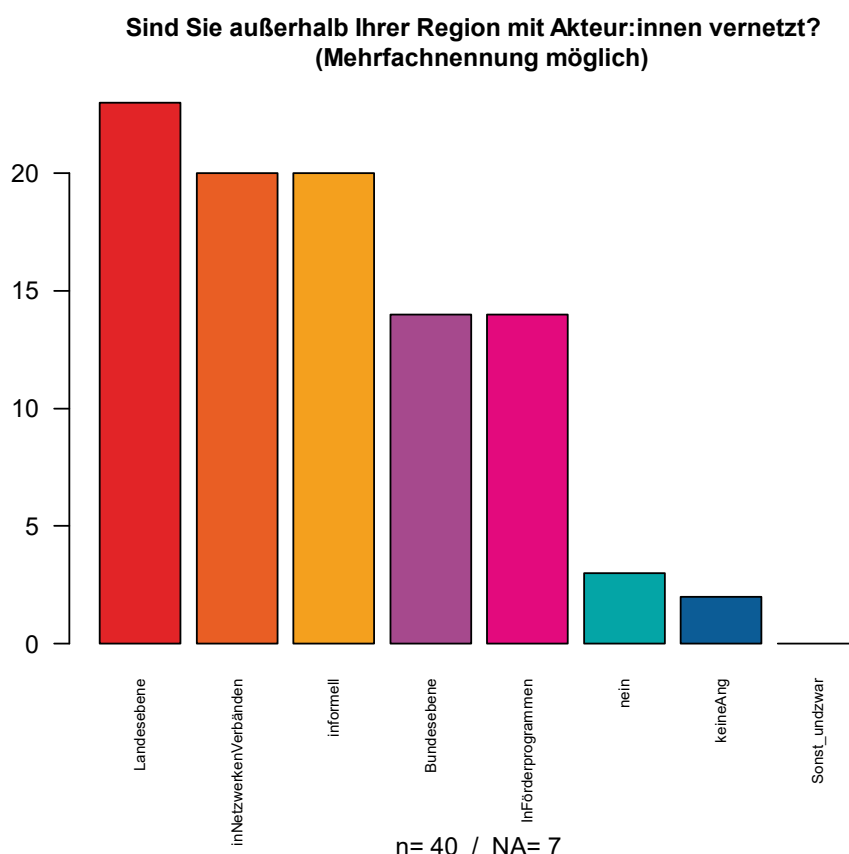


Abbildung 15: Überregionale Vernetzung der Befragten (eigene Darstellung)



Kooperation mit der Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe und Lübtheen

Nur neun der Befragten geben an nicht im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie engagiert zu sein. Der Großteil der Befragten ist dagegen in irgendeiner Form mit oder in der PfD engagiert, etwa als Mitglied des Bündnisses, gefördertes Projekt oder durch andere Art der Zusammenarbeit. Somit sind aus verschiedenen Bereichen der PfD Engagierte im Sample vertreten. Dies erscheint logisch, da die Rekrutierung der Teilnehmenden durch die Partnerschaft erfolgt ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein großer Teil der Befragten sowohl regional als auch überregional mehrfach vernetzt ist. Insbesondere Kommunen und Einzelpersonen spielen bei der Umsetzung der Projekte eine wichtige Rolle. Viele Befragte sind landesweit vernetzt, insbesondere über persönliche Kontakte oder Förderprogramme.

3.3.4 Unterstützungsstrukturen

Die nachfolgenden Ergebnisse zu Unterstützungsstrukturen in Boizenburg/Elbe und Lübtheen beruhen auf den qualitativen Interviews. Im Fokus stand dabei die Frage, durch welche Personen, Netzwerke und Strukturen die Arbeit der Engagierten unterstützt wird.

Partnerschaft für Demokratie

Besonders häufig wurde die Partnerschaft für Demokratie als Ressource hervorgehoben. Die Befragten beschreiben diese vor allem als wichtige finanzielle Unterstützung sowie als Ort der Beratung, Vernetzung und organisatorischen Begleitung. Mehrere Interviewte betonen, dass bestimmte Projekte und Aktivitäten ohne diese Förderung kaum umsetzbar wären, was folgender Interviewausschnitt verdeutlicht:

Interviewer:in: "Stellt die Partnerschaft für Demokratie für Sie auch eine Ressource dar?"

IP 5: "Ja, natürlich! Natürlich! Ohne die Partnerschaft für Demokratie könnten wir ja gar nicht arbeiten."

Kommune und Verwaltung

Auch die Kommune beziehungsweise die Verwaltung wird von mehreren Befragten als unterstützende Struktur wahrgenommen, etwa durch finanzielle Unterstützung, die Erleichterung behördlicher Abläufe oder die Bereitstellung von Netzwerken und Kontakten. Darüber hinaus wird von einer grundsätzlich positiven Haltung der Kommunalpolitik gegenüber der Demokratiearbeit berichtet. Teilweise wird sogar von sehr starker Unterstützung sowohl in Boizenburg als auch in Lübtheen gesprochen. Folgende Interviewsequenz zeigt dies exemplarisch:



Interviewer:in: "Erfahren Sie Unterstützung vor Ort?"

IP 1: "Ja, total! Also die Stadt und die Partnerschaft für Demokratie natürlich, also die unterstützen uns wahnsinnig toll, das Netzwerk ist super, die Wege werden uns da leicht gemacht, die ganzen behördlichen Abläufe, an die wir uns alle halten müssen, aber es wird uns alles wirklich leicht gemacht, das ist eine super Zusammenarbeit."

Kritische Nachfragen oder Vorbehalte gegenüber der Demokratiearbeit gibt es auch, bislang aber eher von einzelnen Kommunalpolitiker:innen und weniger aus der Verwaltung.

Persönliche Netzwerke

Weitere Unterstützung erfahren die Befragten durch Vereine und Initiativen, in denen sie selbst aktiv sind sowie durch persönliche Netzwerke. Mehrere Interviewte wiesen darauf hin, dass hinter einzelnen Projekten oftmals mehr Personen stehen, als öffentlich sichtbar sind. Des Weiteren werden auch Lehrer:innen oder andere lokal engagierte Personen als wichtige Multiplikator:innen beschrieben. In Zusammenhang mit potenziellen Vorfällen oder Angriffen wird vereinzelt auch der Austausch mit der Polizei als unterstützend wahrgenommen.

Zugleich zeigen die Interviews, dass vorhandene Ressourcen und Kräfte häufig gezielt dort eingesetzt werden, wo Engagement auf vergleichsweise gute Rahmenbedingungen trifft. Projekte und Aktionen werden daher eher an Orten umgesetzt, an denen kommunalpolitische Unterstützung vorhanden ist und die Umsetzung als realistischer eingeschätzt wird.

Die Auswertung zeigt, dass es in Boizenburg/Elbe und Lübtheen demokratisches Engagement besonders durch lokale Netzwerke, die Partnerschaft für Demokratie sowie kommunale Unterstützung getragen wird. Begrenzte Ressourcen führen dazu, dass Projekte eher dort umgesetzt werden, wo Unterstützungsstrukturen vorhanden sind.

3.3.5 Bedarfe

Im weiteren Verlauf der Interviews wurden Befragten danach gefragt, welche Unterstützung und gegebenenfalls Schutzmaßnahmen sie für ihre Arbeit benötigen. Dabei thematisierten die Interviewten sowohl strukturelle und finanzielle Voraussetzungen als auch persönliche Bedarfe im Kontext ihres Engagements.

Generell Bedarfe

Die Interviews verdeutlichen einen hohen Bedarf an finanziellen Ressourcen und verlässlichen Förderstrukturen. Mehrere Befragte betonen, dass bestehende Angebote und Projekte stark von Fördermitteln abhängig sind und kaum finanzieller Spielraum besteht. Entsprechend wird die Sorge geäußert, dass bereits der Wegfall einzelner Förderungen erhebliche Auswirkungen auf demokratische Projekte und Engagementstrukturen vor Ort haben könnte. **Verlässliche und**



kontinuierliche Finanzierung wird daher als zentrale Voraussetzung für nachhaltige Demokratietarbeit beschrieben. Eine ehrenamtlich engagierte Person beschreibt die Situation so:

"Wenn das mit dem Geld sich nicht regelt, muss ich hier in zwei Jahren zumachen. Leider, das soll jetzt nicht schwarzmalen, ich würde das auch zu meinen Mitstreiter:innen nicht so sagen. Aber ich kann hier auch privat nicht noch mehr Geld und Kraft investieren." (IP 4)

Mehrere Interviewte weisen darauf hin, dass zwar häufig Problembewusstsein aufseiten von Politik, Verwaltung oder Lehrkräften vorhanden ist, etwa in Bezug auf radikalisierte Jugendliche, konkrete Maßnahmen jedoch oft an fehlenden finanziellen oder personellen Ressourcen scheitern. Teilweise wird zusätzlich angemerkt, dass mehr finanzielle Mittel nötig wären, um beispielsweise Ehrenamtliche langfristig motivieren zu können.

Darüber hinaus äußern die Befragten den Wunsch nach **niedrigschwelligen Zugängen zu Förderprogrammen** sowie einer **Reduzierung bürokratischer Anforderungen** und Berichtspflichten. Verwaltungstechnische Aufgaben binden derzeit viele Kapazitäten, die eigentlich für inhaltliche Arbeit benötigt werden. Mehrfach wurde der Bedarf an unkomplizierter Beratung, Unterstützung und begleitender Support für Engagierte hervorgehoben. Folgende Interviewpassage macht diesen Punkt deutlich:

"Da würde ich mir wünschen, dass man weggeht von dieser einjährigen Projektlogik bei der man enorm bürokratischen Aufwand hat. Du musst inhaltlich gut arbeiten und Netzwerke ausbauen und so viele tolle Sachen machen und gleichzeitig musst du dich dann gegen Angriffe wehren, musst lange Berichte schreiben, Anträge schreiben, weil das Jahr dann auch schon wieder um ist. Und das ist einfach komplett überlastend und das bringt die Leute an den Rand des Wahnsinns." (IP 3)

Ein weiterer zentraler Aspekt betrifft den Wunsch nach mehr **gesellschaftlicher und politischer Wertschätzung**. Die Befragten betonen die Bedeutung von Anerkennung, Sichtbarkeit und klarer Unterstützung durch Kommunal-, Landes- und Bundespolitik. Mehrfach wird zudem eine stärkere öffentliche Anerkennung demokratiefeindlicher Entwicklungen gefordert. Damit verbunden äußern die Befragten den Wunsch, dass Demokratietarbeit nicht mit Skepsis oder Rechtfertigungsdruck begegnet werden sollte:

"Also diese Skepsis oder diese offene Infragestellung, dass zivilgesellschaftliches Engagement nicht erwünscht oder gefährlich. Da gibt's ja schon eine Tendenz in die Richtung (...). Und da machen hier politische Akteure aus dem Land mit. Und das finde ich, das geht gar nicht." (IP 3)

Ferner zeigen die Interviews einen hohen Bedarf an **Austausch und Vernetzung**. Genannt werden insbesondere stärkere Netzwerke zwischen Engagierten, Möglichkeiten zum Austausch von Erfahrungen und **Best Practice Beispielen** sowie überregionale Veranstaltungen, die verdeutlichen sollten, dass Engagierte mit ihren Herausforderungen und Anliegen nicht allein sind. Bündnisse wie *zusammen Bewegen* oder die *Partnerschaft für Demokratie* werden in diesem



Zusammenhang als wichtige Strukturen beschrieben. Folgendes Zitat verdeutlicht diesen Aspekt exemplarisch:

"Ich glaube, der Austausch über die Bedarfe und Herausforderungen und die gemeinsame Ideenfindung oder vielleicht gegenseitig Best-Practice-Beispiele austauschen, was funktioniert bei euch, was funktioniert bei uns? Das ist ja auch ein Mehrwert." (IP 4)

Vereinzelte wünschen sich Befragte auch mehr Transparenz und Sichtbarkeit bestehender Projekte sowie praktische Hilfestellungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Social Media.

Auch **personelle Ressourcen werden als zentrale Bedarfe beschrieben**. Mehrere Interviewte betonen, dass Demokratiearbeit nicht ausschließlich ehrenamtlich getragen werden kann. Benannt werden daher zusätzliche hauptamtliche Stellen, mehr Ehrenamtliche sowie stärkere Koordinierungsstrukturen für Engagement und Vernetzung. Teils wird der Wunsch nach einer zusätzlichen "Kümmerer-Struktur" geäußert, die Engagierte begleitet, Kontakte herstellt und organisatorische Aufgaben übernimmt, wie es zum Beispiel IP 5 äußert:

"Also es gibt viele Institutionen und Vereine, also kirchliche oder sportliche oder kulturell, da kann man sich einbringen. Aber, ich glaube, das könnte durchaus ausgebaut werden. Wenn es, ich sag mal, so einen Kümmerer geben würde, der mehr Personen ansprechen würde, um Ehrenamtliche zu gewinnen, könnte das zielführend sein." (IP 5)

Außerdem wird hervorgehoben, dass demokratisches Engagement Zeit, Kontinuität und Vertrauen benötigt, die durch kurze Förderzeiträume und hohe bürokratische Aufwände oft nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen. Einzelne Befragte sorgen sich zudem um die Kontinuität ihrer Arbeit mit Blick auf sich verändernde politische Mehrheiten im Land.

Schutzbedarfe

In den Interviews zeigt sich, dass es kaum Schutzangebote für Akteur:innen gibt, die von demokratiefeindlichen Akteur:innen bedroht werden, was folgendes Zitat veranschaulicht:

"Die stehen natürlich, wenn sie angegriffen werden, mehr oder weniger alleine da, mit Schutz, ist da nicht viel. (...) Ja gut, es gibt LOBBI und solche, die jetzt beraten, die gibt es natürlich, oder die RAA, aber das ist jetzt in dem Sinne nicht unbedingt der Schutzmechanismus, wenn wirklich was passiert. Da gibt es, meiner Meinung nach, nach wie vor nichts." (IP 6)

Mehrere Befragte äußerten den Wunsch nach **niedrigschwelligen Anlaufstellen**, an die sich Engagierte **auch bei subtilen Formen von Einschüchterungen oder demokratiefeindlichen Vorfällen** wenden können. Dabei wird betont, dass viele Erfahrungen außerhalb der strafrechtlichen Relevanzschwelle liegen und deshalb häufig nicht durch die Polizei oder andere klassische Meldewege erfasst werden. Genannt werden insbesondere subtile Vorfälle wie soziale Ausgrenzung, Mobbing oder unterschwellige Einschüchterungen, die oft sehr belastend auf die



Betroffenen wirken. Um über solche Vorfälle zu sprechen, braucht es eigene Strukturen und Gelegenheiten:

"Ich glaube, dass es total gut wäre, wenn es eine Anlaufstelle geben würde, um überhaupt erstmal zu erfassen, was ist denn da? Aber nicht [im Sinne von:] 'ich gehe in ein Büro und kann von einem Vorfall berichten', weil da die Schwelle schon ziemlich hoch ist, das dann zu tun. Also das müsste der Vorfall schon sehr krass gewesen sein und dann wäre ja die Polizei theoretisch auch schon ein Ansprechpartner. Ich glaube aber, dass noch ein niedrigschwelligeres Angebot einfach total gut wäre, wo man mit Leuten einfach ins Gespräch kommen kann und einmal hört, was ist denn da, was hast du für Erfahrungen gemacht? Wie nimmst du extremistische Bestrebungen hier bei uns wahr?" (IP 2)

Teilweise wird in diesem Zusammenhang auch der Bedarf an **anwaltlicher Beratung** sowie **physischem Schutz** bei konkreten Bedrohungssituationen angesprochen.

Darüber hinaus betonen einige Interviewte die Bedeutung **präventiver Schutzmaßnahmen**, insbesondere im Bereich der **Kinder- und Jugendarbeit**. Genannt werden frühzeitige Sensibilisierung, Demokratiebildung sowie Maßnahmen gegen Mobbing und Diskriminierung an Schulen, vor allem gegenüber migrantisch gelesenen Schüler:innen. Ziel sei es, Verständnis für gesellschaftliche Vielfalt zu fördern und demokratiefeindlichen Entwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken.

Mehrere Interviewte geben zudem an, sich im Bedarfsfall an bestehende Strukturen, wie die *Partnerschaft für Demokratie*, LOBBI MV oder die RAA wenden zu können.

Die Interviews verdeutlichen einen hohen Bedarf an verlässlicher finanzieller Förderung, niedrigschwelliger Unterstützung und langfristigen personellen Strukturen für demokratisches Engagement. Besonders betont werden der Wunsch nach weniger bürokratischen Hürden, mehr gesellschaftlicher und politischer Wertschätzung sowie vermehrten Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten. Außerdem zeigt sich, dass die Engagierten teilweise Schutzbedarfe wahrnehmen, insbesondere im Umgang mit subtilen Einschüchterungen und demokratiefeindlichen Vorfällen unterhalb der strafrechtlichen Relevanzschwelle. Daneben werden auch Präventivmaßnahmen, wie demokratische Bildungsarbeit als benötigte Schutzmaßnahmen aufgeführt.



3.3.6 Ansätze und Maßnahmen zur Bearbeitung der Problemlagen

Im Folgenden sollen Ansätze und Maßnahmen zur Bearbeitung der Problemlagen abgeleitet werden. Die Datengrundlage dafür bilden sowohl die Interviews als auch die Ergebnisse der Fragebogenerhebung.

Begegnung, Dialog und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Als zentralster Ansatz zur Bearbeitung der beschriebenen Problemlagen wird von vielen Befragten die Schaffung von Begegnung, persönlichem Austausch und Dialog beschrieben. Mehrfach wird betont, dass gesellschaftliche Spaltung, Demokratieskepsis und demokratiefeindliche Einstellungen nicht allein durch Konfrontation, sondern vor allem durch Gespräche, gegenseitiges Zuhören und gemeinsame Erfahrungen bearbeitet werden können. Niedrigschwellige Begegnungsorte und gemeinschaftliche Aktivitäten werden dabei als besonders wichtig hervorgehoben, häufig auch unabhängig von direktem Demokratiebezug. Ziel sei es, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, Verständnis füreinander zu fördern, Vertrauen aufzubauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Demokratiebildung, Teilhabe und Jugendarbeit

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Demokratiebildung und gesellschaftlicher Teilhabe, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Die Befragten betonen die Bedeutung von Demokratie- und Geschichtsbildung in Schulen sowie die Notwendigkeit, Jugendlichen frühzeitig Selbstwirksamkeit und gesellschaftliche Beteiligung zu vermitteln. Genannt werden mehr konsumfreie Orte, niedrigschwellige Angebote, gut betreute Jugendclubs und kontinuierliche Unterstützung für junge Menschen. Demokratiewerkarbeit müsse generationenübergreifend und langfristig angelegt sein, damit Jugendliche erfahren, dass sie Gesellschaft aktiv mitgestalten können.

Vernetzung, Austausch und Zusammenarbeit

Darüber hinaus wird stärkere Vernetzung zwischen Engagierten, Initiativen und Institutionen als wichtiger Ansatz beschrieben. Erfolgreiche Projekte, Veranstaltungsformate und Best Practice Beispiele sollten häufiger geteilt und stärker verbreitet werden. Als konkrete Maßnahmen werden lokale und überregionale Austauschformate, stärkere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Koordinierungs- und Fachstellen sowie mehr Transparenz in Bezug auf laufende Projekte und Angebote genannt. Die Partnerschaft für Demokratie wird dabei als wichtige Struktur für Förderung, Beratung und Vernetzung hervorgehoben.



Auch im Fragebogen wurde die Vernetzung zwischen verschiedenen Akteur:innen thematisiert. Die Teilnehmenden wurden dabei gefragt, wie die Zusammenarbeit zwischen Akteur:innen, die sich für Demokratie engagieren gestärkt werden könnte. Dabei konnten mehrere Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden, folgende Grafik zeigt die Ergebnisse:

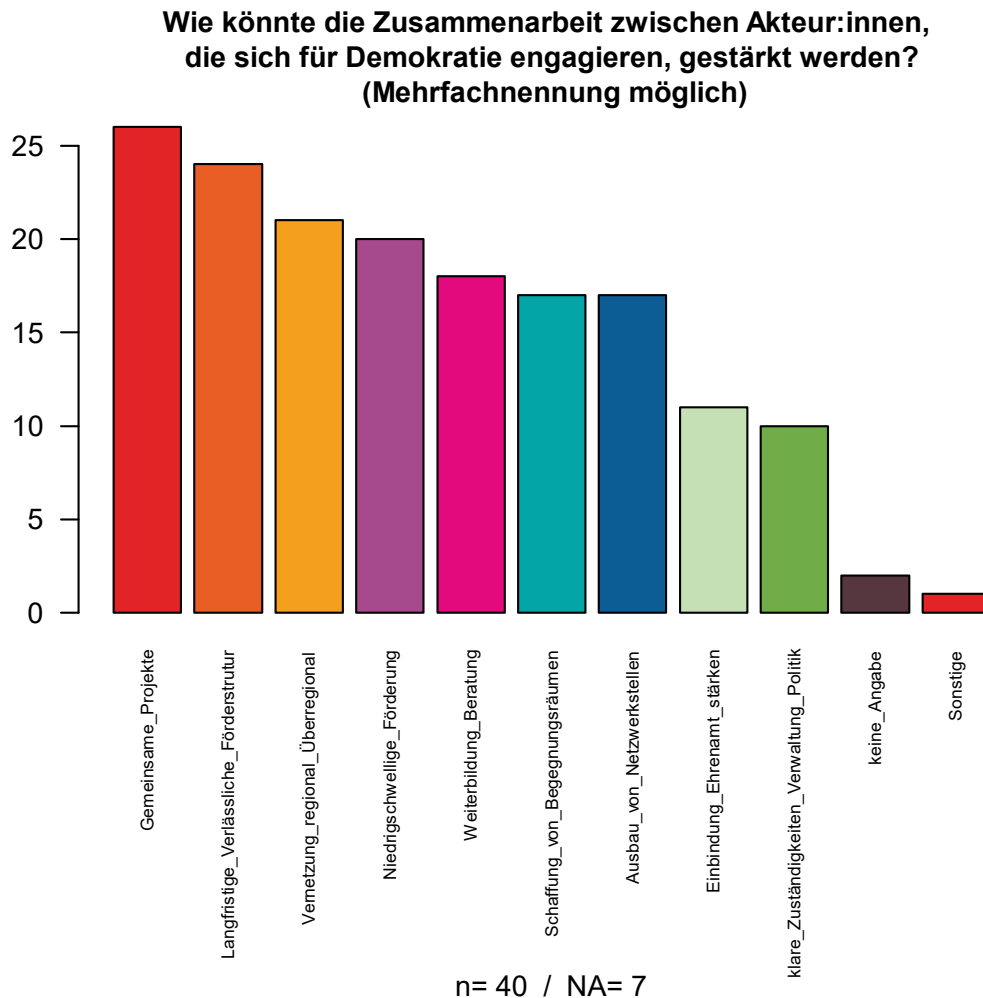


Abbildung 16: Möglichkeiten zur Verbesserung der Kooperation (eigene Darstellung)

Ressourcen, Förderung und strukturelle Rahmenbedingungen

Neben inhaltlichen Ansätzen werden von den Befragten vor allem stabile strukturelle Rahmenbedingungen als Voraussetzung erfolgreicher Demokratietarbeit beschrieben. Besonders häufig thematisiert werden langfristige Finanzierungsmöglichkeiten, zusätzliche personelle Kapazitäten sowie ein geringerer bürokratischer Aufwand bei Förderprogrammen. Mehrere Interviewte kritisieren bestehende Förderlogiken als zu kurzfristig und ressourcenbindend. Daran anschließend wird hervorgehoben, dass nachhaltige Demokratietarbeit ohne hauptamtliche Strukturen und ausreichende finanzielle Mittel kaum aufrechterhalten werden kann.



Sichtbarkeit, Anerkennung und gesellschaftliche Unterstützung

Ferner spielt die öffentliche Wahrnehmung demokratischen Engagements aus Sicht der Befragten eine wichtige Rolle. Engagement braucht mehr gesellschaftliche und politische Anerkennung sowie deutlich mehr positive Sichtbarkeit demokratiefördernder Projekte. Demokratiewerk sollte nicht ständig legitimiert oder verteidigt werden müssen, sondern als selbstverständlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens wahrgenommen werden. Als wichtig werden zudem Akteur:innen beschrieben, die durch ihre Haltung, ihr Engagement oder ihre öffentliche Präsenz andere motivieren und demokratische Werte sichtbar vertreten.

Sektorübergreifende Ansätze und Arbeit im ländlichen Raum

Die Interviews machen außerdem deutlich, dass Demokratiewerk aus Sicht der Befragten stärker unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche einbeziehen sollte. Genannt werden vor allem Unternehmen, Arbeitnehmer:innen sowie bislang wenig erreichte Gruppen außerhalb klassischer demokratischer Engagementstrukturen. Darüber hinaus sollten Angebote stärker in kleinere Ortsteile und ländliche Räume verbreitet werden. Mehrere Interviewte beschreiben lokale Präsenz, kontinuierliche Beziehungsarbeit und niedrigschwellige Angebote vor Ort als wichtige Voraussetzung, um Menschen langfristig zu erreichen und gesellschaftliche Teilhabe zu stärken.



Verringerung von Demokratiefeindlichkeit

Im Fragebogen konnten die Befragten angeben, welche Maßnahmen aus ihrer Sicht am besten geeignet sind, um Demokratiefeindlichkeit zu verringern. Die Ergebnisse finden sich in folgender Grafik wieder:

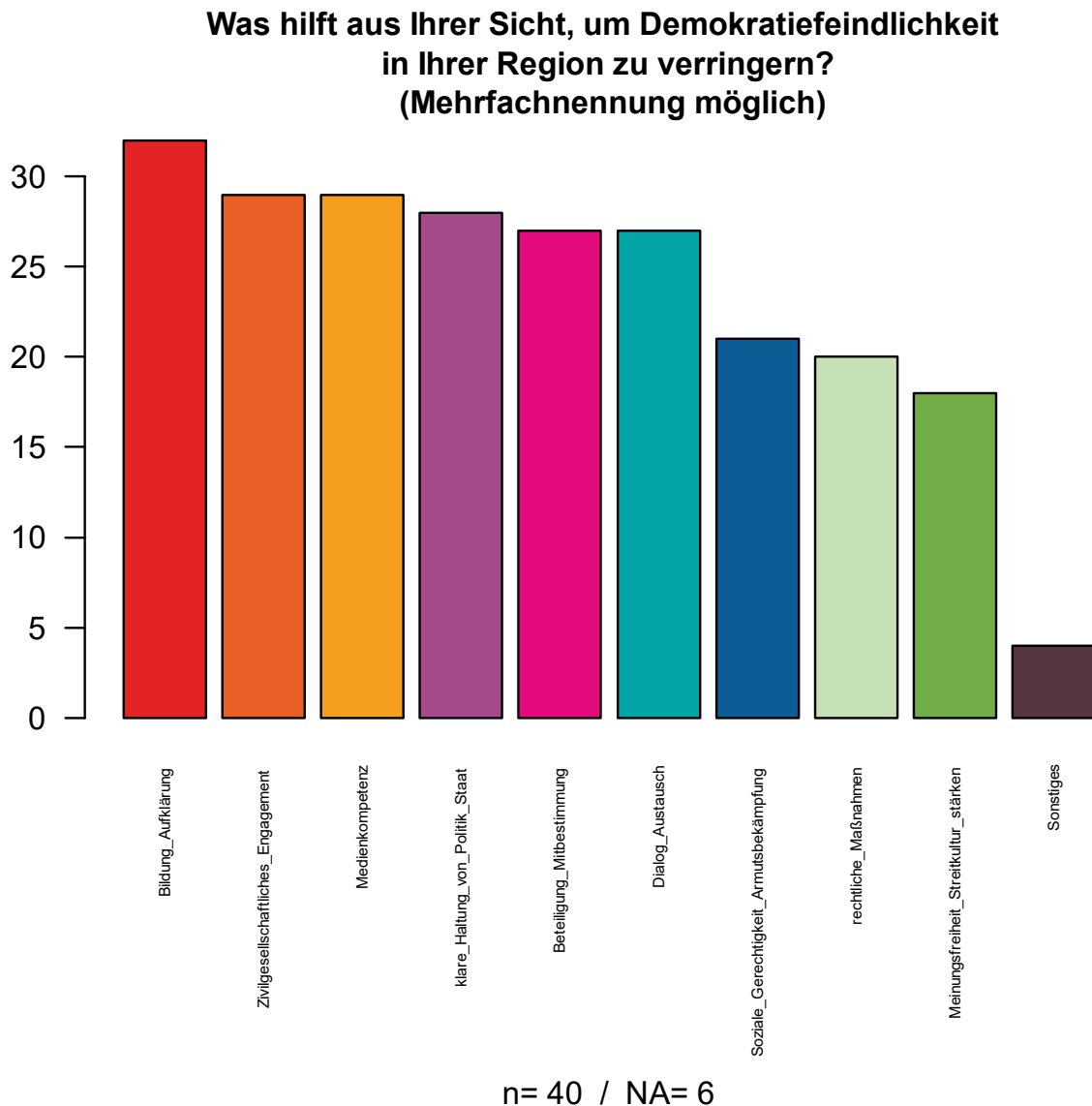


Abbildung 17: Maßnahmen zur Verringerung von Demokratiefeindlichkeit (eigene Darstellung)

Es zeigt sich, dass die meisten der Befragten Bildung und Aufklärung, zivilgesellschaftliches Engagement sowie die Verbesserung von Medienkompetenz zur Verringerung von Demokratiefeindlichkeit für entscheidend halten. Nur etwas weniger wurden eine klare Haltung von Politik und Staat, Beteiligung und Mitbestimmung sowie Dialog und Austausch als hilfreich gegen Demokratiefeindlichkeit angeführt. Seltener wurden Aspekte wie rechtliche Maßnahmen oder die Stärkung der demokratischen Streitkultur gewählt. Die Antworten zeigen, dass die Befragten Demokratiefeindlichkeit vor allem durch präventive Ansätze wie Bildung, Aufklärung



und zivilgesellschaftliches Engagement begegnen möchten, während rechtliche Maßnahmen eine geringere Bedeutung haben.



4 Implikationen und Handlungsfelder

Die dargestellten Ergebnisse verdeutlichen, dass Demokratieförderung langfristige Strukturen, sichtbare Beteiligungsmöglichkeiten und gezielte Ansprache unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen benötigt. Besonders auf lokaler Ebene zeigt sich, dass soziale Begegnung, Vernetzung und niedrigschwellige Angebote entscheidend für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Teilhabe sind.

4.1 Regionale Ebene

Demokratie braucht Begegnungsorte. Gemeinschaftliche Räume fördern Austausch, stärken gesellschaftlichen Zusammenhalt und helfen dabei, soziale und politische "Blasen" aufzubrechen. Insbesondere in ländlichen Räumen übernehmen solche Orte eine wichtige demokratische Funktion.

Jugendliche müssen im Rahmen der Demokratieförderung gezielt adressiert werden. Demokratieförderung sollte stärker an ihren Lebensrealitäten ansetzen, um demokratische Teilhabe und politische Repräsentation langfristig zu stärken.

Migrant:innen und queere Menschen müssen besser geschützt und unterstützt werden. Demokratieförderung sollte Ausgrenzungsverfahren aktiv entgegenwirken und sichere Räume sowie gesellschaftliche Integration besonders betroffener Gruppen fördern.

Demokratiearbeit braucht mehr Sichtbarkeit. Alltagsnahe und niedrigschwellige Öffentlichkeitsarbeit sollte intensiviert werden, damit Angebote bekannter werden, Menschen erreicht werden und Vorurteile gegenüber Demokratieförderprogrammen abgebaut werden können.

Unternehmen und Arbeitnehmer:innen sind bislang unterschätzte Zielgruppen. Arbeitsorte bieten großes Potential für gesellschaftlichen Austausch und demokratische Sensibilisierung einer großen Gruppe und sollten daher stärker in demokratiefördernde Strategien einbezogen werden.

Ländliche Räume dürfen nicht auf Kernstädte reduziert werden. Gerade kleine Ortsteile benötigen stärkere Unterstützung und Aufmerksamkeit, um gesellschaftliche Teilhabe, politische Repräsentation und demokratische Angebote flächendeckend zu ermöglichen.

Engagement muss stärker vernetzt und zugänglicher gemacht werden. Bestehende Initiativen und engagierte Einzelpersonen sollten gezielter miteinander verbunden werden, um Beteiligung zu erleichtern und demokratische Strukturen langfristig zu stärken.



4.2 Politik und Verwaltung

Demokratieförderung braucht verlässliche und langfristige Finanzierung. Kurzfristige Projektförderungen erschweren nachhaltige Arbeit und verhindern stabile Strukturen. Dauerhafte Fördermodelle sind notwendig, um demokratisches Engagement langfristig abzusichern.

Niedrigschwellige Schutzangebote müssen ausgebaut werden. Insbesondere unterhalb strafrechtlicher Relevanz braucht es frühzeitige Unterstützungsangebote, um Betroffenen zu schützen, Unsicherheiten ernst zu nehmen und Eskalationen vorzubeugen.

Die Partnerschaft für Demokratie muss erhalten bleiben. Die Analyse zeigt, dass die Partnerschaft ein geschätzter und wichtiger Akteur für die regionale und überregionale Demokratiewerk, die Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement, die Präventions- und Vernetzungsarbeit ist und dafür künftig weiter gebraucht wird.

4.3 Öffentlichkeit und Gesellschaft

Demokratiewerk braucht gesellschaftliche Anerkennung statt öffentlicher Abwertung. Die Delegitimierung von Demokratieförderprogrammen schwächt Engagement und erschwert die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur:innen. Eine stärkere Wertschätzung demokratischer Arbeit ist daher essenziell.

Vertrauen in Politik, Medien und Institutionen muss aktiv gestärkt werden. Transparenz, Beteiligungsmöglichkeiten und sichtbare demokratische Erfolge sind zentrale Voraussetzungen, um gesellschaftlicher Polarisierung entgegenzuwirken.

Demokratie- und Geschichtsbildung bleiben zentrale Grundlagen demokratischer Gesellschaften. Politische Bildung und die Auseinandersetzung mit historischen Entwicklungen fördern demokratische Kompetenzen, gesellschaftliche Verantwortung und politische Teilhabe.

Lücken in der Daseinsvorsorge müssen geschlossen werden. Mangelnde Infrastruktur und Teilhabemöglichkeiten sowie ungleichwertige Lebensverhältnisse verstärken Demokratieskepsis und -ablehnung. Zugleich erschweren sie regionales Engagement. Die Schaffung gleichwertiger Daseinsvorsorge erhöht die Zufriedenheit mit Demokratie vor Ort und fördert das zivilgesellschaftliche Engagement.



4.4 Schlussfolgerungen und Ausblick

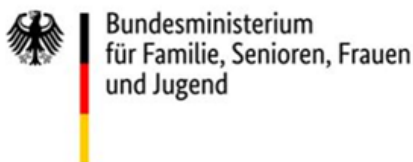
Abschließend lässt sich auf Grundlage der vorliegenden Situations- und Ressourcenanalyse festhalten, dass die Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe und Lübtheen eine wichtige Struktur zur Vernetzung, Förderung und Beratung engagierter ehren- und hauptamtlicher Akteur:innen in der Region darstellt. Die Zielsetzungen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" „*Demokratie fördern*“, „*Vielfalt gestalten*“ und „*Extremismus vorbeugen*“, entsprechen weiterhin den regionalen Bedarfen und besitzen angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen eine hohe Relevanz.

Die formulierten Handlungsempfehlungen verdeutlichen zugleich, dass die Partnerschaft für Demokratie über Entwicklungspotential verfügt. Um die bestehenden Strukturen nachhaltig zu sichern, regionale Netzwerke weiter zu stärken und demokratisches Engagement langfristig zu fördern, sollte die Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe und Lübtheen erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.



5 Anhang

5.1 Fragenkatalog



Erläuterungen und Hinweise zur Situations- und Ressourcenanalyse

2025 ist die Erstellung der Situations- und Ressourcenanalyse (S&R-Analyse) eine wichtige Aufgabe für die Arbeit der Partnerschaften. Wir möchten Ihnen den dafür aufgestellten Fragenkatalog sowie einige weitere Hinweise als Orientierungshilfe übermitteln.

Die S&R-Analyse ist eine wichtige Grundlage für die konkrete Arbeit der Partnerschaft für Demokratie unter Berücksichtigung der aktuellen kommunalen Problemlagen und bestehender Kompetenzen. Anhand der S&R-Analyse und der dort identifizierten Herausforderungen sollen die Mitglieder des Bündnisses ein kommunales, bedarfsorientiertes Handlungskonzept mit strategischen Zielen entwickeln. Dieses Handlungskonzept benennt die übergeordneten Förderziele des Bundesprogramms und die konkreten lokalen/regionalen Herausforderungen im Rahmen der Ziele des Programmbereichs Partnerschaften für Demokratie. Es soll regelmäßig während der Arbeits- und Vernetzungstreffen („Demokratiekonferenzen“) und anlassbezogen auch auf Bündnistreffen diskutiert, aktualisiert und fortgeschrieben werden.

Um diese wichtigen Funktionen erfüllen zu können, muss die S&R-Analyse grundsätzlich wissenschaftliche Standards beachten. Das bedeutet, dass die mit der Erstellung der Analyse beauftragten Personen evidenzbasiert vorgehen und sich in der Analyse hinreichend auf empirische Befunde beziehen und Quellen verwenden, die fachlichen Standards entsprechen. Dies können z.B. Veröffentlichungen des statistischen Bundesamtes oder der Landesämter sein, regionale Entwicklungskonzepte, Erhebungen von Hochschulen, Wissenschafts- und Wirtschaftsinstituten sowie eigene Erhebungen. Wichtig ist, dass die Darstellung der Ausgangslage vor Ort sowie der kommunalen Problemlagen empirisch valide ist und auch einer kritischen Überprüfung standhalten kann. Darauf aufbauende Thesen und Schlussfolgerungen müssen nachvollziehbar sein, sodass sich eine schlüssige Argumentation ergibt.



Fragenkatalog für eine Situations- und Ressourcenanalysen

Analyse der Ist-Situation, Probleme und Herausforderungen

1. Welche Faktoren prägen maßgeblich den **Raumkontext** (z.B. Einwohnerzahl, demographische Entwicklung, wirtschaftliche Situation, politische Einstellungsmuster, Wahlverhalten, politisch motivierte Kriminalität)?
2. Welche **Problemlagen, die in einem Zusammenhang mit den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ stehen** (Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen), existieren vor Ort (in der Kommune bzw. Gemeinde bzw. Region)?
 - a) Gibt bzw. gab es konkrete demokratiefeindliche, vielfaltsablehnende und/oder (rechts-) extremistische **Vorfälle** bzw. Angriffe?
 - b) Inwiefern manifestieren sich **gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien** vor Ort? Welche Formen von **gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** treten vor Ort auf?
 - c) Gibt/gab es im Rahmen der vergangenen drei Jahre gezielte **Angriffe** auf zivilgesellschaftliche Akteure, Amtsträger*innen und/oder andere Akteur*innen?
 - d) In welchen **Sozialräumen** (z.B. Stadtteilen, ländlichen Regionen, örtlichen Hotspots) sind die Probleme zu verorten?
 - e) Welche Probleme sind **besonders gravierend**, welche haben **Priorität**?
3. Welche **Ursachen** lassen sich für diese Probleme identifizieren?
 Welche **Kontext- und Rahmenbedingungen** ermöglichen bzw. begünstigen die identifizierten Probleme (Einflussfaktoren auf Gelegenheitsstrukturen)?
 Welche mittelfristigen Entwicklungsszenarien sind wahrscheinlich und sollten vorsorglich und vorausschauend in den Blick genommen werden?
4. Inwiefern erschweren spezifische **Akteur*innen oder Netzwerke** eine konstruktive Bearbeitung der identifizierten Problemlagen? Welche Akteur*innen tragen zu den identifizierten Problemen bei?

Analyse der Ressourcen, Bedarfe, Potenziale

5. Welche **Akteur*innen und Netzwerke der demokratischen Zivilgesellschaft** (auch: Bürger*innen-Bündnisse, Vereine etc.) sind vor Ort präsent, die zu einer konstruktiven Bearbeitung und Lösung der Probleme beitragen bzw. beitragen können?
6. Welche **kommunalpolitischen Akteur*innen, Organisationen und Institutionen** können zu einer konstruktiven Bearbeitung der identifizierten Probleme beitragen?
7. Wie kann die **sektorübergreifende Kooperation** zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und ggf. auch Sicherheitsbehörden vor Ort gestärkt werden?
8. Welche **Unterstützung** benötigen Akteur*innen bei der Entwicklung und Durchführung gemeinsamer **Handlungsstrategien** vor Ort? Welcher **Bedarf** existiert? Besteht Bedarf an dezidierten **Schutzangeboten** für exponierte Akteur*innen? Wenn ja, welche?
9. Welche **Angebote der Unterstützung** (auch: Beratung, Fortbildung, Qualifizierung, Schutz) eröffnen sich durch die **überregionale Vernetzung, insbesondere** mit anderen **Partnerschaften für Demokratie** und den **Ländern** (Landes-Demokratiezentren, mobile Beratung etc.)?
10. Welche **Ansätze und Maßnahmen** (auch aus anderen Kommunen bzw. Regionen) bieten sich zur Bearbeitung der Problemlagen an?
11. Welche Angebote und **Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung** gibt es vor Ort? Können diese zur Lösung der Problemlage zielführend eingesetzt werden?



5.2 Qualitativer Leitfaden

Leitfaden Situations- und Ressourcenanalysen
Stand: 19.02.2026



Einstieg: Die interviewte Person

Zu Beginn möchte ich Sie bitten, zuerst etwas über sich selbst zu erzählen: Wer sind Sie? Was machen Sie? Wo sind Sie aktiv?

Was ist das hier für eine Region? Wie würden Sie diese beschreiben?

- Wie sehen Sie die Region mit Blick auf: Demokratie, Demokratiegefährdung, Engagement, Zivilgesellschaft...
- Was sind wichtige Orte? Wo treffen sich Menschen? (positiv und negativ)
- Wie hat sich die Gegend hier in den letzten Jahren verändert?

Eigene Arbeit

Die nächsten Fragen beziehen sich auf Ihre Arbeit/Engagement/Tätigkeit (innerhalb der Partnerschaft für Demokratie).

Wie sieht Ihre Arbeit/Engagement/Tätigkeit/Teilnahme (innerhalb der Partnerschaft für Demokratie) aus?

- Bereich/Themenfelder,
- Zielgruppen, Erreichbarkeit, wer wird nicht erreicht?
- Regionaler Kontext
- Erhalten Sie oder Ihre Initiative eine Förderung? Welche?
- Falls IP Förderung erhält: Wer fördert Ihre Arbeit? Wie läuft es mit der Förderung?

Mit welchen Akteuren sind Sie vernetzt? Wie gestaltet sich diese Zusammenarbeit?

- Welche überregionale Vernetzung gibt es? Mit wem?
- Lokale Partnerschaft für Demokratie

Welche Bedeutung hat überregionale Vernetzung für Ihre Arbeit bzw. die Arbeit der Akteur:innen vor Ort?

- Hilfreiche Formen der Unterstützung, Austausch, Wünsche
- Wie könnte die Vernetzung gestärkt werden?

Wenn Sie an Menschen in Ihrer Region denken, die sich engagieren, wie würden Sie deren Motivation beschreiben?

- Demokratieverständnis

Leitfaden Situations- und Ressourcenanalysen
Stand: 19.02.2026



Situation in der Region

Im nächsten Abschnitt steht die Situation in Ihrer Region im Mittelpunkt.

Welche Möglichkeiten gibt es, sich in Ihrer Region einzubringen?

- Zivilgesellschaftlich/ehrenamtlich, politisch...
- Wo befinden sich diese?

Wie würden Sie die zivilgesellschaftliche Landschaft in Ihrer Region beschreiben? Welche Initiativen und Akteur:innen gibt es?

- Im Bereich der Demokratiearbeit
- Im Bereich von antidemokratischen Organisationen
- Wer fehlt? Wer wird nicht erreicht?

Welche Rolle spielen institutionelle Akteur*innen und wie gestaltet sich die Zusammenarbeit?

- Verwaltung, Schulen, Polizei, Justiz, Kirche... (sektorübergreifend)
- Kommunalpolitik

Herausforderungen

Jetzt möchte ich etwas über die Herausforderungen vor Ort erfahren. Man hört ja in letzter Zeit häufiger, dass die Demokratie unter Druck gerät.

Was sind die größten Herausforderungen in Ihrer Region?

Gab es in den letzten Jahren demokratiefeindliche Vorfälle vor Ort?

- Räumliche Verteilung
- Gruppen, **Ideologien** (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit)
- Schwere der Probleme
- Hat sich das verändert?

Gab es Situationen, in denen Akteure, Institutionen oder Einzelpersonen eingeschüchtert oder gezielt angegriffen wurden? (In den letzten drei Jahren)

- Wer und wo
- Umgang, Auswirkungen auf Engagement und Entscheidungen
- Hat sich das verändert?

Wie erklären Sie sich, dass sich diese von Ihnen beschriebenen Problemlagen in Ihrer Region so zeigen?

Welche Rahmenbedingungen begünstigen diese Entwicklungen?



Leitfaden Situations- und Ressourcenanalysen Stand: 19.02.2026



- Gesellschaftliche Stimmung, regionale Problemlagen, Wahlverhalten

Was erschwert Ihre Arbeit/ die Arbeit der Projekte besonders?

- Antagonisten und Gegenmobilisierung
- Passivität und Wegsehen
- Wie wirkt sich das konkret aus?

Was sind aus ihrer Sicht geeignete Strategien, um diesen Herausforderungen vor Ort zu begegnen?

- Können Sie konkrete Beispiele nennen? Was würde Ihnen helfen?
- Welche Strategien und Maßnahmen gibt es schon? Welche nicht?
 - Stichworte: Bildung, Beteiligung, Positionierung, bessere Förderungen...
- Schlüsselakteur*innen in der Region für Strategien

Wenn Sie einen Punkt benennen müssten, der aus Ihrer Sicht besonders wichtig ist, um die Situation vor Ort zu verbessern, welcher wäre das?

Unterstützung und Bedarfe

Anschließend an die Herausforderungen habe ich jetzt noch einige Fragen zu Unterstützungsmöglichkeiten und -bedarfen.

Wer unterstützt Sie in Ihrer Arbeit? Wer unterstützt Akteur:innen vor Ort?

- Politik, Verwaltung oder andere Institutionen
- Wo fehlt Rückhalt? Was fehlt?
- Hat sich das in den letzten Jahren verändert?

Was würde Ihnen bzw. Ihrer Organisation konkret helfen, um Ihre Arbeit fortzusetzen oder zu intensivieren?

- Stichworte für Nachfragen: Beratung, Qualifizierung, Förderung, Personal, Orte...

Wie könnte die Zusammenarbeit zwischen Akteur:innen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, gestärkt werden?

Besteht Bedarf an Schutzangeboten? Für Sie selbst oder für Akteur:innen?

- In welchen Situationen wird Schutz besonders relevant?
- Welche Angebote fehlen oder reichen nicht aus?

Leitfaden Situations- und Ressourcenanalysen Stand: 19.02.2026



Abschluss

Zum Abschluss möchte Ich Sie noch bitten, uns Ihre Sicht auf die Zukunft zu verraten:

Wo sehen Sie ihre Region in 10 Jahren? Wie wird sich die Lage in Zukunft entwickeln?

- Wo sehen Sie die Partnerschaft in Zukunft?

Gibt es Ihrerseits noch etwas, das Sie uns mitteilen möchten? Gibt es noch etwas, dass Sie wichtig finden und hier noch nicht angesprochen wurde?

Wen sollten wir noch befragen?

Vielen Dank für das Gespräch!



5.3 Literaturverzeichnis

ARB (2022). Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. PDF: https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

BBSR (2025). Laufende Raumb Beobachtung des BBSR – INKAR. Ausgabe 07/2025. Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). URL: <https://www.inkar.de/> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

Bundesministerium des Inneren (2025). Verfassungsschutzbericht 2024. PDF: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024-startseitenmodul.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

GeoPortal.MV (2025). Ludwigslust-Parchim. URL: <https://www.geoportal-mv.de/portal/Geodatenviewer/GAIA-MVlight?a=e8029c2a1bceee5c7909e9675997d491&Q=Ludwigslust-Parchim> (zuletzt aufgerufen am 17.11.2025).

Gohla, V., & Hennicke, M. (2023). Ungleiches Deutschland. Soziökonomischer Disparitätenbericht 2023. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Hanck, A. (2022). Arm sein, wo andere Urlaub machen. Eine Studie zur Armutsgefährdung in Mecklenburg-Vorpommern. Rosa-Luxemburg-Stiftung - Studien, Nr. 2/2022. https://www.rosalux.de/fileadmin/images/Dossiers/Wohnen/Studien_2-22_Arm_sein_Web.pdf (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

Knabe, A. (2022). Soziale Armut: Wahrnehmung und Bewältigung von Armut in sozialen Netzwerken. Sozialstrukturanalyse. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36141-9>.

Krug, G., Brandt, S., Gamper M., Knabe, A. & A. Klärner (2020). Arbeitslosigkeit, soziale Netzwerke und gesundheitliche Ungleichheiten. In: Klärner, A., Gamper, M., Keim - Klärner, S., Moor, I., Von Der Lippe, H. & N. Vonneilich (Hrsg.). Soziale Netzwerke und gesundheitliche Ungleichheiten. Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21659-7_13

Landkreis Ludwigslust-Parchim (2019). Der Landkreis Ludwigslust-Parchim. Informationen für Bürgerinnen und Bürger. Mediaprint infoverlag gmbh. PDF: <https://www.kreis-lup.de/output/download.php?fid=3378.13700.1>. PDF (zuletzt aufgerufen am 19.11.2025).

Lehmann, A. (2011). Region Lübtheen. In: Buchstein, H. & G. Heinrich (Hrsg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Wochenschau Verlag. 247-338.

LKA MV (2026). Unveröffentlichte Daten zur politisch motivierten Kriminalität (PMK). Per E-Mail übermittelt am 12.12.2025.

LOBBI MV (2026). Hemmungen fallen weiter, Zeit zu handeln. Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Jahresstatistik: rechte Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern 2025 der Beratungsstelle LOBBI. PDF: https://lobbi-mv.de/wp-content/uploads/2026/04/2026-04-16_Rechte-Gewalt-in-MV-2025-Hintergrundpapier.pdf (zuletzt aufgerufen am 20.04.2026)

Ludmann, S. (2025). Razzia bei AfD-Politiker löst Sorge vor Gewaltbereitschaft der Partei aus. NDR Mecklenburg-Vorpommern. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/razzia-bei-afd-politiker-loest-sorge-vor-gewaltbereitschaft-der-partei-aus,razzia-286.html> (zuletzt aufgerufen am 04.12.2024)

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern (2024). Maßnahmenbericht der Landesregierung zur Armutsbekämpfung.



Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (2025). Verfassungsschutzbericht 2024. PDF: <https://www.verfassungsschutz-mv.de/serviceassistent/download?id=1680733> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

NDR (2024). Kommunalwahl MV 2024: Ergebnis Stadtvertretungswahl in Boizenburg. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlenmv2024/Kommunalwahl-MV-2024-Ergebnis-Stadtvertretungswahl-in-Boizenburg.wahlmv722.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

NDR (2025a). AfD und Verfassungsschutz: Das wichtigste über das Gutachten. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/AfD-und-Verfassungsschutz-Das-Wichtigste-ueber-das-Gutachten.verfassungsschutz838.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

NDR (2025b). Bundestagswahl 2025 in MV: Die Ergebnisse aus allen Gemeinden. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Bundestagswahl-2025-in-MV-Die-Ergebnisse-aus-allen-Gemeinden.bundestagswahlmv182.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

Röpke, A. (2015). Gefährlich verankert. Rechtsextreme Graswurzelarbeit, Strategien und neue Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern. In: SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.). Sozialdemokratische Schriften zur Landespolitik Band 1.

Stadt Boizenburg/Elbe (2025). 11.05.2025. Votemanager. URL: <https://votemanager.kdo.de/20250511/13076014/presentation/index.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

Stadt Lübtheen (2025a). Landratswahl. Votemanager. URL: https://votemanager.kdo.de/20250511/13076088/presentation/ergebnis.html?wahl_id=2052&stimmentyp=0&id=ebene_-3567_id_4551 (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

Stadt Lübtheen (2025b). Stadtvertretungswahl. Votemanager. URL: https://votemanager.kdo.de/20240609/13076088/presentation/ergebnis.html?wahl_id=890&stimmentyp=0&id=ebene_-915_id_1341 (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

Statistisches Bundesamt (2025). Bevölkerung. Armutsgefährdung sowie materielle und soziale Entbehrungen bei älteren Menschen. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/armutsgefaehrung.html> (zuletzt aufgerufen am 02.12.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2021a). Bevölkerung, Haushalte und Familien in Mecklenburg-Vorpommern (Mikrozensus) 2019. Teil 1- Bevölkerung und Haushalte. Statistischer Bericht A153 2019 21. PDF: <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A153-21/A153%202019%2021.pdf> (zuletzt aufgerufen am 18.11.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2021b). Bevölkerung, Haushalte und Familien in Mecklenburg-Vorpommern (Mikrozensus) 2019. Teil 2 - Familien. Statistischer Bericht A153 2019 22. PDF: <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A153-22/A153%202019%2022.pdf> (zuletzt aufgerufen am 03.12.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2021c). Endgültige Ergebnisse zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich zu 2017 in Mecklenburg-Vorpommern auf Gemeindeebene. URL: <https://wahlen.mvnet.de/dateien/ergebnisse.2021/bundestagswahlonlineatlas.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2021d). Endgültige Ergebnisse zur Landtagswahl 2021 im Vergleich zu 2016 in Mecklenburg-Vorpommern auf Gemeindeebene. URL: <https://wahlen.mvnet.de/dateien/ergebnisse.2021/landtagswahlonlineatlas.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).



Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2023). 17,8 Prozent der Kinder in Mecklenburg-Vorpommern armutsgefährdet. Paare mit zwei Kindern am seltensten betroffen. 23/2023. URL: <https://www.laiv-mv.de/Statistik/Presse-und-Service/Pressemitteilungen/?id=192402&processor=processor.sa.pressemitteilung> (zuletzt aufgerufen am 03.12.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024a). Ausländische Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern (Ausländerzentralregister). Statistischer Bericht A143 2024 00. PDF: <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A143/A143%2024%2000.pdf> (zuletzt aufgerufen am 13.11.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024b). Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern (Faktoren der Bevölkerungsentwicklung) 2024. Statistischer Bericht A113 2024 00. PDF: <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A113/A113%2024%2000.pdf> (zuletzt aufgerufen am 18.11.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024c). Europawahl in Mecklenburg-Vorpommern 9. Juni 2024 endgültige Wahlergebnisse auf Gemeindeebene. URL: <https://wahlen.mvnet.de/dateien/ergebnisse.2024/europawahlonlineatlas.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025)

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024d). Kreistagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 9. Juni 2024 endgültige Wahlergebnisse auf Gemeindeebene. URL: <https://wahlen.mvnet.de/dateien/ergebnisse.2024/kreistagswahlonlineatlas.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2025). Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in Mecklenburg-Vorpommern Teil 2: Gemeindeergebnisse 2024. Statistischer Bericht A1331G. PDF: <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A133G/A133G%202024%2000.pdf> (zuletzt aufgerufen am 14.11.2025)

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2025a). Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. Statistischer Bericht A123 2025 21. PDF: <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A123/2025/A123%202025%2021.pdf> (zuletzt aufgerufen am 13.11.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2025b). Statistisches Jahrbuch 2025. Bevölkerung. 23-52. PDF: <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Abt4.Statistisches%20Amt/Dateien/Publikationen/Statistisches%20Jahrbuch/Aktuell%20nach%20Kapiteln/1%20Bevoelkerung.pdf> (zuletzt aufgerufen am 17.11.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2025c). Statistisches Jahrbuch 2025. Einnahmen, Konsum, Lebensbedingungen, Wohnen. 77-108. PDF: <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Abt4.Statistisches%20Amt/Dateien/Publikationen/Statistisches%20Jahrbuch/Aktuell%20nach%20Kapiteln/3%20Einnahmen%20Konsum%20Lebensbedingungen%20Wohnen.pdf> (zuletzt aufgerufen am 03.12.2025).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2025d). Wanderungen in Mecklenburg-Vorpommern 2024. Statistischer Bericht A313J 2024 00: PDF: <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20III%20Wanderungen/A%20313%20J/A313J%202024%2000.pdf> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2025).

